



# ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

## Rückblick auf den DFG-VK-Bundeskongress



*Wolfram Wette: Dem Frieden als Ernstfall eine Chance geben*

*Jürgen Grässlin: Profiteure des Ukraine-Kriegs*

*Diversität oder „alte weiße Männer“*

*Was Soziale Verteidigung bedeutet*

## Adressen

### DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
Telefon 0711 - 65296246  
E-Mail [verwaltung@dfg-vk.de](mailto:verwaltung@dfg-vk.de)  
E-Mail [shop@dfg-vk.de](mailto:shop@dfg-vk.de)

### Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer  
Telefon 0176 - 23575236  
E-Mail [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)

### Bundessprecher:innenkreis

- Ralf Buchterkirchen  
E-Mail [buchterkirchen@dfg-vk.de](mailto:buchterkirchen@dfg-vk.de)
- Jürgen Grässlin  
E-Mail [graesslin@dfg-vk.de](mailto:graesslin@dfg-vk.de)
- Fabian Grote  
E-Mail [grote@dfg-vk.de](mailto:grote@dfg-vk.de)
- Shari Kohlmeyer  
E-Mail [kohlmeyer@dfg-vk.de](mailto:kohlmeyer@dfg-vk.de)
- Christoph Neeb  
E-Mail [neeb@dfg-vk.de](mailto:neeb@dfg-vk.de)
- Marius Pletsch  
E-Mail [pletsch@dfg-vk.de](mailto:pletsch@dfg-vk.de)
- Jan Sander  
E-Mail [sander@dfg-vk.de](mailto:sander@dfg-vk.de)
- Thomas Carl Schwoerer  
E-Mail [schwoerer@dfg-vk.de](mailto:schwoerer@dfg-vk.de)
- Hauke Thoroë  
E-Mail [thoroë@dfg-vk.de](mailto:thoroë@dfg-vk.de)
- Adrián Villa Urrego  
E-Mail [villa@dfg-vk.de](mailto:villa@dfg-vk.de)

### Landesverbände und Gruppen:

[www.dfg-vk.de/kontakte](http://www.dfg-vk.de/kontakte)

### Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

E-Mail [stiftung@dfg-vk.de](mailto:stiftung@dfg-vk.de)  
[www.bertha-von-suttner-stiftung.de](http://www.bertha-von-suttner-stiftung.de)

### Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

### Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
Telefon 0711-51892620  
E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)



Liebe Leserin, lieber Leser, darf man sich zum Ukraine-Krieg eigentlich überhaupt noch kritisch äußern, ohne ihn zunächst und dann immer wieder – gewissermaßen gebetsmühlenartig – als verbrecherischen und/oder völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verurteilt zu haben? Tun wir's also: Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein verbrecherischer und völkerrechtswidriger Angriffskrieg! Erledigt.



Foto: privat

Aber ein paar Fragen stellen sich da schon: Gibt es denn gesetzestreue, ethisch-moralisch, völkerrechtskonforme Angriffskriege? Selbstverständlich nicht! Sämtliche (internationalen; in Deutschland auch die nationalen) Rechtsnormen verbieten den Angriffskrieg. Damit ist jeder (völker-)rechtswidrig und ein Verbrechen.

In der Sprachwissenschaft wird eine solche übertreibende Formulierung als Pleonasmus bezeichnet, als „Wortreichtum ohne Informationsgewinn“. Ist dieses permanent wiederholte und auch von Kritiker:innen eingeforderte Bekenntnis nötig? Für die Frau Außenministerin anscheinend schon, warnte sie doch bereits vor Kriegsmüdigkeit.

Ich finde: Als Pazifist:innen müssen wir uns von denen, die nun plötzlich von Zeitenwende sprechen, 100 Milliarden „Sondervermögen“ fürs Militär erfinden und ins Grundgesetz schreiben, der Rüstungsindustrie gigantische Profite bescheren, Deutschland als Führungsmacht in Europa wollen und Krieg für ein normales politisches Mittel halten, über diplomatische Lösungen anscheinend nicht einmal nachdenken - von denen müssen wir uns nicht belehren und in die moralische Schmutzdecke drängen lassen. Wir bleiben bei unserer Grundaussage: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Deshalb muss auch dieser beendet werden, so schnell wie möglich. Um der Menschen willen.

Wer an die Ukraine immer noch mehr Waffen liefert, dem kann man nur im Sinne des von Bertha von Suttner gebrauchten Bildes sagen: Das ist wie der Versuch, ein Feuer mit Benzin löschen zu wollen.

Unsere guten Gründe gegen diesen Krieg finden sich in zahlreichen Artikeln in diesem Heft – vor allem in der Abschlussresolution des DFG-VK-Bundeskongresses, dem Artikel von Wolfram Wette und dem Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag.

Neue Erkenntnisse und Einsichten bei der Lektüre wünscht

... und für alle Artikel gilt: Kritik und Widerspruch sind als Leser:innenbriefe gerne willkommen an [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)

### *ZivilCourage*-Digitalbezug

Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb hat wiederholt geworben für:

*Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!*

Und darum gebeten, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail.

Die Resonanz ist erfreulich: **400** Mitglieder haben sich bisher für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein.

Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt. Die Bitte zur Umstellung gilt weiter.

Technisch ist sie ganz einfach: Entweder [zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/](http://zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/) aufrufen, eintragen, fertig. Oder: E-Mail an: [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de) mit Betreff: *ZC digital*  
Vielen Dank!

## Dienstpflicht: Das Gegenteil von Freiheit

Gegen die verfassungswidrige Idee einer „sozialen Pflichtzeit“

Von Thomas Tews



Foto: privat

Alle Jahre wieder wird das politische Sommerloch mit einer Dienstpflichtdebatte gefüllt. In diesem Jahr haben wir sie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu verdanken, der in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ eine „soziale Pflichtzeit“, die bei der Bundeswehr oder bei sozialen Einrichtungen geleistet werden könnte, vorschlug.

Die Einführung einer solchen „sozialen Pflichtzeit“ würde einen kaum zu rechtfertigenden Eingriff in die Grundrechte darstellen.

Nach Artikel 12 Absatz 2 des Grundgesetzes darf niemand „zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht“. „Herkömmlich“ ist die Pflicht nur dann, wenn sie bereits üblich ist (z. B. Feuerwehrpflichten oder Deichdienste an den Meeresküsten), d. h. es dürfen keine neuen Dienstpflichten eingeführt werden. Für die Einführung einer „sozialen Pflichtzeit“ müsste also erst das Grundgesetz geändert werden.

Auch ohne Zwang stellten sich im Zeitraum 2020/2021 trotz Corona insgesamt 97 459 Menschen für eine gewisse Zeit in den Dienst der Gesellschaft im In- und Ausland (z. B. im Rahmen eines freiwilligen sozialen/ökologischen Jahres oder des Bundesfreiwilligendienstes). Sollte nun den auf eigeninitiativem Engagement basierenden, rein zivilen Freiwilligendiensten durch eine auf staatlichem Zwang beruhende, zivil-militärische „soziale Pflichtzeit“ das Wasser abgegraben werden, würde dies wohl das Ende des Erfolgsmodells der Freiwilligendienste bedeuten.

Zudem erweckt die Zuschreibung des Attributes „sozial“ den falschen Eindruck, dass auch eine bei der Bundeswehr abgeleistete Pflichtzeit einen sozialen Charakter besäße, was eine bemerkenswerte Verbalkosmetik darstellt.

Hinzu kommen die problematischen historischen Vorläufer einer allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland. Die Nationalsozialisten führten 1935 für Männer und 1939 auch für Frauen die Reichsarbeitsdienstpflicht sowie 1938 für Frauen das Pflichtjahr in Land- und Hauswirtschaft ein. Als bewusste Abkehr vom nationalsozialistischen Unrechtsstaat formulierten die Verfasser\*innen des Grundgesetzes in den Artikeln 1 bis 19 die Grundrechte als Abwehrrechte der Bürger\*innen gegen staatliche Eingriffe sowie zum Schutze ihrer Freiheit.

Zwang ist der Antipode der Freiheit und eine Art von Gewaltausübung. Als im besten Wortsinn radikale (von mittellateinisch „radicalis“ – an die Wurzel gehend, von Grund auf) Pazifist\*innen sollten wir jeder Form von Zwang kritisch gegenüberstehen. Das Ideal „einer Gesellschaft, welche nicht auf äußern Zwang, sondern auf das Bewußtsein der inneren menschlichen Natur, d. h. die Vernunft, gegründet ist“, entwarf bereits 1845 der Vormärz-Sozialist Rudolph Matthäi (1818–1889). In diese Tradition sollten wir uns stellen und folgerichtig lieber dafür werben, dass sich noch mehr Menschen für einen Freiwilligendienst entscheiden, anstatt über einen Zwangsdienst, der zudem die Gefahr in sich birgt, dass die Bundeswehr personell gestärkt werden könnte, nachzudenken.

*Thomas Tews ist seit diesem Frühjahr Leiter der Geschäftsstelle des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg.*

## Inhalt

### Titel

- 4 Stefan Philipp: Streiten und Kompromisse finden
- 7 Wahlergebnisse
- 8 Abschlussresolution des Bundeskongresses
- 10 Günter Knebel: Rede bei der Verleihung des Ludwig-Baumann-Preises
- 13 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

### Ukraine-Krieg

- 14 Wolfram Wette: Dem Frieden als Ernstfall eine Chance geben
- 18 Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag
- 24 Was Soziale Verteidigung bedeutet
- 25 Rainer Schmid: 10 Regeln der aktiv-gewaltfreien Verteidigung
- 26 Jürgen Grässlin: Profiteure des Ukraine-Kriegs
- 28 Cornelia Mannewitz: Reizwörter des Kriegs

### Aktion

- 30 Skillsharing-Workshop zu kreativem Protest
- 31 Willi Rester: Demo-Rucksack

### International

- 32 Global betrachtet

### Diskussion

- 33 Katja Görden: Wo bleibt die Wertschätzung für Junge?
- 35 Katja Görden, Kathi Müller, Marius Pletsch: Diversität oder „alte weiße Männer“
- 38 „Hört mit der sexistischen Scheiße auf“

### DFG-VK-Geschichte

- 40 Erinnerung an Helmut Michael Vogel anlässlich seines 100. Geburtstags

- 42 Impressum • 42 Briefe •
- 43 Literatur • 43 Satire • 43 Beitrittserklärung zur DFG-VK • 44 Karikatur



Foto: Michael Schulze von Gähler

## Streiten und Kompromisse finden

Rückblick auf den DFG-VK-Bundeskongress in Duisburg

Von Stefan Philipp

**E**igentlich hätte der DFG-VK-Bundeskongress im letzten Herbst stattfinden sollen. Die Corona-Pandemie machte aber alle Planungen zunichte. Deshalb trafen sich die Delegierten aus den Gruppen und Landesverbänden

sowie die kraft Amtes stimmberechtigten Mitglieder des Bundessprecher:innenkreises (BSK) nun am vorletzten Mai-Wochenende in Duisburg.

Erstmals war eine Online-Teilnahme bei einem solchen Kongress möglich, so dass das höchste beschluss-

fassende Gremium der DFG-VK als „hybride“ Veranstaltung stattfand; während mehr als 80 Personen in der Tagungsstätte, der Jugendherberge Duisburg-Sportpark, zusammenkamen, wählten sich über 20 Delegierte von zu Hause aus per Computer, Ta-

blet oder Smartphone ein (darunter auch der Schreiber dieser Zeilen, der sich kurzfristig am Morgen des ersten Kongresstages einer kieferchirurgischen Operation unterziehen musste und deshalb nicht nach Duisburg reisen konnte).

Der technische Aufwand dafür, elektronisch an dem Treffen teilzunehmen, war zwar nicht gering und auch nicht ganz billig. So musste das, was im Plenum in Duisburg passierte, verständlich in Ton und Bild an die „Heim-Delegierten“ übertragen werden, und umgekehrt mussten deren Wortbeiträge im Duisburger Tagungsraum ankommen. Darüberhinaus musste eine Möglichkeit geschaffen werden, dass bei Abstimmungen alle sich beteiligen und bei den Wahlen alle Stimmen geheim abgegeben werden konnten. Aber das alles klappte ohne größere Probleme, auch wenn das Tagespräsidium weit stärker als normal gefordert war.

Viele Delegierte waren ohnehin im „Online-Agieren“ schon geübt, sind doch Video-Konferenzen seit der Pandemie für viele Menschen tägliches Arbeitsmittel. Und auch der DFG-VK-Bundesausschuss hat seit März 2020 ausschließlich online getagt und dabei nach Meinung vieler Teilnehmer:innen keine schlechtere Arbeit geleistet als zuvor.

Der Aufwand hat sich also gelohnt, allen, die das wünschten, die Teilnahme und damit die Teilhabe zu ermöglichen. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen dürfte sich die hybride Veranstaltungsform ohnehin gerechnet haben, weil weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie Fahrt- und Übernachtungskosten entstanden sind.

Was freilich wegfällt bei solchen reinen oder „gemischten“ Online-Veranstaltungen, das ist die – wichtige – persönliche Begegnung.

**Eröffnet wurde der Kongress** nach den kurz gehaltenen Formalien damit, dass der Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK erstmals den Ludwig-Baumann-Preis verlieh. Die Rede von Günter Knebel zur Person

des Namensgebers für den Preis aber auch zu der für den Fonds, mit dem verfolgte Friedensaktivist:innen unterstützt werden, ist ab der Seite 10 in dieser *ZivilCourage* dokumentiert.

Die wesentliche Aufgabe von Bundeskongressen ist neben der Wahl des BSK und von Verantwortlichen für einzelne Arbeitsbereiche die grundsätzliche Festlegung der Politik des Bundesverbandes und seine innere Verfassung. Dazu berät und entscheidet die Versammlung über Anträge, die von allen Gliederungen, also z.B. den Gruppen und Landesverbänden, und Einzelmitgliedern mit der Unterstützung 10 weiterer Mitglieder gestellt werden können.

**Zur Beratung und Entscheidung** lagen diesem Kongress 12 Anträge vor, darunter vier, mit denen die Satzung geändert werden sollte. Die beschlossenen Anträge werden in der folgenden Übersicht kurz dargestellt.

- Bisher formulierte Satzung in § 2 Absatz 3, die DFG-VK trete „ein für die Achtung der Menschenrecht und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied im Bezug auf Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion, Weltanschauung oder sozialer Lage.“

Weil der Begriff der „Rasse“ problematisch und falsch ist, beantragte der Bundesausschuss eine Änderung als „wichtiges Signal, endlich Sprachgewohnheiten aufzubrechen und die scheinbare Akzeptanz von Rassekonzeptionen zu beenden.“

Mit breiter Mehrheit wurde beschlossen, dass die DFG-VK nunmehr dafür eintritt, „dass niemand rassistisch behandelt“ oder wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, des Alters etc. benachteiligt wird.

- Mit einem breit getragenen Antrag und großer Mehrheit beschlossen wurde die Satzung ergänzt und eine „Konfliktberatungskommission“ als Gremium des Bundesverbandes beschlossen. Diese „dient zur Unterstützung von Gremien, Gliederungen, Mitgliedern, ehrenamtlichen oder bezahl-

ten Beschäftigten der DFG-VK, die in einen Konflikt geraten sind, wenn die Konfliktparteien das wünschen. Sie soll zur Mediation beraten, um Konflikteskalation vorzubeugen. Die Konfliktberatungskommission erstellt ein Konzept für ihre Tätigkeit, welches vom Bundesausschuss zu beschließen ist. Sie führt eine verbandsintern öffentliche Liste von Fachleuten, die grundsätzlich dafür bereitstehen, und unterstützt im Konfliktfall bei der Kontaktaufnahme. Sie besteht aus mindestens zwei vom Bundeskongress gewählten Personen.“

In der Begründung hatten die Antragsteller:innen zutreffend geschrieben: „Einige Konflikte der letzten 20 Jahre in unserem Verband wurden z.T. unzureichend, wenig nachhaltig und zu selten nach klaren Regeln bearbeitet. Wenn wir nach innen und außen glaubwürdig sein wollen, brauchen wir kompetente, gut vorbereitete und erfahrene Konfliktteams. Diese sollten Kenntnisse haben, mit denen sie Konfliktparteien helfen können, ihren Streit einer allparteilichen Lösung zuzuführen oder eine außenstehende Person für eine Mediation zu finden.“

- Inhaltlich dazu passend lag ein Antrag mit der Überschrift „Für ein respektvolles und wertschätzendes Miteinander in der DFG-VK“ vor. Damit wird der BSK „aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen mit dem Ziel, die Kommunikationskultur und den allgemeinen Umgang miteinander innerhalb des Verbandes und auf allen Ebenen des Verbandes signifikant zu verbessern.“

Auch hier wurde in der Begründung konstatiert: „Der Umgang miteinander im Verband ist seit vielen Jahren ein ernsthaftes Problem, welches häufig diskutiert wird, jedoch praktisch keine Konsequenzen hat. (...) Das gegenwärtige Klima der Kommunikation schreckt Neuankommlinge ab und wirkt demotivierend auf Aktive – beides keine guten Bedingungen für konstruktive und emanzipatorische Friedensarbeit. Selbst vorhandene Regularien wie die Netiquette wir-

ken nur eingeschränkt. Die Alternativen – mehr Kontrolle und struktureller Zwang – sind unseres Erachtens einer Friedensorganisation nicht angemessen. Ein ‚Weiter so‘ wäre jedoch für den Verband selbstzerstörerisch.“

Als mutmachendes Zeichen kann es vielleicht gewertet werden, dass dieser Antrag ohne Gegenstimme und bei wenigen Enthaltungen beschlossen wurde.

- Zum Thema „Friedensarbeit und antifaschistische Arbeit verbinden!“ wurde dieser Antrag des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern beschlossen:

„Die DFG-VK erkennt antifaschistische Arbeit als wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeit an. Der BundessprecherInnenkreis entwickelt Vorschläge für ein geeignetes Modell, wie die antifaschistische Arbeit der DFG-VK gesichert werden kann, und stellt sie dem Bundesausschuss zur Diskussion und Beschlussfassung vor.“

In der Antragsbegründung war u.a. ausgeführt worden: „Der organische Zusammenhang zwischen Krieg und Faschismus wird in der DFG-VK nicht ausreichend dargestellt. DFG-VK-Mitglieder und -Gliederungen wirken manchmal orientierungslos. Beispiele sind anfängliche Fälle des Zusammengehens mit den sogenannten Mahnwachen für den Frieden und das Engagement in der Kampagne ‚Stopp Ramstein‘. (...)

Argumente vor allem junger Mitglieder werden in Zweifel gezogen. In ständiger Wiederholung wird gefragt, was rechts oder rechtsoffen sei, ob in provokatorischer Absicht oder aus tatsächlichem Unwissen heraus. Es wird notwendig sein, Wissen darüber aufzubauen, was Faschismus ist und inwieweit sich der Umfang dieses Begriffs mit denen beispielsweise von Rassismus und Nationalismus, gegen die sich die DFG-VK bereits positioniert, deckt oder nicht deckt. Die daraus folgenden Erkenntnisse müssen aller weiteren Arbeit der DFG-VK zugrunde gelegt werden, auch ihrer Bündnispolitik.“

- In den letzten Ausgaben der *ZivilCourage* wurde immer dafür geworben, dass Mitglieder vom Print- auf den Digitalbezug umstellen und sich das Heft per E-Mail als PDF zuschicken lassen; das Motto dabei: „Weniger Geld für die Post, mehr Geld für die politische Arbeit!“ Das ist deshalb wichtig und sinnvoll, weil die Ausgaben für das Magazin zu den großen Posten im DFG-VK-Etat gehören und eine, wenn auch niedrige, aber fünfstellige Summe jährlich für den Vertrieb und dabei vor allem für Portokosten ausgegeben wird.

Strittig war nur, wie es am besten gelingen kann, noch mehr – als die aktuell 400 – Mitglieder dazu zu bewegen, auf den Digitalbezug umzustellen.

Der Kongress hat nun beschlossen, in der Mitte der nächsten beiden Ausgaben einen erklärenden Text zu veröffentlichen und Rückmeldepostkarten einzulegen, mit denen die Umstellung beauftragt werden kann. Klingt anachronistisch. Ist es auch. Geht nämlich einfacher: E-Mail an [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de), Betreff: *ZC digital*. Am besten Vorname, Name und Mitgliedsnummer in der Mail nennen, damit das eindeutig zugeordnet werden kann.

- Ein Thema, das über die Jahrzehnte immer wieder für großen Streit auf Bundeskongressen gesorgt hatte, stand auch bei diesem wieder einmal auf der Tagesordnung. Die Frage nämlich nach einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und die danach, wie die Beiträge zwischen Gruppen, Landesverbänden und Bundesverband aufgeteilt werden.

Dazu gab es es einen umfangreichen Antrag von Bundesausschuss und Finanzkommission mit verschiedenen Varianten und ausführlicher Begründung sowie einen ebenfalls ausführlichen Änderungsantrag der DFG-VK-Regionalgruppe Mülheim/Oberhausen/Bottrop.

Zun Verständnis des Themas ist es wichtig zu wissen, dass die Beiträge letztmals vom Bundeskongress 2013 in Dortmund erhöht wurden und dass

sie nach dem Schlüssel 45/22/33 prozentual auf Bundesverband, Landesverbände und Gruppen verteilt wurden. Beschlossen wurde nun eine moderate Erhöhung des Mitgliedsbeitrages ab dem kommenden Jahr. Bei der Verteilung gibt eine leichter Veränderung zugunsten des Bundesverbandes (48 %) zulasten der Gruppen (30 %).












Der Bundeskassierer wird in der nächsten *ZivilCourage* ausführlich über dieses Thema informieren.

- Im Blick auf den Termin des nächsten Bundeskongress wurde auf Antrag des BSK beschlossen, „dass der nächste Bundeskongress erst im Herbst 2024 stattfindet und u.a. der neue Bundessprecher\*innenkreis erst dann gewählt wird.“ Dieser Beschluss mutet auf den ersten Blick seltsam an, zumal es nach der Satzung Aufgabe des Bundesausschusses ist, Termin, Ort und Tagesordnung festzulegen und den Bundeskongress „einzuberufen“. Wegen der pandemiebedingten Verschiebung und der Absicht, zum bewährten zweijährigen Herbsttermin zurückzukehren, war dieser Beschluss aber notwendig. Andernfalls hätte wegen der Satzungsregelungen die Amtszeit des jetzt gewählten BSK Ende Mai 2024 geendet. Gleichzeitig wäre er verpflichtet gewesen, „umgehend einen Bundeskongress einzuberufen“ mit einer Frist von längstens acht Wochen. Mit diesem Beschluss verzichtet der Bundeskongress auf sein Recht, den BSK und die anderen Funktionär:innen im Sommer 2024 neu zu wählen, und vermeidet damit einen eventuellen Satzungsstreit in zwei Jahren.

- Abschließend hat der Bundeskongress eine Resolution diskutiert und verabschiedet, die die politisch-pazifistische Position der DFG-VK zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine darlegt. Unter der Überschrift „Waffenstillstand!“ ist die Erklärung auf den Seiten 8 und 9 abgedruckt.

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage.* ‹‹

## Die Ergebnisse der Wahl des BundessprecherInnenkreises (BSK) und weiterer Funktionen

 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Ralf Buchterkirchen</b> buchterkirchen@dfg-vk.de Landesverband Ost</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>66</td> <td>6</td> <td>7</td> <td>92</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	66	6	7	92	 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Jürgen Grässlin</b> graesslin@dfg-vk.de LV Baden-Württemberg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>72</td> <td>5</td> <td>2</td> <td>94</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	72	5	2	94	 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Fabian Grote</b> grote@dfg-vk.de LV Baden-Württemberg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>48</td> <td>19</td> <td>14</td> <td>72</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	48	19	14	72
ja	nein	Enth.	%																							
66	6	7	92																							
ja	nein	Enth.	%																							
72	5	2	94																							
ja	nein	Enth.	%																							
48	19	14	72																							
 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Shari Kohlmeyer</b> kohlmeyer@dfg-vk.de LV Berlin/Brandenburg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>74</td> <td>2</td> <td>4</td> <td>97</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	74	2	4	97	 <p><b>BSK/Bundeskassierer</b> <b>Christoph Neeb</b> neeb@dfg-vk.de LV Baden-Württemberg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>75</td> <td>2</td> <td>3</td> <td>97</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	75	2	3	97	 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Marius Pletsch</b> pletsch@dfg-vk.de LV Rheinland-Pfalz</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>75</td> <td>2</td> <td>3</td> <td>97</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	75	2	3	97
ja	nein	Enth.	%																							
74	2	4	97																							
ja	nein	Enth.	%																							
75	2	3	97																							
ja	nein	Enth.	%																							
75	2	3	97																							
 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Jan Sander</b> sander@dfg-vk.de LV Baden-Württemberg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>60</td> <td>3</td> <td>15</td> <td>95</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	60	3	15	95	 <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Thomas Carl Schwoerer</b> schwoerer@dfg-vk.de Landesverband Hessen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>67</td> <td>6</td> <td>6</td> <td>92</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	67	6	6	92	<p>Leider wurde von der Person kein Foto zur Verfügung gestellt.</p> <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Hauke Thoro</b> thoroe@dfg-vk.de LV Berlin/Brandenburg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>37</td> <td>33</td> <td>9</td> <td>53</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	37	33	9	53
ja	nein	Enth.	%																							
60	3	15	95																							
ja	nein	Enth.	%																							
67	6	6	92																							
ja	nein	Enth.	%																							
37	33	9	53																							
<p>Leider wurde von der Person kein Foto zur Verfügung gestellt.</p> <p><b>BundessprecherInnenkreis</b> <b>Adrián Villa Urrego</b> villa@dfg-vk.de LV Hessen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>72</td> <td>2</td> <td>5</td> <td>97</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	72	2	5	97	<p>Der BundessprecherInnenkreis (BSK) ist von der DFG-VK-Satzung als Kollegialorgan von gleichberechtigten Mitgliedern konstruiert; alle Entscheidungen müssen mit einer Zweidrittel-Mehrheit getroffen werden.</p> <p>Aus der Mitte des BSK wählt der Bundeskongress für die rechtliche Vertretung der DFG-VK e.V. mindestens drei Mitglieder; diese sind Christoph Neeb, Thomas Carl Schwoerer und Ralf Buchterkirchen. Auch BSK-Mitglied Hauke Thoro hatte für diesen formalen Vorstand kandidiert, erreichte aber nicht die nötige Mehrheit (25/34/4).</p> <p>Für den BSK hatte auch Keno Goertz kandidiert, erlangte aber mit 49 % Zustimmung keine Mehrheit (33/34/13).</p>	 <p><b>Politischer Geschäftsführer</b> <b>Michael Schulze von Glaßer</b> svg@dfg-vk.de LV Hessen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>69</td> <td>3</td> <td>5</td> <td>96</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	69	3	5	96								
ja	nein	Enth.	%																							
72	2	5	97																							
ja	nein	Enth.	%																							
69	3	5	96																							
 <p><b>Referentin für Friedenspolitik</b> <b>Kathi Müller</b> mueller@dfg-vk.de LV Nordrhein-Westfalen</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>76</td> <td>1</td> <td>2</td> <td>99</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	76	1	2	99	 <p><b>Referentin für Lobbyarbeit</b> <b>Elvin Çetin</b> cetin@dfg-vk.de LV Berlin/Brandenburg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>70</td> <td>5</td> <td>4</td> <td>93</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	70	5	4	93	 <p><b>ZivilCourage-Redakteur</b> <b>Stefan Philipp</b> philipp@dfg-vk.de LV Baden-Württemberg</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>ja</th> <th>nein</th> <th>Enth.</th> <th>%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>71</td> <td>7</td> <td>3</td> <td>91</td> </tr> </tbody> </table>	ja	nein	Enth.	%	71	7	3	91
ja	nein	Enth.	%																							
76	1	2	99																							
ja	nein	Enth.	%																							
70	5	4	93																							
ja	nein	Enth.	%																							
71	7	3	91																							

Weitere Wahlergebnisse – (wieder)gewählt wurden:

Thomas Haschke (Geschäftsführung des Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK; 77/0/5; 100 %); Guido Grünewald (Internationaler Sprecher; 68/4/8; 94 %); Marion Küpker (Internationale Koordinatorin gegen Atomwaffen; 58/14/6; 81 %)

**Konfliktberatungskommission:**

Hedi Sauer-Gürth (57/13/11; 81 %);

Stefanie Intveen (58/12/10; 83 %); Michael Sünner (66/7/10; 90 %); Kai-Uwe Dosch (62/8/10; 89 %)

**Vertretung in Bündnissen:**

Jürgen Grässlin (Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!; 87/2/0; 98 %); Stephan Brües (Bund für Soziale Verteidigung; 80/1/6; 99 %); Marius Pletsch (Campaign to stop Killer Robots; 78/1/2; 99 %); Michael Schulze von Glaßer (Deutsches Bündnis Kindersoldaten; 75/3/4; 96 %); Elsa

Rassbach (Drohnen-Kampagne; 68/9/6; 88 %); Michael Sünner und Kurt Luckhardt (Forum Ziviler Friedensdienst; 71/1/10; 99 %); Kai-Uwe Dosch (Netzwerk Friedensbildung; 74/4/3; 95 %); Elvin Çetin (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung; 68/5/7; 93 %); Keno Goertz (War Resisters' International; 53/12/11; 82 %)

**Kassenprüfungskommission:**

Ralf Fischer (68/0/2; 100 %); Michael Sünner (70/2/2; 97 %)

Für die Berechnung der notwendigen Mehrheiten und der prozentualen Zustimmung wurden gemäß den vereinbarten Bestimmungen bei diesem Bundeskongress nur die Ja- und Nein-Stimmen berücksichtigt. Dies bedeutete eine Änderung gegenüber früheren Bundeskongressen; die jetzt ermittelten Prozentangaben sind deshalb mit denen früherer Kongresse nicht vergleichbar.

# Waffenstillstand!

## Abschlussresolution des 23. DFG-VK-Bundeskongresses

**D**ie rund 100 Delegierten des 23. Bundeskongresses der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), der vom 20. bis 22. Mai 2022 in Duisburg stattfand, fordern den sofortigen Stopp der völkerrechtswidrigen Angriffe Russlands auf die Ukraine: Wir protestieren gegen die imperialistische und militaristische Großmachtspolitik der russischen Regierung!

Nur ein Ende des Krieges kann verhindern, dass noch mehr Menschen Opfer von Kriegsgewalt werden. Die Waffen müssen schnellstmöglich schweigen.

### Verhandlungen und zivile Hilfen.

Auch die täglichen Kriegsfolgekosten für alle Volkswirtschaften und die Zerstörung der Infrastruktur in der Ukraine sind unerträglich, verursachen große Probleme und unsägliches Leid. Aktuell setzt die ukrainische Regierung auf die militärische Rückeroberung der russisch besetzten Gebiete. Ein solches Verharren in der Kriegselogik und ein drohender Abnutzungskrieg führen zu weiterem Tod und der Zerstörung ziviler Infrastruktur. Nach einer Rückeroberung könnte Cherson aussehen wie aktuell Mariupol. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand.

Es braucht entsprechende diplomatische Initiativen und am Ende eine Verhandlungslösung. Nur durch Gespräche kann dieser Krieg beendet werden. Eine Schwächung Russlands auf Kosten der ukrainischen Zivilbevölkerung und der Soldat\*innen erreichen zu wollen, ist zynisch und gefährlich. Die „westlichen“ Staaten – auch gerade die USA – müssen ihre Verantwortung aus der Vorgeschichte des Krieges annehmen und ihren Beitrag zu Verhandlungen leisten.

Ebenso wie der ehemalige Nato-General Harald Kujat sehen auch wir in der Reaktivierung des Nato-Russland-Rates eine Möglichkeit, um in die Verhandlungen mit Russland zu kommen. Er bietet ein Forum dafür, sowohl das aktuelle Kriegsgeschehen als auch die damit verbundenen Sicherheitsinteressen der beteiligten Staaten zu thematisieren. Dabei darf nicht über die Ukraine hinweg agiert werden – sie muss in den sie betreffenden Fragen als gleichberechtigter Verhandlungspartner mit am Tisch sitzen.

Zusätzlich sind alle anderen nur denkbaren Orte und Formate für Verhandlungen zu nutzen, insbesondere die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Wir sind überzeugt, dass eine zukünftige europäische Friedensordnung nur mit Russland und nicht gegen Russland geschaffen werden kann.

### Waffenlieferungen stoppen.

Waffenlieferungen werden diesen Krieg nur verlängern. Wir sehen dabei das Dilemma: Die Menschen in der Ukraine werden von Russland angegriffen. Mit noch mehr Waffen können sie sich militärisch vermeintlich noch besser wehren, ohne jedoch eine nachhaltige Lösung erreichen zu können.

Die Probleme, die mit der Lieferung deutscher Waffen einhergehen, überwiegen: Menschen werden damit getötet, Deutschland kann im Konflikt nicht mehr vermitteln, sondern wird zunehmend selbst zur Kriegspartei, die Gefahr einer Ausweitung des Krieges wächst. Für die Zukunft droht eine vollkommen hemmungslose Aufrüstung und Waffenexportpolitik.

Zudem gibt es bei den Lieferungen zu viele von der Bundesregierung unbeantwortete Fragen, z.B. bis zu welchem Punkt die Waffen von der Ukraine genutzt werden dürfen oder was

mit ihnen nach einem – hoffentlich schnellen – Kriegsende geschieht.

**Nötige Maßnahmen.** Auch wenn sie friedenspolitisch nicht unproblematisch sind, könnten Sanktionen – sowie das Angebot ihrer Rücknahme – ein Mittel sein, Russland zu weiteren Verhandlungen zu bewegen.

Wir dürfen Russlands Kriegskasse nicht weiter durch klimaschädliche fossile Energieimporte füllen. Damit die Auswirkungen der Klimakatastrophe begrenzt bleiben, müssen wir schnellstmöglich unabhängig von fossilen Energieträgern werden und dürfen uns nicht in die nächste Abhängigkeit von kriegführenden und menschenrechtsverletzenden Staaten begeben.

Auch die Ermittlungen bei Kriegsverbrechen müssen unterstützt werden – und Täter\*innen vor Gericht gestellt werden. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) muss endlich auch von Russland und den USA anerkannt und unterstützt sowie das Rom-Statut über die Einrichtung des IStGH von der Ukraine ratifiziert werden.

Humanitäre Hilfe für die Ukraine und weltweit für die indirekt betroffenen Länder, etwa durch vernichtete Getreideernte und blockierte Exporte, ist unverzichtbar. Das heißt, die Lieferung von Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten sowie die Unterstützung beim Wiederaufbau von Infrastruktur.

Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und ihre Unterstützung muss weiter sichergestellt werden. Insbesondere Frauen und Mädchen leiden derzeit massiv unter sexualisierter Kriegsgewalt. Sie sind Opfer von Vergewaltigung, sexueller Folter, Zwangsprostitution und anderen Formen sexueller Kriegsgewalt.

**Unterstützung von Kriegsverweigerer\*innen.** Zur Beendigung des Krieges rufen wir außerdem, gemäß unserer über 125-jährigen Tradition, alle Soldat\*innen auf, die Waffen niederzulegen und den Kriegseinsatz zu verweigern. Von der Bundesregierung und der Europäischen Union fordern wir auch für diese Menschen eine unbürokratische Aufnahme, ein dauerhaftes Bleiberecht und Schutz. Wir stehen an der Seite russischer, belarussischer und ukrainischer Deserteur\*innen und Kriegsdienstverweigerer\*innen und fordern eine umgehende Änderung der restriktiven Anerkennungspraxis deutscher Behörden.

Zur Unterstützung russischer Kriegsdienstverweigerer\*innen haben wir im Rahmen unseres Bundeskongresses 8000 Euro Spenden an ein Projekt der finnischen Friedensorganisation Aseistakieltäytyjäliitto (AKL; deutsch: Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen) und der russischen Organisation Движение сознательных отказчиков (MCO; deutsch: Bewegung der Kriegsdienstgegner\*innen) weitergeleitet.

Unsere besondere Solidarität gilt denen, die sich mit politischen, zivilen und gewaltfreien Mitteln gegen den russischen Einmarsch verteidigen sowie den Menschen der ukrainischen und der russischen Antikriegsbewegung.

**Geflüchtete schützen.** Der Krieg in der Ukraine darf nicht dazu führen, dass andere Konflikte und bewaffnete Auseinandersetzungen auf der Welt unbeachtet bleiben. Unsere Forderung „Grenzen öffnen für Menschen, Grenzen schließen für Waffen“ gilt angesichts aktuell über 100 Millionen Geflüchteter weltweit umso dringlicher. Unabhängig von ihrer Herkunft,

Religionszugehörigkeit, geschlechtlichen Identität und Sexualität müssen Menschen vor Krieg Schutz finden können.

Leider sieht die Realität anders aus. Tagtäglich kommen unzählige Menschen auf der Flucht vor Kriegen und bewaffneten Konflikten an den europäischen Außengrenzen ums Leben. Der Umgang mit Geflüchteten aus dem Irak, Jemen, aus Syrien oder Afghanistan sowie vielen afrikanischen Ländern in Deutschland und ganz Europa entlarvt den Rassismus, der noch immer tief in unserer Gesellschaft und Politik verankert ist.

Die illegalen Pushbacks durch die griechische und polnische Regierung und die Untätigkeit der Europäischen Union sowie die systematisch unterlassene Hilfeleistung Deutschlands und anderer EU-Staaten auf dem Mittelmeer sind nur zwei von vielen Beispielen dafür. Wir fordern Schutz und Sicherheit für alle Menschen!

**Sicherheit statt Aufrüstung.** Keine Sicherheit wird die von der Bundesregierung angestrebte Aufrüstung der Bundeswehr bringen. Im Juni 2022 soll im Bundestag eine Grundgesetzänderung verabschiedet werden, um die Bundeswehr mit einem sogenannten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausstatten zu können. Damit will die Bundesregierung mittelfristig mehr als 2 % des Bruttoinlandsprodukts für „Verteidigung“ ausgeben und so das entsprechende Nato-Ziel noch übertreffen. So steigt der Rüstungshaushalt auf über 70 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Paket macht Deutschland zum drittgrößten Hochrüster der Welt hinter den USA und China – und noch vor Russland.

Insbesondere die Beschaffung von F-35-Tarnkappenbomben zur Fort-

setzung der nuklearen Teilhabe lehnen wir ab. Atomwaffen sind international geächtete Massenvernichtungswaffen, welche die gesamte Menschheit bedrohen. Deutschland darf sich nicht an einem weiteren atomaren Wettrüsten beteiligen, sondern muss sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen – ein wichtiger Schritt dahin ist die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags. Das geplante Aufrüstungsprogramm wird nicht zu mehr Frieden und Sicherheit für die Menschen führen.

Auch den Konflikt mit Russland wird es nicht lösen, sondern die Konfrontation mit Russland und China weiter verschärfen. Langfristige Strategien zur Krisen- und Konfliktprävention sowie Rüstungskontrolle drohen komplett aus dem Blick zu geraten. Diese Ausgaben stehen in Konkurrenz zum Budget für Soziales, Gesundheit und Bildung sowie zum notwendigen Erhalt von Infrastruktur und zu Investitionen zur Eindämmung der Klimakatastrophe. Die zivile Sicherheit wird außer Acht gelassen, was zu neuen Konflikten und Kriegen führen wird. Diese Politik steht im krassen Gegensatz zu der erklärten feministischen Außenpolitik.

**Für eine friedliche Zukunft.** Gemeinsam bekräftigen wir: „Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.“ Das Töten und Sterben muss beendet werden. Militarismus, Bellizismus und Nationalismus muss Einhalt geboten werden. Die DFG-VK setzt sich dafür ein, dass eine neue Entspannungspolitik eingeleitet wird, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Sicherheit ist neu zu denken und in eine zivile Außenpolitik umzusetzen. Nur gemeinsam kann die Menschheit in Frieden überleben. <<



# „Kriegsverrat ist Friedenstat“

Rede bei der Verleihung des Ludwig-Baumann-Preises durch den Solidaritäts-Fonds  
 Von Günter Knebel

Liebe friedensbewegte Mitstreiter\*innen, liebe Freundinnen und Freunde,  
 ich freue mich sehr, dass der Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK einen Preis gestiftet hat, um bemerkenswertes friedenspolitisches Engagement auszuzeichnen und zu würdigen. Diesen Preis mit dem Namen von Ludwig Baumann zu verbinden, begrüße ich sehr namens und in Vertretung der Mitglieder unserer Bundesvereinigung.

Ludwig Baumann war fast drei Jahrzehnte lang Herz und Motor, Stimme und Gesicht der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Wie ist er dazu gekommen, Fürsprecher, Anwalt und im besten Sinne Lobbyist derjenigen zu werden, die in den Kriegsjahren 1939 bis 1945 als Kriegsdienstverweigerer, Fahnenflüchtige, Wehrkraftzersetzer oder Kriegsverräter von den Nazis verfolgt, bestraft und – über 30000 Mal – zum Tode verurteilt wurden? Er selbst gehörte dazu, weil er im Juni 1942 im besetzten Frankreich als Soldat aus der Wehrmacht desertierte. Am 30. Juni

1942 wurde er in Bordeaux wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt, verbrachte dort 10 Monate in der Todeszelle, bevor seine Odyssee begann durch KZ-ähnliche Inhaftierungsorte wie Esterwegen, das Wehrmachtgefängnis Fort Zinna in Torgau und schließlich mit sogenanntem Bewährungseinsatz an der Ostfront im Strafbataillon 500 endete.

Mit ganz viel Glück hat Ludwig Baumann den Zweiten Weltkrieg überlebt, aber das eigene wie das miterlebte Leid durch die Schrecken des Krieges hatte ihn traumatisiert. Obwohl er ein aktiver Mensch war, der sehr fröhlich sein konnte, hat er bis zu seinem Lebensende darunter gelitten. Ludwig, 1921 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns in Hamburg geboren und aufgewachsen, konnte mit dem Gehabe der Nazis nichts anfangen, hatte dem Werben für die Hitlerjugend widerstanden, musste aber den paramilitärischen und militärischen Nazi-Dienstpflichten folgen, zuerst im sogenannten Arbeitsdienst, dann ab 6. Februar 1941 als wehrpflichtiger Soldat.

beilegung waren verpönt, verfolgt und unter Strafe gestellt. 1926 hatte Hitler in seiner programmatischen Schrift „Mein Kampf“ die Parole ausgegeben, „der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“. Pazifistische Schriften wurden am 10. Mai 1933 bei Bücherverbrennungen, die in vielen Städten organisiert worden waren, verbrannt; deren Autor\*innen waren gut beraten, wenn sie Deutschland verlassen konnten.

**Dem Publizisten Carl von Ossietzky**, der als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Die Weltbühne“ mehrfach wegen Beleidigung des Militärs angeklagt und verurteilt worden war, gelang das nicht: Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand 1933 wurde er verhaftet, inhaftiert und 1934 zuerst ins SA-Konzentrationslager Sonnenburg, dann ins KZ Papenburg-Esterwegen deportiert. Dort wurde er so misshandelt, gefoltert und geschunden, dass er sehr schwer erkrankte. Nachdem ihm infolge internationaler Solidaritätsaktionen für seine militärkritischen Analysen der Weimarer Zeit der Friedensnobelpreis für 1935 zugesprochen worden war, konnte er zwar 1936 in ein Krankenhaus nach Berlin gelangen, verstarb aber dort, weiterhin unter Gestapo-Aufsicht, zwei Jahre später im Mai 1938 an den Folgen seiner Inhaftierung.

Ossietzky, wie Ludwig Baumann gebürtiger Hamburger, wurde keine 50 Jahre alt, hat aber in seiner kurzen Lebenszeit viel bewegt. Ohne höheren Schulabschluss entwickelte er sich vom „Hilfsschreiber“ zu einem profilierten Theaterkritiker und Kommentator, dessen militärkritische Beobachtung und Beschreibung in einschlägig engagierten Kreisen hoch geschätzt wurden. 1889 geboren, wurde er 1914 zum ersten Mal verurteilt, weil er vor-

Ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung galt damals, selbst für die Mehrheit der Pazifisten, als nahezu unvorstellbar: Der mit dem Militarismus einhergehende Glaube an die „Schwertgewalt“, der bereits in den Ersten Weltkrieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, geführt hatte, wurde in der Zeit der NS-Herrschaft 1933 bis 1945 mit staatlicher Macht zum Fetisch erhoben. Gewaltverzicht und friedliche Streit-



Den Ludwig-Baumann-Preis erhalten haben Wilfried Porwol (li.), Künstler aus Kleve, und Frieda Henkel aus Berlin, die in Duisburg nicht anwesend sein konnte und für die Keno Goertz den Preis stellvertretend entgegen nahm.

geblich die „Kriegsgerichtsbarkeit beleidigt“ habe. Laut eigener späterer Auskunft sei er durch diese Verurteilung zum Pazifisten geworden, sein Kriegseinsatz 1916 sei dafür nicht mehr von Belang gewesen. Carl von Ossietzky war bereits 1912 Mitglied der DFG geworden, sein unermüdliches Engagement gegen Militarismus und Krieg, für Frieden und Völkerverständigung entwickelte sich im Laufe seines Lebens durch (selbst-)kritisches Beobachten und Reflektieren, Abscheu vor Krieg und Gewalt, gepaart mit Visionen für eine demokratische Gesellschaft freier Individuen. 1919 wurde er für kurze Zeit DFG-Sekretär, bevor er sich zunehmend publizistischer Arbeit widmete.

Er wurde ein, wenn nicht *der* literarische Seismograph für das tragische Ende der Weimarer Republik. Deren Übergang in ein Herrschaftssystem bis dahin ungekannter Brutalität und subtiler wie offener Vorbereitung von Angriffs- und Vernichtungskriegen einschließlich industrieller Vernichtung von Menschen hat er nicht voraussehen können. Seine unbeugsame Haltung setzte seine Peiniger ins Unrecht und machte Ossietzky noch zu Lebzeiten zu einer Symbolfigur des antifaschistischen Widerstands.

**Damit zurück zu Ludwig Baumann**, der – zusammen mit seinem Freund Kurt Oldenburg – als 20jähriger Hitlers Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht mehr mit ansehen, geschweige denn mitmachen wollte: Er wollte nur leben, zivil und in Freiheit sein.

Den deutschen Wehrmachtsoldaten, die Frankreich besetzt hatten, wurden in ihrer Freizeit zur Unterhaltung und Motivierung Propaganda-Filme der Nazi-Wochenschau gezeigt, die Eindrücke von den vorgeblichen Siegen der Wehrmacht an der Ostfront vermitteln sollten.

Ludwig und sein Freund Kurt zogen gänzlich andere Schlüsse aus den Darbietungen. Sie fragten sich, welche Kriegsverbrechen die gefangenen Soldaten Russlands und an-

derer überfallener Länder dort erleiden mussten. An diesem Krieg und solchen Verbrechen wollten sie nicht mitschuldig werden, Abhauen und Nicht-mehr-mitmachen waren angesagt. Was folgte, wurde eingangs resümiert.

Erst nach dem Ende des Krieges wurde klar: NS-Deutschland hatte 1945 zwar den Krieg verloren, aber die NS-Ideologie war mit der Befreiung durch die militärischen Siegermächte keineswegs getilgt worden. Die Entnazifizierung wäre ein Thema für sich, aber der Umgang mit den Opfern der NS-Militärjustiz beschreibt es beispielhaft.

Während die ca. 3000 Juristen der Wehrmacht den Krieg nicht nur weitestgehend überlebt hatten, konnten sie auch vielfach ihre juristische Karriere nahtlos in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Demgegenüber haben nur sehr wenige der von ihnen zum Tode Verurteilten den Krieg überhaupt überlebt, von den rund 30000 Todesurteilen wurden etwa 22000 unverzüglich oder zeitnah vollstreckt.

Wer zu den wenigen Überlebenden gehörte, die nach dem Krieg den Mut aufbrachten, Anträge auf Kriegsofferentschädigung zu stellen, wurde als Opfer der NS-Militärjustiz bis 1998 meist ausgegrenzt: Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Wehrkraftzersetzung, erst recht nicht Kriegsverrat, begründeten laut Gesetz und höchstrichterlicher Rechtsprechung keinen Entschädigungsanspruch. „Während den Funktionären des NS-Staates und ihren Hinterbliebenen üppige Versorgungsbezüge gewährt wurden, hatten die Gegner und Opfer des Regimes nach dem Krieg lange Zeit die Ablehnung ihrer Ansprüche hinzunehmen“, lautet die zusammenfassende Bilanz einer juristischen Dissertation 2002.

**Diese jahrzehntelange Ungerechtigkeit** wurde Anfang der 80er Jahre zunehmend als empörend empfunden. Ludwig Baumann, der seit Jahren öffentlich gegen den Widerspruch

### Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK



Der Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK unterstützt Menschen der Antikriegs- und Friedensbewegung, die wegen ihres Engagements strafrechtlich verfolgt werden, finanziell; er trägt bis zur Hälfte anfallende Anwalts- und Gerichtskosten. Getragen wird der Solidaritätsfonds vom Bundesverband und den Landesverbänden Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Der Fonds finanziert seine Unterstützungsarbeit durch Beiträge der ihn tragenden DFG-VK-Gliederungen sowie durch Spenden. Der Soli-Fonds im Internet: <https://cvo.dfg-vk.de>

Um Menschen zu ehren, die mit hohem persönlichen Einsatz für ihre friedenspolitischen Überzeugungen eintreten und deshalb verfolgt werden, wurde der Ludwig-Baumann-Preis geschaffen und jetzt zum ersten Mal verliehen. Diese Preisverleihung am 20. Mai in Duisburg zum Beginn des DFG-VK-Bundeskongresses wurde mit allen Reden aufgezeichnet und kann auf Youtube angesehen werden unter: <https://youtu.be/AFMkKPJtZM>

von Konsumwahn und Hunger in der Welt protestierte, konnte 1990 in eigener Sache überzeugt und als Initiator einer Art Selbstorganisation der

Opfer der NS-Militärjustiz gewonnen werden.

Nach deren Gründung wurde er im Oktober 1990 ihr Vorsitzender und authentischer Sprecher. Mit der ihm eigenen Akribie und Energie nahm Ludwig sich seiner neuen Aufgabe an und führte ungezählte Gespräche mit Ansprechpartner\*innen in Politik, Medien und bei Bundesbehörden. In der Sache konnte er sich neben eigenen biografischen Erfahrungen auf Untersuchungen und Arbeiten von Mitstreitern des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung stützen, dessen Mitglieder als renommierte Historiker vielfältige Kontakte in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit hatten.

Mit dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 11. September 1991, das der Witwe eines hingerichteten Wehrmachtdeserteurs erstmals Rente zusprach und damit die vorausgehende Rechtsprechung ad acta legte, wurde der politische Kampf beflügelt, blieb aber noch lange Zeit mühsam und zäh: Für das erste Aufhebungsgesetz nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege 1998 musste der damalige Bundesjustizminister selbst in seiner eigenen Fraktion sehr angestrengt um Zustimmung ringen. Es fand zwar die nötige Mehrheit im Deutschen Bundestag, schloss aber bei genauerem Hinsehen die Deserteure der Wehrmacht von der angestrebten pauschalen Rehabilitierung aus.

Die – von der späteren SPD-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin in Aussicht gestellte – „Nachbesserung“ durch ein entsprechendes Ergänzungsgesetz, das die SPD noch als Oppositionspartei vorbereitet hatte, wäre fast nicht zustande gekommen bzw. bei der ersten rot-grünen Regierungsarbeit „vergessen“ worden, nicht zuletzt auch infolge deutscher Kriegsbeteiligung am Nato-Überfall auf Serbien, hätten nicht Ludwig Baumann und Manfred Messerschmidt Anfang 2001 die damalige PDS-Fraktion dafür gewinnen können, den SPD-Gesetzentwurf von 1998 aufzugreifen und neu in den Bundes-

tag einzubringen. Das gute Gedächtnis wurde – peinlicherweise – zunächst nicht erkannt, später aber belohnt: Am 17. Mai 2002 beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS die pauschale Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure.

57 Jahre nach Kriegsende wird gesetzlich bescheinigt, dass Desertion aus der Wehrmacht „weder kriminell noch unehrenhaft gewesen“ sei „in einem vom NS-Deutschland verschuldeten Angriffs- und Vernichtungskrieg“.

**Auch diese Erinnerung** gilt es heute, 20 Jahre später, nachdrücklich festzuhalten: Erleben wir doch gerade hierzulande seit dem Überfall der Armee Russlands auf die Ukraine eine bis dahin kaum vorstellbare Renaissance und Euphorie für Waffenlieferungen und militärische Gewalteinsetze – Schwertglauben 2022, begründet als Beistand und vermeintliche Unterstützung im Kampf für Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechte in der Ukraine.

**Der Kampf um Anerkennung** und Rehabilitierung für die Opfer der NS-Militärjustiz war 2002 noch nicht abgeschlossen: Es bedurfte weiterer wissenschaftlicher Arbeit, um nachzuweisen, dass auch diejenigen, die wegen sogenannten Kriegsverrats verurteilt und als einfache Soldaten meist unverzüglich hingerichtet worden waren, aus lauterer Motiven und in NS-widerständiger Absicht gehandelt hatten.

Unter dem prägnanten Titel „Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und Kriegsverrat“ gaben 2007 Wolfram Wette und Detlef Vogel einschlägige Forschungsergebnisse heraus, die zeitnah die gewünschte politische Resonanz gefunden haben. 2009 beschloss der Deutsche Bundestag am 8. September, dem letzten Tag der 16. Wahlperiode, mit den Stimmen aller damals im Bundestag vertretenen Fraktionen das 2. Ergänzungsgesetz zum NS-Unrechtaufhebungsgesetz und damit auch die pauschale Reha-

bilitierung der Kriegsverräter. Die beeindruckende Einmütigkeit dieses Beschlusses verdeckte zwar politischen Streit, machte aber deutlich, dass der aus gesellschaftspolitischer Minderheitenposition mühsam begonnene Kampf um Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz nun auch politisch überparteilich mehrheitsfähig geworden war.

Ludwig Baumann lag viel daran, seine Bundesvereinigung als unabhängigen NS-Opferverband zu profilieren. Seine Authentizität und sein Engagement an vielen Stellen und in vielen Zusammenhängen auch in der Gedenkstättenarbeit, besonders aber im Zusammenwirken mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und deren Wanderausstellung, „Was damals Recht war“, belegen das. Sie haben den Wehrmachtdeserteur zu einem Symbol des NS-Widerstands einfacher Leute gemacht.

Ludwig war kein „Vereinsmensch“, hat sich aber sehr gefreut, als ihm 2011 anlässlich seines 90. Geburtstags die Ehrenmitgliedschaft der DFG-VK überreicht wurde. Sonnhild und Ulli Thiel (1943-2014) haben dabei federführend mitgewirkt. Ihnen war er zeitlebens freundschaftlich verbunden. Sie haben sein reges Interesse befördert, als Zeitzeuge Kontakt zu Schulen und Bildungseinrichtungen zu suchen. Das machte ihm stets große Freude, im Gespräch mit jungen Menschen lebte er auf. Die ihm wichtigsten Botschaften waren: Nie wieder Krieg! Und: Kriegsverrat ist Friedens-tat!

Noch nach seinem 95. Geburtstag wirkte er an öffentlichen Veranstaltungen mit und gab bis zum Sommer 2016 Interviews. Seinen 96. Geburtstag musste er in einem Pflegeheim verbringen, wo er im Juli 2018 verstarb.

Oft sind wir in Bremen zusammen geradelt. Wie sehr Ludwig Baumann das Leben geschätzt und wie gern er gelebt hat, ist mir am Ende seiner Zeit immer dann besonders deutlich geworden, wenn er verschmitzt lächelnd

zu mir sagte: „Wäre ich doch nochmal 90!“

Günter Knebel war Anfang der 1970er Jahre im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) aktiv und 1974 mitbeteiligt an der Fusion von VK und der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner zur DFG-VK, deren erstem Bundes-

vorstand er mehrere Jahre angehörte. Seit Jahrzehnten ist er im Vorstand der 1990 gegründeten Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Beruflich tätig war er von 1982 bis zu seiner Pensionierung 2010 als Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK).



Foto: Stefanie Inveen

## „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Es ist beschlossen: Die Bundeswehr bekommt ein „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden Euro – noch dazu sollen in Zukunft jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ins Militär fließen. Wir haben dagegehalten und am 3. Juni, dem Tag des Bundestagsbeschlusses, eine Protestaktion samt Kundgebung organisiert. Viele Menschen waren wir dabei nicht. Das lag wohl nicht nur daran, dass die Aktion an einem Freitag-Vormittag – parallel zur Bundestagsdebatte – stattfand. Das gesellschaftliche Klima in Deutschland (und darüber hinaus) hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine gewandelt: Die Aufrüstung findet mit Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung statt. Erstmals seit Jahrzehnten sprach sich im Juni in Umfragen eine Mehrheit für den Erhalt der US-Atomwaffen in Deutschland aus. Auch die Erweiterung der Nato um Schweden und Finnland findet hierzulande Zustimmung. Die Menschen fühlen sich – nicht zu Unrecht – durch die russische Politik bedroht: Militär verspricht ihnen Sicherheit – es gibt nahezu einen Kriegsjubel.

All das fordert uns heraus. Wir müssen den Menschen (wieder) erklären: Letztlich schafft nur Abrüstung Sicherheit! An dieser Stelle möchte ich auch auf meinen langen Text „Warum

Pazifismus gerade wichtiger denn je ist“ auf der DFG-VK-Website (<https://bit.ly/3catKsl>) verweisen: Von der militärischen Konfrontation profitieren nur wenige – etwa die Rüstungsindustrie –, fast alle Menschen werden verlieren. Man darf sich vom Militärgetöse nicht anstecken lassen. Und tatsächlich merken immer mehr Menschen – angesichts der erhöhten Lebenshaltungskosten –, dass Geld woanders dringender benötigt wird als für neue Waffen.

Dafür haben wir uns Ende Mai bei unserem 23. Bundeskongress in Duisburg neu aufgestellt – und in die Vor- und Nachbereitung des Kongresses floss seit der letzten ZivilCourage viel meiner Zeit: Wir haben viel diskutiert, Beschlüsse gefällt und gewählt. In dieser Ausgabe erfahrt ihr darüber Einiges. Ein besonderes Highlight, welches ihr auch auf dem DFG-VK-YouTube-Kanal nachschauen könnt, war die erstmalige Vergabe des Ludwig-Baumann-Preises für außerordentliches Friedensengagement (<https://bit.ly/3lZYGIN>).

Nach der Orga- geht nun die politisch-inhaltliche Arbeit weiter. Auch wenn das 100 Milliarden Euro-Aufrüstungsprogramm mittlerweile von Bundestag und Bundesrat beschlossen und durch Bundespräsident Steinmeier unterzeichnet wurde: Einzelne

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.  
Kontakt: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)



Foto: Simon Knebel

Rüstungsprojekte sind noch zu stoppen! Der Kauf neuer F35-Tarnkappenbomber zum Abwurf der in Deutschland stationierten Atomwaffen ist noch nicht durch. Auch das „Future Combat Air System“ (FCAS) ist noch nicht. Hier können wir ganz konkrete Projekte ansprechen, kritisieren und letztlich verhindern. Einfach wird das nicht. Aber das war unser Engagement ja noch nie.

Und auch in diesen sehr schweren Zeiten sollten wir auch Positives sehen: Im Juni gab es das erste Staatentreffen zum 2021 in Kraft getretenen UN-Atomwaffenverbotsvertrag – die deutsche Regierung hat (immerhin) einen Beobachterstatus eingenommen. Wir waren mit einer kleinen Jugenddelegation vor Ort. Wir sind vertreten und tun, was wir können!



## Dem Frieden als Ernstfall eine Chance geben

Betrachtungen zu den Kriegsursachen aus der Sicht eines Friedensforschers

Von Wolfram Wette

**G**ustav Heinemann – Friedensforschung mit dem Ziel der Kriegsverhütung oder: Mein Zugang zum Thema

Der vormalige Bundespräsident Gustav W. Heinemann (1899-1976, Amtszeit 1969-1974) richtete im Jahre 1970 an die damals aufstrebende deutsche Friedens- und Konfliktforschung die folgende Erwartung und Mahnung: „Unendlicher Fleiß ist seit erdenklichen Zeiten von Geschichtsschreibern darauf verwandt worden, den Verlauf von Schlachten und Kriegen darzustellen. Auch den vordergründigen Ursachen von Kriegen wurde nachgespürt. Aber nur wenig Kraft, Energie und Mühe wurden in der Regel darauf verwandt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie hätte vermeiden können.“

Heinemanns Ideen wurden für mich zu einer Richtschnur für mein wissenschaftliches Arbeiten in der Historischen Friedensforschung. Auch im Hinblick auf den Ukraine-Krieg sind wir aufgefordert, uns nicht mit der unstrittigen Feststellung zu begnügen, dass es sich um eine völkerrechtswidrige russische Aggression handelt. Wir müssen uns auch bemühen, den langfristigen Ursachen dieses Krieges nachzuspüren. Im Hintergrund steht immer die Frage, ob und gegebenenfalls wie dieser Krieg hätte verhindert werden können. Damit verbindet sich der Wunsch, zu lernen für eine Zukunft, in der Frieden als Ernstfall eine Chance hat.

**Kimani.** Ein komprimiertes historisches Lehrstück über die Vermeidbarkeit kriegerischer Geopolitik präsentierte jüngst Martin Kimani, der Vertreter Kenias bei den Vereinten Nationen. Am 22. Februar, zwei Tage vor der russischen Aggression gegen die Ukraine, sprach er im Uno-Sicherheitsrat.

Seine Rede dauerte nur ein paar Minuten. Aber sie hinterließ einen bleibenden Eindruck und wurde alsbald über den ganzen Globus verbreitet.

Kimani schlug einen Bogen vom Umgang Afrikas mit seinem kolonialen Erbe zur heutigen Situation in der Ukraine und zur russischen Außenpolitik. Afrika, führte er aus, habe die Grenzen der Kolonialherren geerbt, ungerechte Grenzen, die viele unserer Nationen zerschnitt. Hätten wir nach der Unabhängigkeit in unseren Staaten „nach der Einheit von Ethnie, Rasse und Religion gestrebt – wir würden noch immer blutige Kriege führen, auch jetzt, viele Jahrzehnte später. Stattdessen haben wir eingewilligt, uns mit den Grenzen abzufinden, die wir geerbt haben. [...] Wir müssen uns von der Glut toter Imperien abwenden, ohne in neue Formen der Herrschaft und Unterdrückung zurückzufallen.“

Mit der „Glut toter Imperien“ zielte der Afrikaner auf die Vision Putins und der hinter ihm stehenden russischen Führungsschicht. Diese Russen wollen offenbar die Machtposition des untergegangenen Zarenreiches beziehungsweise der 1991 kollabierten Sowjetunion zurückgewinnen, auch mit den Mitteln der Gewalt.

**Egon Bahr – Strategie der deutschen Entspannungspolitik.** Wir hören aus dem Mund auch deutscher Politikerinnen und Politiker derzeit viel von Werten, von Wertegemeinschaft, von Völkerrecht, von Menschenrechten und Demokratie. Hier gilt es, einen klaren Kopf zu behalten und auf einen erfahrenen Außenpolitiker zu hören. Egon Bahr, vormals strategischer Kopf der deutschen Entspannungspolitik der 1970er Jahre und enger Vertrauter von Willy Brandt, erteilte Heidelberger Schülerinnen und Schülern im Dezember 2013 die folgende lebensnahe

Lektion: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt!“

**Der russische Angriffskrieg in globaler Perspektive.** Unsere Medien berichteten über eine Dringlichkeits-sitzung der Uno-Vollversammlung am 1. März, die sich mit der russischen Aggression befasste. Wir nahmen wahr: Die große Mehrheit von 141 Ländern (von insgesamt 193 Mitgliedsstaaten) stimmte für eine Verurteilung der völkerrechtswidrigen Aggression Russlands. Lediglich 35 enthielten sich und 5 stimmten dagegen. Dieses Votum, so wurde geschlussfolgert, habe die „internationale Isolation Russlands“ sichtbar gemacht.

Leider beleuchteten unsere Medien nicht hinreichend die Machtverhältnisse, die hinter dieser Abstimmung standen. „Die Zeit“ analysierte den Vorgang genauer: „Der Westen möchte Russland wegen des Ukraine-Krieges diplomatisch isolieren. Doch viele Länder denken überhaupt nicht daran, dabei mitzumachen.“ Die ablehnenden oder nicht zustimmenden Regierungen – unter ihnen China, Indien und Indonesien – repräsentieren nämlich mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung. Ihre Regierungen „geben sich neutral oder zeigen Verständnis für die russische Aggression“.

Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, um die globalen Kräfteverhältnisse und unseren eigenen Ort in diesem globalen Kontext genauer einschätzen zu können. Also: Die Repräsentanten der großen Mehrheit der Weltbevölkerung lehnen es ab, der Kriegslogik der Nato zu folgen, und dies trotz des allgemeinen Gewaltverbots in der Uno-Satzung. Es besteht

also eine riesige Diskrepanz zwischen der zentralen Norm der Vereinten Nationen und dem konkreten Abstimmungsverhalten über die russische Aggression vom 24. Februar. Wie ist sie zu erklären?

Die Autoren der „Zeit“ versuchen es folgendermaßen: In den Diskussionen im globalen Süden, schreiben sie, schwingt mitunter „auch Genugtuung mit über den Krieg in Europa: Jahrzehntlang habe der Westen Stellvertreterkonflikte im Rest der Welt geführt, ohne die Kosten tragen zu müssen [...]. Nun sei die Gewalt wie ein Bumerang zurückgekehrt. In den ehemaligen Kolonien der europäischen Mächte habe man den Verdacht, „dass der Westen in der Ukraine nicht in erster Linie die Freiheit eines souveränen Staates bedroht sieht, sondern seine eigene Vormachtstellung“. Im globalen Süden geht es auch um eine Rebellion gegen Doppelstandards und Doppelmoral in der Politik des Westens. Der Vorwurf lautet, der Westen würde unterschiedliche Maßstäbe anlegen.

Fazit: Von einer globalen Verurteilung der russischen Aggression kann keine Rede sein. Russland ist weit weniger isoliert, als man uns glauben machen will. In vielen Ländern gibt es eine Opposition gegen die Dominanz der reichen westlichen Industrienationen, die mit den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges – Sanktionen und Embargos – leichter fertig werden als die armen Länder.

**War der Ukraine-Krieg vermeidbar?** Wir alle haben den Kriegsbeginn als einen Schock erlebt. Unser Bewusstsein und die Erfahrungen von nunmehr schon drei Nachkriegs-Generationen waren auf ein Leben in Frieden eingestellt. Wir konnten die neue Lage, die Zäsur, zunächst kaum erfassen. Nur eines war klar: Die Hauptverantwortung für die Entfesselung dieses Krieges lag bei Russland. Der russische Staatspräsident Putin hatte den Angriffsbefehl erteilt, und die russischen Funktionselementen standen hinter ihm.

In den westlichen Ländern und ebenso bei uns in Deutschland führte das Faktum der russischen Aggression dazu, dass sämtliche Informationen über diesen Krieg entlang der offensichtlichen Kriegsschuld Putin-Russlands sortiert und bewertet wurden. Das – leicht begreifbare – Freund-Feind-Schema strukturierte nun die öffentliche Meinung und bald auch die politischen Entscheidungen. Differenziertes Denken war weniger gefragt und stand in der Gefahr, als Parteiergreifen für die falsche Seite denunziert und attackiert zu werden.

Nur wenige Menschen waren unter diesen Umständen bereit, einen neutralen Standpunkt einzunehmen und sich die Frage vorzulegen, ob die Fokussierung auf die Aggression nicht eine verkürzte Sichtweise war, die nur einen Teil des Ganzen erfasste. Hat nicht jeder Konflikt eine Vorgeschichte? Wie auch an jeder Ehescheidung zwei Parteien beteiligt sind?

Generell möchte ich feststellen: Kriege sind kein Naturereignis wie etwa ein Vulkanausbruch. Kriege sind auch kein unabwendbares Schicksal, das man nur mittels metaphysischer Kategorien erfassen kann. Sie sind kein Gottesgericht und ebenso wenig „der Vater aller Dinge“. Kriegsmetaphysik ist selbst Teil der Kriegspropaganda, weil sie Kriegsfatalismus zu erzeugen sucht und Widerstand gegen Kriege als sinnlos erscheinen lassen möchte. Wenn Kriege Menschenwerk sind, heißt das auch: Sie sind grundsätzlich vermeidbar, allerdings unter einer Bedingung: Wenn dies politisch gewollt wird. Frieden ist möglich und machbar! Entscheidend ist der Wille zum Frieden, oder eben der Wille zum Krieg.

Was heißt das in Bezug auf die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen im frühen 21. Jahrhundert? Nach einer Phase der Kooperation verschlechterten sie sich insbesondere in den Jahren der Nato-Osterweiterung nach 1999. Es ist die Geschichte einer neuen Konfrontation. Während die westliche Seite (die Nato) jeweils das Recht eines jeden euro-

päischen Staates auf Selbstbestimmung bekräftigte, machte die russische Seite über Jahre hinweg geltend, die westliche Ausdehnung nach Osten stelle nach ihrer Sicht eine Bedrohung Russlands dar.

Gleichzeitig demonstrierten die Großmächte USA und Russland, dass sie jederzeit bereit waren, ihre Interessen im vormaligen Machtbereich oder in anderen Teilen der Welt notfalls auch mit kriegerischer Gewalt zu vertreten. Russland bombardierte Tschetschenien und Georgien, annektierte die Krim, führte Krieg in Syrien und unterstützte den Bürgerkrieg in der Ostukraine. Die USA führten u.a. Kriege in Afghanistan, Libyen. Der Krieg gegen den Irak soll eine Million Menschenleben gekostet haben.

Schon bald nach dem russischen Angriff am 24. Februar wiesen Analytiker aus verschiedenen Ländern auf zwei Versäumnisse des Westens hin. Erstens habe er in den 1990er Jahren das Projekt eines Gemeinsamen Hauses Europa unter Einbeziehung Russlands nicht weiterverfolgt. Stattdessen habe er – entgegen den Absprachen nach dem Ende des Kalten Krieges – die Nato-Osterweiterung betrieben, und zwar ohne umfängliche diplomatische Konsultationen der USA mit Russland. Hier trafen sich die Interessen osteuropäischer Länder, die aus dem Verbund der vormaligen Sowjetunion ausgeschieden waren und sich nun dem Westen zuwandten, mit den Interessen der westlichen Vormacht USA, die eine Ausdehnung des eigenen Machtbereichs in Richtung russische Grenze als vorteilhaft für die eigene Weltmachtposition ansah.

Auf russische Bedenken wegen der Nato-Osterweiterung wurde nicht gehört. Ein Sich-Hineinversetzen in die Lage des anderen – an sich das kleine Einmaleins der Diplomatie – wurde für überflüssig gehalten, Verhandlungen mit Russland über die Ukraine wurden von den USA abgelehnt, auch von Präsident Joe Biden.

Der vielleicht prominenteste unter den deutschen Analytikern, der sich einen eigenen Kopf bewahrt hat, »



Foto: Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Emmendingen

Wolfram Wette beim Vortrag am 20. Juni in Denzlingen

» ist der heute 93-jährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi, vormals u.a. Staatsminister im Auswärtigen Amt. Er bestätigt, dass der Westen nicht bereit war, mit den Russen über eine Nato-Zugehörigkeit der Ukraine auch nur zu reden, obwohl Putin darum gebeten hatte. Danach hat sich Russland für den Krieg entschieden. Dohnanys zentrale These, der ich mich anschließe, lautet: „Putin ist der Aggressor, aber die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, lag beim Westen.“

**„Nie wieder Krieg!“ – ein deutsches Gelöbnis.** Im Folgenden möchte ich versuchen, den durch die Aggression in Deutschland ausgelösten Schock in einem größeren historischen Kontext zu erklären.

Nach den Schrecken der beiden Weltkriege entschlossen sich die Deutschen in West und Ost zu einer grundlegenden Umkehr. Sie wollten fortan ihr Verhalten an der Devise „Nie wieder Krieg!“ ausrichten. Die deutsche Politik suchte nach einem Modus vivendi mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. In der deutschen Gesellschaft entwickelte sich allmählich eine Friedenskultur. Sie trug dazu bei, dass mehrere Generationen ein Leben ohne Krieg führen konnten. Sie gewöhnten sich daran, Frieden für selbstverständlich zu halten.

Dabei wurde vergessen, sich die Frage vorzulegen: Wer war eigentlich der Adressat der Parole „Nie wieder Krieg!“? Angesichts des Ukraine-Krieges erkannte man, dass hauptsächlich die Deutschen selbst es waren,

die nie wieder Krieg haben wollten. Man glaubte, mit dem Untergang des preußisch-deutschen Militarismus sei die kriegerische Aggression vom europäischen Kontinent verschwunden. Übersehen wurde, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges keinen vergleichbaren Schwur abgelegt hatten. Sie hielten den kriegerischen Konfliktaustrag weiterhin für eine normale Angelegenheit. Putins Krieg brachte uns die ungebrochene Tradition der kriegerischen Politik nicht nur Russlands, sondern der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges insgesamt, in Erinnerung.

**Die „Olivgrünen“ im Banne der Kriegslogik.** Die Grünen galten in ihren Anfängen als eine pazifistische Partei. Kurz nach der Bildung der rot-grünen Koalition 1998 wurde jedoch überraschend entschieden, dass sich Deutschland aktiv am Kosovo-Krieg beteiligen werde. Es war der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr und damit eine Zäsur in der deutschen Außenpolitik. Eine Legitimation dieses Krieges durch die Uno gab es nicht. Insoweit war dieser – als „humanitäre Intervention“ gerechtfertigte – Krieg völkerrechtswidrig. Außenminister Fischer argumentierte im Bundestag, er habe nicht nur „Nie wieder Krieg!“ gelernt, sondern auch „Nie wieder Auschwitz!“ Damit war das Kriegstabu gebrochen. Der Pazifismus der Grünen wich tendenziell einer „realistischen“ Haltung. Als realistisch bezeichnet man in den machtpolitisch orientierten Kreisen Deutschlands seit jeher die – mit Kriegsmetaphysik begründete – Bereitschaft zum Einsatz des Militärs als Mittel der Politik.

Zur Gegenwart: Kaum waren die Grünen 2021 wieder in der Regierung, hatten sie es – überraschend – schon wieder mit einem Krieg zu tun, diesmal mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Um in der hiesigen Bevölkerung kein Gefühl der Ohnmacht und der Wehrlosigkeit aufkommen zu lassen, reagierte die Regierung mit dem massiven 100-Milli-

arden-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr. Gleichzeitig beschloss sie (mit Unterstützung der Opposition), die überfallene Ukraine mit Waffenlieferungen und der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen.

In welchem Umfang dies geschehen sollte, ist bis heute strittig. Die SPD unterstützt die Waffenlieferungen, aber mit Bauchschmerzen. Sie verweist auf das Eskalationsrisiko und auf die Gefahr eines Atomkrieges. Grüne und FDP sowie CDU/CSU sind bei der Güterabwägung eher für eine massive Stärkung der ukrainischen Streitkräfte, unter Inkaufnahme des genannten Risikos. Das Argument, dass mehr Waffen auch mehr Kriegstote bedeuten, hat – für mich erstaunlich! – keinen erkennbaren Stellenwert bei der Suche nach einer diplomatischen Lösung.

Wer sich dieser Kriegslogik auch nur in Ansätzen widersetzt, zur Vorsicht mahnt und auf eine politisch-diplomatische Kriegsbeendigung drängt, trifft auf eine vergiftete Diskussionsatmosphäre. Rasch kommt es erneut zu den altbekannten antipazifistischen Reflexen: Die Andersdenkenden seien naiv, weltfremd, politikunfähig oder defätistisch.

Die Fragen bleiben: Ist es wünschenswert, mit immer mehr und immer schwereren Waffen ein Ende des Krieges zu erzwingen? Oder versperrt die Kriegslogik, die in den Kategorien von Sieg und Niederlage denkt, den Weg zu diplomatischen Lösungen und zur Vorbereitung einer Nachkriegsordnung, in der dann endlich wieder die Friedenslogik zur Geltung gebracht werden kann?

Bei unseren Diskussionen hier in Deutschland muss man sich stets vergegenwärtigen: Ausschlaggebend für den Verlauf und das Ende dieses Krieges ist nicht die deutsche Politik. Entscheidend sind vielmehr die Kriegsziele Russlands, der Ukraine und der USA. Für Deutschland gilt es darüber hinaus zu bedenken, was im „Spiegel“ so formuliert wurde:

„Die USA choreografieren die Anti-Russland-Politik in diesem Krieg.“

**Kriegsziele und Friedensaussichten.** Daher müssen wir uns mit dem Zusammenhang von Kriegszielen und Waffenlieferungen beschäftigen. Generell gilt, dass die Kriegsziele nicht auf dem offenen Markt ausposaunt werden. Auch hier greift die Kriegslogik. Das heißt: Es wird getarnt und getäuscht. Die Informationspolitik ist im Kriege eine Waffe wie andere auch.

Was wir erkennen können, ist das Folgende:

**Die russische Kriegspolitik,** angeführt von Putin, zielt auf eine schrittweise Wiederherstellung der russischen Großmachtstellung wie zu Zeiten des Zarenreiches oder der Sowjetunion ab. Putin hat immer wieder öffentlich ausgesprochen, dass für ihn der Zerfall der Sowjetunion die größte politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen sei. Die insbesondere von den USA betriebene Einbeziehung der Ukraine in das westliche Bündnissystem – Nato-Osterweiterung – stellt in den Augen Putins eine unmittelbare Bedrohung Russlands dar. Dort aufgestellte Raketen können ohne große Vorwarnzeiten in Minuten schnelle russische Städte erreichen. Putin sieht hier eine „rote Linie“ überschritten.

Aufgrund des aktuellen Stands des Kriegsverlaufs könnte es sein, dass Russland sich mit der Krim und den eroberten Gebieten im Osten der Ukraine sowie mit einer Neutralisierung des Landes unter internationaler Aufsicht zufrieden gibt. Aber das ist Spekulation. Aktuell erstrebt Moskau einen militärischen Sieg.

Will Russland derzeit eine Kriegsbeendigung, einen Waffenstillstand? Nein!

**Die ukrainische Kriegspolitik** folgt dem Muster einer rechtmäßigen Landesverteidigung gegen einen völkerrechtswidrigen Angriff. Präsident Selenski will die russischen Streitkräfte – mit gesteigerter westlicher Waffenhilfe und anderen Unterstützungsleistungen – außer Landes treiben und zumindest den Status quo ante, also vor dem 24. Februar 2022, wiederherstellen.

Will die Ukraine derzeit eine Kriegsbeendigung, einen Waffenstillstand? Nein!

**Die US-Kriegspolitik:** Der dritte große Akteur des russisch-ukrainischen Krieges sind die USA. Sie sehen sich als Sieger im Kalten Krieg und – nach der Selbstauflösung des Warschauer Paktes und des Vielvölkerstaates Sowjetunion in der Umbruchzeit 1989-1991 – als „einzig verbliebene Weltmacht“. Trotz anderslautender mündlicher Versprechungen der Amerikaner – nachweislich auch der deutschen Bundesregierung – im 1990/1991 stellt die Nato-Osterweiterung, möglichst bis an die russische Grenze, ein selbstverständliches Ziel amerikanischer Machtpolitik dar. Sie wurde in dem Zeitraum 1999 bis 2020 weitgehend realisiert. Schon 2008 forderte der damalige Präsident Bush die umgehende Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die Nato. Das war „ein Rückfall in den Triumphalismus früherer Tage“, urteilte der USA-Experte Bernd Greiner. Ein entsprechender Beschluss der Nato wurde damals ausgebremst von Merkel und Sarkozy und anderen westeuropäischen Politikern, die Russland nicht provozieren wollten.

Die USA unterstützten 2013/14 die Kiewer Maidan-Revolution mit dem Ziel, die Ukraine dem russischen Einfluss zu entziehen und sie in die Nato hereinzuholen. Nach dem Scheitern der beiden Minsker Abkommen 2014/2015 wählten die USA den Weg, die Ukraine militärisch aufzurüsten. Das überraschende Standhalten der ukrainischen Armee gegenüber der russischen Aggression ist ohne diese Aufrüstung mit modernen amerikanischen, britischen und französischen Waffen einschließlich türkischer Kampfdrohnen nicht zu erklären.

Nach dem Beginn des Krieges sind die USA nicht durch diplomatische Vorstöße zu einem Waffenstillstand oder Friedensschluss hervorgetreten. Der amerikanische Verteidigungsminister Austin verkündete vielmehr Anfang Mai ein weit über die Ukraine hinausgehendes Ziel. Die Ukraine müsse

den Krieg gewinnen. Und: „Wir wollen Russland in einem Maße geschwächt sehen, dass es dem Land unmöglich macht, zu tun, was es in der Ukraine mit der Invasion getan hat.“

Auch hier ist zu fragen: Wollen die USA derzeit einen Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen? Die Antwort lautet wiederum eindeutig: Nein!

Die Hoffnung von uns Deutschen, dass das Töten, Sterben und Zerstören in der Ukraine ein rasches Ende nimmt, kann derzeit nicht auf greifbare Vorschläge der Hauptakteure verweisen. Die unterschiedlichen Interessenlagen von Russland, der Ukraine und der USA lassen eher eine Fortsetzung des Krieges auf unbestimmte Zeit erwarten.

## Zum Schluss ein Blick in die Zukunft:

Wie auch immer dieser Krieg ausgehen mag, so steht doch eines fest: Russland bleibt der große, indirekte Nachbar Deutschlands auf dem europäischen Kontinent.

Wir stehen vor der Alternative: Entweder ein neuer Kalter Krieg mit Waffengeklirr, Aufrüstung, Feindbildern, dem Kappen aller Beziehungen, die seit dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere seit der Entspannungspolitik der 1970er-Jahre mühevoll geknüpft worden sind, ständige Kriegsgefahr. Oder die Suche nach einer neuen Koexistenz bei Anerkennung der Unterschiede; mit der Vision einer Wiederanknüpfung an die Idee vom „Gemeinsamen Haus Europa“.

*Wolfram Wette ist Mitglied der DFG-VK und war bis zu seiner Emeritierung 2005 Geschichts-Professor an der Uni Freiburg im Breisgau. Der hier veröffentlichte Text, leicht gekürzt und bearbeitet, basiert auf einem Vortrag, den der Militärgeschichtler und Friedensforscher auf Einladung des Emmendinger Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen am 20. Juni in Denzlingen gehalten hat. Ein Link zum ungekürzten Vortrag inklusive der Fußnoten findet sich auf der ZivilCourage-Homepage: <https://bit.ly/3Q3xvFt> <<*

## Hintergründe und Lösungsperspektiven

### Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag (Juni 2022)

**D**ie Hoffnungen vieler nach dem Ende des Kalten Krieges auf eine friedlichere Welt haben sich nicht erfüllt. Durchgängig herrschte in den letzten Jahren in über 30 Ländern weltweit Krieg. Wirtschaftliche Erpressungspolitik, Blockaden und Handelskriege zerstören weltweit ökonomische und ökologische Existenzgrundlagen. Immer mehr Menschen sind wegen Krieg, Armut und Umweltzerstörung auf der Flucht. Mit der Ukraine kam ein weiterer Krieg hinzu, mit dramatischen Auswirkungen auf Europa und die ganze Welt.

Um diese verhängnisvolle Entwicklung zu wenden, müssen wir zurück zu den friedenspolitischen Ansätzen der 1970er und 1980er Jahre und den mit konkreten Abkommen verbundenen Bestrebungen in den 1990er Jahren nach Ende des Kalten Krieges, die durch die Expansionspolitik der Nato zu Grabe getragen wurden. Eine Ent-

Der Bundesausschuss Friedensratschlag mit Sitz in Kassel ist ein offener bundesweiter Zusammenschluss ohne formelle Mitgliedschaft von Einzelpersonen oder Organisationen. Seit 1994 veranstaltet er jährlich Anfang Dezember einen großen Kongress, den friedenspolitischen Ratschlag, sowie nach Bedarf Aktionskonferenzen; nähere Informationen sind zu finden auf: [friedensratschlag.de](https://friedensratschlag.de)

Zahlreiche Mitglieder der DFG-VK aus Gruppen, Landesverbänden und dem Bundesverband nehmen an dem jährlichen Ratschlag teil.

Das Positionspapier wurde für die Veröffentlichung in der Zivil-Courage leicht gekürzt, auf den Abdruck der Anmerkungen und des abschließenden Forderungskatalogs wurde verzichtet. Das vollständige Papier ist verfügbar unter: <https://bit.ly/3oJw3WX>

spannungspolitik und Sicherheitsarchitektur, die die Sicherheitsinteressen aller Konfliktparteien berücksichtigt, ist alternativlos. Angesichts gigantischer globaler Probleme – Hunger und Elend, soziale Ungleichheit, Erderwärmung und Artensterben, Verseuchung von Böden, Flüssen und Meeren – sind Krieg und Aufrüstung unverantwortlich. Ohne internationale Zusammenarbeit und die Aufwendung aller zur Verfügung stehenden Mittel sind die globalen Probleme nicht zu lösen.

Sicherheit für uns Menschen kann nicht durch Hochrüstung und militärische Interventionen erreicht werden, sondern nur durch eine gerechte Politik und nachhaltiges, vorausschauendes Handeln. Ein Streben nach Dominanz, unfaire Handelsbeziehungen und die politisch geschaffene immer größere Kluft zwischen arm und reich stehen dem diametral entgegen.

Wir sind für eine neue Politik der Zusammenarbeit statt Konfrontation, für eine Friedenspolitik der vertrauensbildenden Maßnahmen, die zu Entspannung und Abrüstung führt, zu einem System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit, für eine Friedenspolitik, wie sie 1990 mit der Charta von Paris und folgenden Abkommen angestrebt worden war.

Statt der Berufung auf eine westlich definierte regelbasierte Ordnung fordern wir die Beachtung des Völkerrechts von allen Seiten und ein Ende der Doppelmoral.

**Krieg zwischen Nato und Russland.** Krieg als Mittel der Politik lehnen wir grundsätzlich ab. Wir haben uns stets entschieden dafür eingesetzt, Krieg als Mittel der Politik zu verhindern, auch bei dem Konflikt zwischen Nato, Ukraine und Russland. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist daher ein Rückschlag für alle,

die sich für Frieden engagiert haben – und gleichzeitig eine Herausforderung für die Friedensbewegung, ihre Bemühungen für zivile Lösungen zu intensivieren. Nicht zu viel Entspannungspolitik ist das Problem gewesen, sondern zu wenig.

Als Bürger:innen eines Nato-Staates richten wir unsere Kritik in erster Linie an die Nato-Staaten. Denn der Krieg hätte verhindert werden können und müssen. An eindringlichen Warnungen, auch von zahlreichen führenden westlichen Außenpolitikern und Experten, dass die Missachtung essenzieller Sicherheitsinteressen Russlands eine solche Reaktion provozieren könnte, hat es nicht gefehlt. Wir weisen zudem die Doppelmoral zurück, mit der ausgerechnet die Regierungen der USA und ihrer Verbündeten den russischen Einmarsch als Völkerrechtsbruch anprangern, sich als Richter aufspielen und härteste Sanktionen verhängen, nachdem sie selbst verheerende Angriffskriege geführt und Völkerrecht gebrochen haben.

Dieser Krieg in Europa ist wie alle anderen zuvor eine Katastrophe, vor allem für die direkt Betroffenen. Die Regierung der Russischen Föderation hat damit eine Zäsur in ihren Beziehungen zum Westen vollzogen. Statt sich weiter auf diplomatischem Wege um einen Abbau der Spannungen und um Sicherheitsvereinbarungen zu bemühen, verschärfte sie nun durch ihr militärisches Vorgehen selbst die Konfrontation. Die Nato-Staaten halten frontal dagegen und eskalieren sie durch ihre massive militärische und propagandistische Unterstützung Kiews und einen umfassenden Wirtschaftskrieg weiter.

Auf diese Weise handelt es sich nicht nur um einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern – wie Reaktionen der Nato-Staaten auf den Krieg klar erkennen lassen – um einen hybriden Krieg der Nato gegen

Russland. Die Stellungnahmen ihrer führenden Politiker:innen lassen auch keinen Zweifel am Ziel, den geopolitischen Rivalen entscheidend und dauerhaft zu schwächen, zu ruinieren, wie es u.a. Außenministerin Baerbock ausdrückte.

Die USA und ihre Verbündeten würden daher den Wirtschaftskrieg wohl auch dann nicht beenden, wenn sich die russischen Streitkräfte aus den seit 24. Februar besetzten ukrainischen Gebieten zurückziehen würden, sondern gemäß US-Außenminister Blinken und seiner britischen Kollegin Liz Truss erst, wenn garantiert sei, dass Russland zukünftig keine solche Offensive mehr unternehmen kann.

In der Auseinandersetzung in und um die Ukraine überlagern sich zwei zentrale Konfliktpotenziale – zum einen das Konfliktpotenzial, das durch den chaotischen Zerfall der Sowjetunion entstand, wodurch territoriale und Minderheitenfragen ungelöst blieben, und zum anderen der Kampf der USA und ihrer Verbündeten um den Erhalt der Dominanz des Westens in der Welt, die sie seit 500 Jahren auf unterschiedliche Weise ausüben.

Dieser Krieg wird nicht nur auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung geführt, sondern faktisch auf dem Rücken der ganzen Welt, insbesondere auf dem der ärmeren Länder und Bevölkerungsgruppen.

Er ist militärisch aktuell weitgehend noch auf das Territorium der Ukraine und auf konventionelle Waffen beschränkt, auf wirtschaftlicher Ebene tobt er jedoch unbegrenzt. Es ist zunehmend auch ein kultureller Medien- und Informationskrieg, der alle Aspekte unseres täglichen Lebens betrifft.

**Der Weg in den Krieg.** Im Westen wurde von Beginn des russischen Einmarschs an seine Vorgeschichte medial ausgeblendet: Das herrschende Narrativ heißt, Putin strebe nach Wiederherstellung des Zarenreichs oder der Sowjetunion.

Wer Frieden will und wer Opfern helfen und neues Leid vermeiden will,

der sollte die Genesis von Konflikten und Kriegen zur Kenntnis nehmen.

Tatsächlich ist der Krieg Russlands eine Antwort auf die von der Friedensbewegung seit Langem kritisierte Nato-Osterweiterung und westliche Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik, von der sich Russland zunehmend existenziell bedroht fühlt. Sie begann bereits in den 1990er Jahren mit der Ausweitung der Nato – entgegen klarer, verbindlicher Zusagen gegenüber Moskau, das Militärbündnis keinen Zoll nach Osten auszuweiten, und entgegen rechtlich bindender Vereinbarungen wie dem Vertrag zur Deutschen Einheit, in der zukünftigen Friedensordnung die Sicherheitsinteressen eines jeden beidseitig zu berücksichtigen.

Die Ostexpansion ging einher mit der Missachtung und Kündigung von Abkommen zur Rüstungs- und Stationierungskontrolle durch USA und Nato und wurde von einer Reihe Farb-Revolutionen in ehemaligen Sowjetrepubliken begleitet, in denen pro-russische oder zu unabhängige Regierungen mit westlicher Unterstützung gestürzt wurden. Nach dem Umsturz in Jugoslawien im Jahr 2000, der als Blaupause diente, folgten Georgien (2003), Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).

1999 hatte die Nato militärische Interventionen ohne UN-Mandat zum festen Bestandteil ihres strategischen Konzepts gemacht. Und schließlich unterstrichen die USA und ihre Verbündeten mit ihren Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen ihre Bereitschaft, sich in der Verfolgung ihrer geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen skrupellos über UN-Charta und Völkerrecht hinwegzusetzen.

Die von den Herrschenden der USA damit verfolgte Strategie wurde bereits 1992 in einer an die New York Times durchgestochenen Version der Verteidigungsrichtlinien des Pentagons (Defense Planning Guidance) so zusammengefasst: Jede in Frage kommende feindliche Macht muss daran gehindert werden, in einer Region

dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Sie blieb Bestandteil aller nachfolgenden Strategiepapiere und richtet sich nun verstärkt auch gegen China. Wir sind in einem Wettstreit um den Sieg im 21. Jahrhundert, so US-Präsident Biden auf dem G7-Treffen im Juni 2021, und der Startschuss ist gefallen.

Mittlerweile sind im westlichen Militärbündnis fast alle europäischen Staaten vereint. Russland und seinen wenigen Verbündeten stehen nun insgesamt 30 Länder gegenüber, einige in direkter Nachbarschaft. Immer mehr Nato-Truppen sind in ehemaligen Sowjetrepubliken stationiert, viele unweit der russischen Grenzen. In riesigen Land- und Marinemanövern wird Jahr für Jahr der Krieg gegen Russland geprobt.

Bereits 2002 trat Washington aus dem ABM-Vertrag zur Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen aus, um wieder weltweit solche Systeme errichten zu können. Diese Maßnahme destabilisierte die globale strategische Sicherheitsarchitektur. 2016 stellten die USA in Rumänien und 2018 in Polen Raketenabwehrsysteme auf, die auch als Angriffswaffen einsetzbar sind und aus russischer Sicht daher den INF-Vertrag über das Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa verletzen. 2019 kündigten die USA unter Präsident Donald Trump diesen Vertrag und forcieren seither die Entwicklung moderner Mittelstreckenraketen. Die ersten sollen ab 2023 in Europa stationiert werden. Besonders gefährlich ist die Hyperschall-Rakete des Typs Dark Eagle, einer Enthauptungsschlagwaffe, die nicht abzufangen ist und von Wiesbaden aus kommandiert werden wird. Insgesamt erhöhten die Nato-Staaten ihre Militärausgaben bis 2021 auf das 18-fache des russischen Militäretats.

Die Bedrohung wuchs aus russischer Sicht massiv, als 2008 die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine auf die Agenda gesetzt und ihre faktische militärische Integration in die Nato suk- »

» zessive vorangetrieben wurde. Der Konflikt wurde heiß, als die Ukraine durch den Putsch 2014 unter westliche Vorherrschaft kam. Die maßgeblichen Kräfte bei dem von den USA und der EU geförderten verfassungswidrigen Sturz des amtierenden Präsidenten Wiktor Janukowytsch waren extrem nationalistische, russophobe bis faschistische Kräfte – darunter der NPD-Partner Swoboda – sowohl ideologisch als auch praktisch auf der Straße, in den Sicherheitskräften und den Institutionen. Sie gewannen in der Folge einen dominierenden Einfluss, Der Staatsstreich stieß auf Widerstand in der Bevölkerung, vor allem bei der russischen.

Während die als Reaktion darauf erfolgte Abspaltung der Krim nahezu gewaltfrei verlief, kam es in den anderen überwiegend russischsprachigen Provinzen zu bewaffneten Aufständen. Sie gingen in einen Bürgerkrieg über, der zwischen Kiew und den Volksrepubliken Donezk und Luhansk bis zum russischen Einmarsch andauerte und mehr als 14.000 Menschenleben forderte.

Obwohl die ukrainische Regierung das völkerrechtlich bindende Abkommen Minsk II unterschrieben hatte, das einen besonderen Autonomiestatus für die abtrünnigen Provinzen innerhalb der Ukraine vorsah, boykottierte sie die Umsetzung – mit westlicher Duldung und Unterstützung. Die ukrainische Armee wurde fortan von den USA und Großbritannien massiv aufgerüstet und nach Nato-Standard ausgebildet.

Für alle Seiten war klar, dass die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland eine rote Linie bedeutet – und dies unabhängig davon, wer in Moskau regiert. Bedrohlich sind bereits die Nato-Truppen im Baltikum, von wo aus St. Petersburg schon mit Kurzstreckenraketen erreicht werden kann. Mit der Ukraine würde die Nato an eine weitere, 2.000 Kilometer lange direkte Grenze zu Russland vorrücken. Die Vorwarnzeit für Enthauptungsschläge auf russische Zentren würde durch dort stationierte Mittel-

streckenraketen auf wenige Minuten sinken, während der potenzielle Angreifer USA aus 10.000 Kilometer Entfernung vom Kriegsgeschehen agieren kann.

Am 10. November 2021 unterzeichneten die USA und die Ukraine eine neue, offensiv gegen Russland gerichtete Charta der strategischen Partnerschaft, die u.a. den Nato-Beitritt der Ukraine und die Rückeroberung der Krim als Ziel formuliert. Diese Charta überzeugte Russland davon, so Henri Guaino, führender Berater Nicolas Sarkozys in dessen Zeit als französischer Präsident, dass es angegriffen wird.

Moskau unternahm im Dezember 2021 einen letzten Versuch, die Bedrohungslage durch vertragliche Vereinbarungen zu entspannen. Die russischen Vertragsvorschläge enthielten die fünf Kernforderungen:

- Keine weitere Erweiterung der Nato nach Osten;
- Rückbau der militärischen Nato-Präsenz auf den Stand der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nato und der Russischen Föderation (Nato-Russland-Grundakte) von 1997;
- Truppenreduzierung beiderseits der Grenze in einer gemeinsam festzulegenden Breite;
- Keine Stationierung von Atomwaffen außerhalb der nationalen Territorien (also auch keine nukleare Teilhabe);
- Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa .

Diese Forderungen sind aus friedenspolitischer Sicht unterstützenswert. Sie wurden aber von den USA und der Nato Anfang Februar brüsk und ohne jegliche Diskussion darüber abgelehnt. Die russische Regierung zeigte sich trotzdem verhandlungsbereit, kündigte in ihrer Antwort vom 17. Februar 2022 allerdings unmissverständlich an, sich bei Ausbleiben von Sicherheitsgarantien genötigt zu sehen, auch mit militär-technischen Maßnahmen zu reagieren.

Gleichzeitig nahmen laut der OSZE Angriffe der ukrainischen Armee, die

bereits ihre Hauptstreitmacht im westlichen Donbass für eine Offensive konzentriert hatte, auf die Donbass-Republiken massiv zu, sodass diese damit begannen, Menschen nach Russland zu evakuieren.

Am 21. Februar erkannte Moskau die Unabhängigkeit der Donbass-Republiken an. Drei Tage später begann die russische Armee gemeinsam mit den Truppen der Volksrepubliken ihre Offensive gegen die ukrainischen Truppen im Donbass und darüber hinaus entlang der Schwarzmeerküste und im Nordosten der Ukraine, um so die Offensive der ukrainischen Armee zurückzuschlagen.

Die russische Regierung rechtfertigt ihren Krieg u.a. als kollektive Selbstverteidigung gegen den bevorstehenden Angriff der ukrainischen Truppen auf die Donbass-Republiken, mit denen sie sofort nach ihrer Anerkennung ein entsprechendes Hilfsabkommen unterzeichnet hatte.

Diese Argumentation ist völkerrechtlich nicht haltbar, weil ein Ruf einer Volksgruppe nach militärischer Hilfe von außerhalb – so verständlich er auch sein mag – keinen Staat zum militärischen Eingreifen berechtigt. Dies könnte nur der UN-Sicherheitsrat autorisieren.

Bei der völkerrechtlichen Argumentation darf aber nicht vergessen werden, dass dem russischen Völkerrechtsbruch andere vorrausgingen, wie die Verletzung der ukrainischen Souveränität durch die Förderung des Putsches 2014, die eklatante Missachtung des verbindlichen Minsker Abkommens und die Stationierung von Nato-Truppen an den russischen Grenzen.

Der russische Präsident begründete den Einmarsch ins Nachbarland auch mit der Bedrohung durch künftige ukrainische Atomwaffen. Dies ist nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheint. Die Ukraine hat sich im Budapester Memorandum 1994 gemeinsam mit Weißrussland und Kasachstan verpflichtet, die auf seinem Territorium lagernden Atomwaffen an Russland abzugeben und in Zukunft

keine anzuschaffen oder zu stationieren. Im Gegenzug erhielten sie von Russland, den USA und Großbritannien Sicherheitsgarantien.

2000 hat das ukrainische Parlament aber ein Gesetz verabschiedet und 2015 konkretisiert, das anderen Staaten zeitlich begrenzt die Stationierung von nuklearen Waffen unter gewissen Voraussetzungen erlaubt. Die Ukraine produziert zudem bereits in ihren AKWs waffenfähiges Material. Allein im AKW Saporoschje sammelte sie laut besorgten Aussagen des Chefs der IAEA, Rafael Grossi, 40 kg Uran und 30 kg Plutonium an. Seit März 2021 weigert sich Kiew, diese nach Russland zur Wiederaufarbeitung auszuführen und verweigert der IAEA die Aufsicht darüber. Dadurch ist unklar, ob sich dieses nukleare Material noch dort befindet oder ob etwas zum Verkaufen oder zum Bau einer schmutzigen Bombe abgezweigt wurde.

Präsident Selenskij hat schließlich auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar 2022 seine Forderung nach einem klaren Zeitrahmen für den Nato-Beitritt der Ukraine mit der Drohung der Kündigung des Budapester Memorandums verbunden. Einige namhafte Experten, wie der Politologe Robert Wade von der London School of Economics, vermuten, dass diese Rede der letzte Anlass für das Umschwenken der russischen Führung auf einen Kriegskurs gewesen sei.

Bei der Erläuterung der Gründe geht es nicht um eine Rechtfertigung des Krieges, sondern darum, seine Hintergründe und seine Entstehung möglichst genau aufzuzeigen. Aus ihnen lassen sich realistische Ansätze für eine politische Lösung des Konfliktes ableiten.

**Deutschland im Krieg.** Mit der Lieferung von Waffen sind Deutschland und seine Nato-Verbündeten recht schnell in den Krieg eingetreten. Die Nato eskaliert den Krieg seither immer weiter, angeführt von den USA und Großbritannien. So rief die US-Regie-

rung Ende April die Minister aus 40 Ländern zu einem Kriegsrat auf ihrer Air Base Ramstein in der Pfalz zusammen, um die Verbündeten auf noch stärkere militärische Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte einzuschwören. Auch die deutsche Regierung ließ sich nun zur Lieferung von schweren Waffen verpflichten. Eine patriotische Mehrheit im Bundestag hat dies umgehend, zusammen mit der Ankündigung eines gigantischen Aufrüstungsprogramms, abgesegnet – nur drei Tage, nachdem Kanzler Scholz seine Befürchtung geäußert hatte, schwere Waffen würden die Gefahr eines dritten Weltkrieges erhöhen.

Damit und durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten an modernen Waffen wurde – wie die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags bestätigen – Deutschland eindeutig auch im völkerrechtlichen Sinne zur Kriegspartei. 81 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg werden wieder deutsche Panzer russischen gegenüberstehen – ein historischer Tabubruch, der nicht im Einklang mit dem Grundgesetz und seinem Friedensgebot steht. Die Kriegshysterie erinnert an 1914.

**Gefahr eines großen Krieges.** Die Lieferungen von immer mehr und immer schwereren Waffen führen nur zur Verlängerung des Krieges, zu mehr Opfern und zu größeren Zerstörungen.

Moskau muss um jeden Preis besiegt werden, so die Parole, und mit der massiven militärischen Unterstützung feuert man die ukrainische Regierung an, keinerlei Zugeständnisse bei Verhandlungen über eine Feuerpause und einen Waffenstillstand zu machen.

Auch wenn der Widerstand der ukrainischen Streitkräften bisher stärker war als erwartet, werden diese jedoch nach Ansicht der meisten hochrangigen Nato-Militärs und -Experten auch mit neuen und effektiveren Waffen die russischen Truppen nicht zurückschlagen können. Sie könnten aber – so das tatsächliche westliche Kalkül –

Russland eventuell in einen längeren zermürbenden Krieg verwickeln. Nato-Falken verweisen dabei gerne auf das Beispiel Afghanistan. Dies wäre ein Horrorszenerario nicht allein für die Ukraine, sondern auch für das übrige Europa.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr wächst auch die Gefahr einer Ausweitung des Krieges hin zu einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation, bei der sich Atommächte gegenüberstehen. Unkalkulierbare, existenzielle Risiken für ganz Europa bergen zudem auch die 15 Atomreaktoren, die in der Ukraine am Netz sind.

**Verhandlungslösung vom Westen blockiert.** Wenn die Ursachen des Krieges zur Kenntnis genommen werden, liegen die zentralen Ansätze für ein rasches Ende des Blutvergießens und für eine längerfristige politische Lösung des Konflikts auf der Hand.

Bei den Verhandlungen in Ankara lag das, was Moskau verlangte, und das, worüber Selenskij sich bereit erklärt hatte zu reden, schon nahe beieinander. Die im März anfänglich von Präsident Selenskij ins Gespräch gebrachten Angebote – Neutralität, Einigung über die Anerkennung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken – schienen eine reelle Chance für politische Lösungen und eine baldige Waffenruhe zu bieten.

Doch Washington und London blockierten. Sie drängten Kiew offen, keinerlei Kompromisse einzugehen und verstärkten gleichzeitig ihre militärische Unterstützung. Auch die EU arbeitete faktisch gegen eine Verständigung Kiews mit Moskau.

Als Selenskij am 25. Februar seine Bereitschaft erklärte, mit Russland über einen Neutralitätsstatus und über Sicherheitsgarantien zu verhandeln, reagierte Brüssel mit der Zusage von Waffenlieferungen für 450 Millionen Euro, und als er Russland in öffentlichen Ankündigungen noch deutlicher entgegenkam, wurden der Ukraine weitere Waffen im Wert von 500 Millionen Euro angedient. »

» Aber selbst wenn die ukrainische Regierung wollte, ohne aktive Unterstützung des Westens ist ihr innenpolitischer Spielraum gegenüber den dominierenden rechtsextremen Kräften gering. Sie bedrohen offen jeden mit dem Tod, der sich zu Zugeständnissen bereit erklärt.

Auch in diesem Krieg wird die Berichterstattung von Kriegspropaganda dominiert. Berichte über Gräueltaten und mutmaßliche Kriegsverbrechen kommen von beiden Seiten – wahrgenommen werden jeweils aber nur die Meldungen über die Verbrechen der anderen Seite. Gräueltaten werden mit Sicherheit begangen, von beiden Seiten – das gehört zum Wesen eines Krieges. Der einzige Weg, sie zu verhindern, ist, alles zu tun, um die Kampfhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen.

**Schritte zur Deeskalation und zum Frieden.** Allein mit Appellen an Moskau, seine Truppen zurückzuziehen, wird man ein Ende der Kämpfe nicht erreichen. Wer sie konträr zu jeglicher Konfliktlösungslogik zur Vorbedingung für Verhandlungen macht, will nicht verhandeln. Die Führung der Atommacht Russland hat die enormen Kosten des Einmarschs nicht in Kauf genommen, um ihre Erfolge in einem Konflikt, bei dem es ihrer Sicht nach um existenzielle Interessen geht, ohne substanzielle Zugeständnisse preiszugeben.

Man muss den Krieg vom Ende her denken, stellte der ehemalige militärische Berater von Angela Merkel, Brigadegeneral a.D. Erich Vad, Mitte April treffend fest. Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.

Er warnte zudem davor, den russischen Präsidenten Wladimir Putin als krankhaften Despoten abzustempeln, mit dem man nicht mehr reden könne. So völkerrechtswidrig und furchtbar der Ukraine-Krieg sei, er stehe doch in einer Kette vergleichbarer Kriege jüngerer Datums. Irak, Syrien, Libyen, Af-

ghanistan – so neu ist das alles nicht.

Schließlich muss der Westen beginnen, über den Krieg hinaus zu schauen, um eine Beziehung zu Russland zu retten, die die Tür für ein Mindestmaß an Zusammenarbeit offen hält, so Prof. Charles Kupchan vom einflussreichen US-amerikanischen Council on Foreign Relations (CfR). Selbst wenn sich ein neuer Kalter Krieg anbahnt, wird der Dialog noch wichtiger sein als während des Kalten Krieges 1.0. In einer stärker voneinander abhängigen und globalisierten Welt wird der Westen zumindest ein gewisses Maß an pragmatischer Zusammenarbeit mit Moskau benötigen, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Zu diesem Zweck ist eine rasche Beendigung des Krieges durch einen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung bei weitem besser als ein Krieg, der sich in die Länge zieht, oder ein neuer eingefrorener Konflikt, der in einer feindlichen Pattsituation endet.

Zunächst muss über substanzielle Verhandlungsangebote ein dauerhafter Waffenstillstand erreicht werden, um Zeit für Verhandlungen zu schaffen.

Folgerichtig sehen die italienischen Vorschläge vom 21. Mai als Erstes Vereinbarungen über lokale Kampfpausen vor, danach über einen dauerhaften Waffenstillstand und Entmilitarisierung der Frontlinie. Diesen soll dann eine internationale Konferenz über einen zukünftigen neutralen, durch Schutzgarantien abzusichern den Status der Ukraine folgen.

An einer Verpflichtung zur strikten Neutralität der Ukraine, wie sie zwischen 1991 und 2014 in der ukrainischen Verfassung verankert war, führt kein Weg vorbei. So bitter dies angesichts militärischer Gewalt auch für Kiew sein mag, eine neutrale Ukraine war schon immer im Interesse aller, die Frieden in Europa anstreben. Die ukrainische Regierung hat prinzipiell auch schon ihre Bereitschaft dazu erklärt. Strittig ist aber noch, wie weit vertraglich vereinbarte Sicherheiten gehen und von welchen Staaten

sie garantiert werden. Die ukrainische Neutralität muss Teil eines umfassenderen europäischen Sicherheitsabkommens zwischen dem Westen und Russland werden.

Selbst führende Vertreter des politischen Establishments raten Kiew zudem, auch die Abspaltung der Krim zu akzeptieren. Da diese unstrittig dem Willen der Mehrheit ihrer Bewohner:innen entspricht, könnte sie ohnehin nur mit Gewalt, um den Preis eines neuen Bürgerkrieges, revidiert werden.

Vermutlich erst im letzten Schritt könnten die Verhandlungen über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken und anderer mehrheitlich russisch-sprachiger Gebiete folgen und damit auch über den Rückzug russischer Truppen. Eine Lösung könnte eine sehr weitgehende Autonomie innerhalb der Ukraine sein, mit eigenen Sicherheitskräften und Russland als offizieller Schutzmacht, ähnlich wie Österreich für Südtirol. Ob am Ende die Autonomie einiger Provinzen stehen wird oder ihre Abspaltung, wird von Zugeständnissen der Nato bzgl. berechtigter Sicherheitsinteressen Russlands abhängen. Italiens Friedensplan sieht daher auch ein multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa vor. Waffenstillstand und Verhandlungsschritte müssten mit der Aufhebung westlicher Embargomaßnahmen einhergehen.

Die Redaktionskommission (Editorial Board) der New York Times empfahl in ihrem viel beachteten Leitartikel vom 19. Mai den USA und ihren Verbündeten, der ukrainischen Regierung die Grenzen ihrer Unterstützung aufzuzeigen und sie zu einer realistischen Einschätzung ihrer Mittel zu drängen: Die Konfrontation mit dieser Realität mag schmerzhaft sein, aber sie bedeutet keine Beschwichtigungspolitik. Dies ist die Pflicht der Regierungen, und nicht einem illusorischen „Sieg“ hinterherzujagen.

**Nein zu Wirtschaftsblockaden.** Mit den Embargomaßnahmen von

beispiellosem Umfang, die die Nato-Staaten und ihre engsten Verbündeten gegen Russland verhängten, wird internationales Recht weiter beschädigt. Umfassende Wirtschaftsblockaden treffen immer zuallererst die ärmeren Bevölkerungsschichten, nicht nur die in Russland, sondern in der ganzen Welt. Sie haben noch nie einen Krieg beendet, aber schon zig Millionen Menschen in vielen Ländern ins Elend gestürzt.

Vor allem im Nahen Osten sowie in großen Teilen Afrikas drohen demzufolge neue Hungersnöte, die nach UN-Angaben das Leben von Millionen Menschen gefährden. Auch in Europa sind es in erster Linie die sozial Benachteiligten, die unter den steigenden Kosten für Energie und Lebensmittel leiden. Während Rüstungskonzerne und westliche Lieferanten mit fossiler Energie Milliardenengeschäfte machen, werden die Kosten den unterprivilegierten Menschen aufgebürdet, die mit erheblichen Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie fertig werden sollen.

Die meisten nichtwestlichen Staaten verurteilen zwar den russischen Einmarsch in der Ukraine, lehnen den Wirtschaftskrieg aber entschieden ab. Sie verweisen auf die Kriege und eklatanten Völkerrechtsverletzungen der USA und Nato, die noch nie zu solchen Reaktionen führten. Sie protestieren dagegen, dass die USA und die EU keine Anstrengungen unternehmen, den Krieg in Europa zu stoppen, der zusammen mit den Blockaden ihre Länder in Mitleidenschaft zieht.

Die Wirtschafts- und Finanzblockaden gegen Russland könnten für das westliche Europa zum Bumerang werden. Es zeigt sich, dass ein so mächtiges Land mit so großen Ressourcen kaum effektiv blockiert werden kann. Während Russland aufgrund der gestiegenen Preise für Öl und Gas trotz geringerer Exportmengen aktuell höhere Einnahmen als zuvor erzielt und die negativen Auswirkungen auf Währung und Wirtschaft bisher in Grenzen halten konnte, leidet die Wirtschaft der anderen euro-

päischen Staaten immer stärker unter den Embargomaßnahmen.

Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Staaten haben grundsätzlich eine gewisse friedenserhaltende Wirkung, da sich alle Beteiligten durch die Eskalation eines Konflikts selbst schaden. Im Kalten Krieg waren die Wirtschaftsbeziehungen Westeuropas zur Sowjetunion faktisch die materielle Basis der friedlichen Koexistenz. Russland nun wirtschaftlich vom Westen völlig abzukoppeln, ist daher eine für die zukünftige Stabilität Europas gefährliche Blockbildung.

**Neue Blockbildung.** Der russische Einmarsch brachte eine einheitliche Front des Westens gegen Russland zusammen, wie sie Washington seit Langem anstrebt. Auch offiziell neutrale Länder, wie die Schweiz und Österreich, beteiligen sich an den Wirtschaftsblockaden. Die Regierungen Finnlands und Schwedens nutzen die Hysterie, um auch formal Mitglied der Nato zu werden.

Die außenpolitische Isolierung Russlands ist jedoch bisher gescheitert. Stattdessen kristallisiert sich eine neue Blockbildung heraus. Die vom Westen zum Feind erklärten Länder wie Russland, China, Iran, Kuba und Venezuela rücken enger zusammen, und parallel dazu entsteht ein weiterer bedeutender Block von Staaten – von Indien über die Golfstaaten und Südafrika bis Brasilien und Mexiko –, die dem Westen die Gefolgschaft verweigern und ihre Zusammenarbeit mit Russland fortführen. Sie kritisieren mit Verweis auf die US- und Nato-Kriege die westliche Doppelmoral, beteiligen sich nicht an den Wirtschaftsblockaden, prangern den Missbrauch des internationalen Finanzsystems an und wollen nun gemeinsam mit China und Russland die Abhängigkeit vom Dollar verringern.

**Nein zu rot-gelb-grünen Großmachtspielen.** Das von der Ampel-Koalition eingeleitete gigantische Aufrüstungsprogramm und der immer lauter werdende Ruf nach Atom-

waffen für die EU gießen weiter Öl ins Feuer. Mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr und der Erhöhung der Rüstungsausgaben auf durchschnittlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung wollen die Herrschenden Deutschland als Militärmacht gewaltig ausbauen und die Bundeswehr für neue Kriege ertüchtigen.

Mit medialem Trommelfeuer wird jetzt der Krieg in der Ukraine genutzt, um jede Opposition gegen Aufrüstung und Krieg zum Schweigen zu bringen. Man ist erinnert an den Beginn des Ersten Weltkriegs oder die heißesten Phasen des Kalten Krieges: Bedingungslose Zustimmung wird zur ersten Bürgerpflicht. Das politische Klima wird vergiftet und nach rechts verschoben.

Die Werbung für Hochrüstung und Kriegsbeteiligung ist hochgradig widersprüchlich. So soll die Bereitstellung alter Nato-Panzer die ukrainischen Streitkräfte befähigen können, die russische Armee zu besiegen. Andererseits soll die russische Armee eine derart gewaltige Bedrohung für die Nato-Staaten darstellen, dass diese gezwungen sind, ihre Rüstungsausgaben vom 18-fachen auf das womöglich 25-fache der russischen zu steigern.

Die Propaganda der Ampel-Regierung erweckt den Eindruck, dass der 100-Milliarden-Sonderfonds für die Aufrüstung der Bundeswehr und die Steigerung des Militäretats auf über zwei Prozent der Wirtschaftsleistung eine Hilfe für die Ukraine darstellt.

Dieser Täuschung und der damit verbundenen Hoch- und Atomrüstung stellt die Friedensbewegung ihren Widerstand entgegen. Atombomber F 35 für Nuklearschläge, Drohnenbewaffnung, künstliche Intelligenz für den Luftkrieg und weitere High-Tech-Rüstungsprojekte untergraben die Aussicht auf eine soziale, friedliche und ökologische Zukunft. Die Friedensbewegung stellt sich ihrer Verantwortung für die Zukunft und sagt zur Eskalation „Nein“, da es ohne eine Friedensperspektive keine Zukunft gibt.\_ <<

## Was Soziale Verteidigung bedeutet...

... und was sie mit dem Krieg in der Ukraine zu tun

Vom DFG-VK-Landesverband Bayern

### 1. Was hat Soziale Verteidigung mit dem Ukraine-Krieg zu tun?

Der Kontrast zwischen den Schicksalen der ukrainischen Städte Cherson und Mariupol zeigt, warum Soziale Verteidigung in der Ukraine relevant ist.

#### Flyer Soziale Verteidigung

Der DFG-VK-Landesverband Bayern hat zusammen mit seinem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk einen Flyer zum Thema Soziale Verteidigung erstellt. Als Vorlage zum Selbstausschicken kann er zum Auslegen am Infostand oder zur Weitergabe auf Demos als PDF heruntergeladen werden unter <https://bit.ly/3oAY9DI>

#### Literaturhinweise

Als Standardwerke gelten nach wie vor die Bücher des früheren VK-Bundesvorstandsmitglieds und Politikwissenschaftlers Theodor Ebert (antiquarisch erhältlich unter: <https://bit.ly/3PFmTXe>)

- Soziale Verteidigung – Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie [Band 1]. Waldkirch 1981
- Soziale Verteidigung – Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands [Band 2]. Waldkirch 1981
- Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg. Waldkirch 1980

Ein wichtige Adresse ist der *Bund für Soziale Verteidigung*, in dem auch die DFG-VK seit vielen Jahren mitarbeitet (<https://www.soziale-verteidigung.de>), und dessen Ko-Vorsitzender der DFG-VK-Vertreter Stephan Brües ist.

Cherson ist nach Mariupol die zweitgrößte ukrainische Stadt, die von russischen Truppen erobert wurde. Mariupol war über Monate militärisch umkämpft und wurde in großen Teilen dem Erdboden gleichgemacht. Ukrainischen Schätzungen zufolge starben dort zehntausende Zivilisten. Cherson hingegen wurde innerhalb von wenigen Tagen am 2. März eingenommen. Cherson wurde nicht flächendeckend zerstört. Obwohl auch dort die Zivilbevölkerung der Gewalt des russischen Militärs ausgesetzt ist, wird dort bisher von einigen hundert getöteten ukrainischen Soldaten und Zivilisten ausgegangen – nicht zehntausenden.

Während annähernd die Hälfte der Bevölkerung fliehen konnte, bedienen sich verbliebene Einwohner Chersons der Methoden der Sozialen Verteidigung, beispielsweise in Form von Demonstrationen gegen die russische Besatzung. Auch aufgrund des zivilen Widerstandes gelang es der russischen Okkupation erst Ende April, einen russischen Bürgermeister zu installieren.

Das Schicksal Chersons ist ungewiss, besonders da die ukrainische Regierung plant, die Stadt militärisch zurückzuerobern. Bisher besteht jedoch zumindest noch die Chance, dass geflüchtete Bewohner zurückkehren können und Cherson in Zukunft wieder zu einer lebenswerten Stadt wird. In Mariupol besteht diese Chance für lange Zeit wohl leider nicht mehr.

Ob dieses Beispiel der Sozialen Verteidigung als Erfolg gewertet werden kann ist fraglich. Die russische Besatzung ist immer noch vor Ort. Doch zumindest zeigt das Beispiel, dass Soziale Verteidigung (und der Verzicht auf militärische Verteidigung) das Leben und die Lebensgrundlage der Menschen bewahren kann.

### 2. Was ist Soziale Verteidigung eigentlich?

Soziale Verteidigung ist die Strategie des aktiven gewaltfreien Widerstands gegen einen bewaffneten Angriff oder Staatsstreich. Die Soziale Verteidigung bedient sich der Methoden der gewaltfreien Aktion, des zivilen Widerstandes und der Nicht-Zusammenarbeit.

### 3. Wie funktioniert Soziale Verteidigung?

Bei der Sozialen Verteidigung ist das Ziel die Verteidigung des Lebens, der Lebensgrundlage und der spezifischen Lebensform – also bestimmte soziale, wirtschaftliche und politische Verhältnisse – der Menschen.

Grenzen können gewaltfrei nicht gegen bewaffnete Armeen verteidigt werden. Der erste Schritt der Sozialen Verteidigung ist also die Konfliktprävention durch Verhandlungen und Interessenausgleich.

Falls das nicht gelingt, lässt die Soziale Verteidigung unter Umständen zu, dass die territoriale Integrität durch einen Angreifer verletzt wird. Die Soziale Verteidigung wehrt sich vor allem gegen die feindliche Übernahme von Institutionen, z.B. Gesetzgebungsorgane, Massenmedien oder industrielle Produktion. Die Kontrolle solcher Institutionen ist oft kriegsentscheidend.

An dieser Art der Verteidigung kann die gesamte Bevölkerung teilnehmen. Sie erfolgt nicht unter Zwang, sondern freiwillig. Idealerweise wird Soziale Verteidigung über Jahre vorbereitet. Dies funktioniert besonders dann, wenn Menschen eine aktive und positive Verbindung zu ihrer Lebensform und ihren Institutionen haben.

## 4. Was sind die Methoden der Sozialen Verteidigung?

Eine wichtige Stütze der Sozialen Verteidigung sind symbolische Handlungen, die der Bevölkerung zeigen, dass Mitarbeit in der Sozialen Verteidigung gesellschaftlichen Schutz bietet, während sie dem Angreifer zeigen, dass er in der Bevölkerung keinen Rückhalt findet.

Die Soziale Verteidigung verhindert die feindliche Übernahme von Institutionen durch Blockaden, dynamische Weiterarbeit oder aktive Nichtzusammenarbeit.

Durch Blockaden wird der Angreifer daran gehindert, Zugang zu wichtigen Institutionen zu erlangen.

Durch dynamische Weiterarbeit wird sichergestellt, dass die Bevölkerung nach wie vor mit lebensnotwendigen Gütern versorgt wird, während dem Angreifer die Chance verwehrt wird, die Weiterarbeit zu steuern.

Insofern das nicht möglich ist, bedient sich die Soziale Verteidigung der

Nichtzusammenarbeit. Der Gedanke dahinter ist, dass der Angreifer auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen ist. Ohne sie gäbe es nicht genug Personal oder Knowhow, um Institutionen aufrechtzuerhalten.

## 5. Wozu führt die Soziale Verteidigung?

Die Soziale Verteidigung beabsichtigt, dem Angreifer durch Verhinderung seiner Kriegsziele die rationale Grundlage für den Angriff zu entziehen.

Wenn das gelingt, wird der Konflikt nicht militärisch ausgefochten, sondern durch Verhandlungen und einen Interessenausgleich beendet.

## 6. Wie kann Deutschland zur Sozialen Verteidigung in der Ukraine beitragen?

Die Frage, ob in der Ukraine Soziale Verteidigung angewandt wird, kann natürlich nur von der ukrainischen Bevölkerung entschieden werden. Aber

Deutschland kann einen Beitrag dazu leisten, indem es mithilft, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der unmittelbare Ansatzpunkt hierfür sind Verhandlungen Deutschlands und seiner Nato-Partner mit Russland, um darauf hinzuwirken, einen Interessenausgleich zu schaffen.

Ein weiterer unmittelbarer Ansatzpunkt sind zielgerichtete Sanktionen und Waffenembargos, inklusive Unterlassung von Waffenlieferungen an die Ukraine, da sie zu Tod und Zerstörung durch Waffengewalt beitragen und Ansätze der Sozialen Verteidigung behindern.

Zudem würde ein Bleiberecht für Deserteure aller Nationalitäten in Deutschland den Weg zur Kriegsdienstverweigerung ebnen und helfen, das Feld für Soziale Verteidigung zu bereiten.

**Solidarität mit den Menschen in der Ukraine bedeutet, dem Krieg den Boden zu entziehen!**



### Wir haben die besseren Waffen!

Zehn Regeln der aktiv-gewaltfreien Verteidigung/Von Rainer Schmid

Militärische Methoden zerstören mehr als sie nützen: Tote, Verletzte, Vertriebene, Hungernde, zerstörte Städte, Hass und Ressourcen-Verschwendung. Bei aktiv-gewaltfreien Methoden ist das „Kosten-Nutzen-Verhältnis“ besser. Das belegt die Statistik. (*Erica Chenoweth u.a., Why Civil Resistance Works, NY 2011*)

1. Einfache Symbole, Lieder, Gesten, Sprüche erfinden und verbreiten!

2. „Nichts wissen, nichts sagen, nichts tun!“ Konsequente Nicht-Zusammenarbeit mit dem Gegner. Keine Informationen an die Gegner geben, keine Namenslisten, keine Daten! Schilder vertauschen! Namen vertauschen! Streik, Bummelstreik. Beamte arbeiten nur sehr langsam und fehlerhaft mit den Besatzern zusammen.

3. Falls eine Stadt beschossen wird, z.B. durch Raketen, kann man die Methode „offene Stadt“ anwen-

den! Laut Kriegsrecht darf eine Ortschaft, die nicht verteidigt wird, nicht bombardiert werden (*Art. 25 Haager Landkriegsordnung; Art. 59 Genfer Abkommen*). Wenn die Feinde dann in der Stadt sind und versuchen, die Stadt zu regieren, werden alle anderen aktiv-gewaltfreien Methoden angewandt.

4. Recherchieren! Fakten und Beweise finden, sichern, veröffentlichen! Viel Wert legen auf weltweite Vernetzung und große Medienpräsenz. Die internationale Diplomatie und Organisationen aktivieren.

5. Frauen spielen bei gewaltfrei-aktiven Kämpfen oft eine entscheidende Rolle.

6. Viele Verbündete finden! Vor allem einflussreiche Personen-Gruppen. Bündnisse über die eigenen Partei- oder Religionsgrenzen hinaus bilden.

7. Hartnäckigkeit, Ausdauer und Leidensbereitschaft. Auch bei gewaltfrei-

en Methoden muss man auf der eigenen Seite mit Kosten, Schäden, Verletzten und Toten rechnen. Nicht provozieren lassen! Nicht Gleiches mit Gleichem vergelten!

8. Parallelstrukturen aufbauen, zum Beispiel im Bildungswesen, Gesundheitswesen, in der Produktion, in der Landwirtschaft und in den Medien.

9. Mit dem Gegner positiv in Kontakt treten, z.B. durch kleine Geschenke und direkte Ansprache. Verhandeln, Diplomatie, zuerst auf dem Weg über neutrale dritte Personen. Oder auf dem Weg über die Religionsführer\*innen der beiden Seiten.

10. Keine autoritären Strukturen aufbauen! Innerhalb des Widerstandes nicht auf „Befehl und Gehorsam“ setzen! In den eigenen Reihen auf Menschen achten, die still sind, nichts sagen, sich zurückhalten. Genau diese Menschen haben oftmals gute Ideen und Beobachtungen.

## Profiteure des Ukraine-Kriegs

### In der deutschen Rüstungsindustrie knallen die Champagnerkorken

Von Jürgen Grässlin

Vor 20 Jahren bereits hatten die Nato-Staaten den Grundstock pro Aufrüstung und Militarisierung gelegt. Die heutigen Umsatz- und Gewinnsteigerungen bei den Waffenschmiedern der westlichen Welt beruhen auf den Beschlüssen der Nato-Gipfel von Prag (2002) und Wales (2014). Dort wurde das Ziel festgeschrieben, fortan zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für „Verteidigung“ auszugeben. Allein in den letzten acht Jahren beschlossen die jeweiligen Bundesregierungen bzw. die sie tragenden Parlamentsfraktionen immense Zuwächse beim Einzelplan 14 im Bundeshaushalt von 32,44 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 50,33 Milliarden Euro 2022

Das Militärmagazin Europäische Sicherheit & Technik verkündete in seiner Unternehmensanalyse einen beachtlichen Aufschwung: „Airbus 2021 mit starkem Gewinnzuwachs“, „Rolls-Royce Power Systems mit stark gestiegenem Gewinn“, „MTU Aero Engines: Umsatz und Ergebnis verbessert“ und „Umsatz und Ergebnissteigerung im 20-Prozent-Bereich“ bei Hensoldt.

Am Stammsitz nahe München verbuchte der Elektronik- und Sensorikhersteller Hensoldt einen Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro, bei einer Steigerung von 37 Prozent im ersten Quartal 2022. Im Mai 2022, zu einem

Zeitpunkt, da sich der Krieg Russlands in der Ukraine noch nicht in der Bilanz bemerkbar machte, frohlockte der Finanzvorstand Björn Krönert von Heckler & Koch: Dieses sei „das beste Jahresauftakt-Quartal der Firmengeschichte“. Laut Analyse des H&K-Chefs Jens Bodo Koch stockten Staaten an der Ostflanke der Nato ihre Waffenbestände auf oder erneuerten sie. H&K exportierte in größerer Stückzahl Sturmgewehre an Norwegen, Litauen und Lettland.

Derlei wirtschaftlichen Entwicklung sind kein Einzel-, vielmehr der Regelfall in der deutschen Rüstungsindustrie.

**Geld ist genug da: 100 Milliarden Sondervermögen.** Gerademal drei Tage nach der völkerrechtswidrigen Intervention Russlands in der Ukraine verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung „eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“. Für die Bundeswehr werde eigens ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro eingerichtet. In Zeiten knapper Kassen würde von nun an genug Geld da sein für die Beschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfbomber, Kriegsschiffe, Kampfpanzer, Militärdrohnen. Geld genug für Nato-investive Aufgaben und kommende Auslandseinsätze der Bundeswehr in aller Welt.

Die angekündigte Zeitenwende ließ die Führung von Rheinmetall mit einem weiteren Wachstumsschub von bis 15 Prozent für dieses Jahr prognostizieren. Gerade das 100-Milliarden-Militär- und Rüstungspaket lässt die Champagnerkorken in der deutschen Waffenindustrie lautstark knallen. „Der Hensoldt-Konzern befindet sich angesichts der Weltlage auf steilem Wachstumskurs“, meldete die Süddeutsche Zeitung. Bei der diesjährigen Hauptversammlung ließ der Vorsitzende Thomas Müller die Aktionäre wissen, dass sich „eine ganze Reihe an Auftragspotenzialen“ ergäben.

**Krieg ist gut fürs Geschäft.** Im Juni 2022 wurde die Geheimhaltung für Waffenlieferungen an Kiew aufgehoben. Bereits exportiert waren 14900 Panzerabwehrminen, 500 Flugabwehrraketen vom Typ Stinger, 2700 Strela-Fliegerfäuste, 100000 Handgranaten, 100 Maschinengewehre MG3 nebst 16 Millionen Schuss Handwaffenmunition, 5300 Sprengladungen, 100000 Meter Sprengschnur, 100000 Sprengkapseln, 350000 Zünder u.v.a.m. Zudem umfassend Ausrüstung in Form von Militärfahrzeugen, Gefechtschirmen etc. Des Weiteren geliefert werden sollten noch 30 Flugabwehrpanzer Gepard, 40 Aufklärungsdrohnen und 54 gepanzerte Truppentransporter. Da diese zumeist



„Zu viele Leute mit zu vielen langen, weißen Bärten“

aus Bundeswehrbeständen kommen, wird vielfach bei der Rüstungsindustrie nachbestellt werden.

Mit dem Kriegsgeschehen in der Ukraine stehen der Rüstungsindustrie goldene Zeiten bevor. Gleich in den ersten Kriegstagen meldeten die Händler des Todes exorbitant hohe Kurssprünge, entgegen dem Kursverfall nichtmilitärischer Aktien an den Börsen.

Mitte März hatte der in Oberndorf ansässige Schwarzwälder Bote jubiliert: „In der Tat kurbeln der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen die Nachfrage nach Rüstungsgütern derzeit an.“ Die Jubelarie ließ sich auch mit der Aktienkursexplosion zu Kriegsbeginn erklären. Hatte der Wert der H&K-Aktie am 3. Februar noch bei 90 Euro gelegen, so katapultierte er nur eine Woche nach Einmarsch der russischen Armee auf 246 Euro.

Auch bei Hensoldt war Partystimmung angesagt. Stand die Aktie Anfang des Jahres noch bei knapp 13 Euro, schoss sie nach Kriegsbeginn

auf rund 29 Euro in die Höhe. Anders war der Wert der Rheinmetall-Aktie, der bereits mit Beginn des Truppenaufmarsches russischer Streitkräfte geradezu explodierte: von 91 Euro am 7. Februar auf 217 Euro am 22. des Monats. Letztlich erfolgte eine Stabilisierung auf hohem Niveau.

Aktiengesellschaften im Rüstungssektor gehören zu den Profiteuren des Kriegs in der Ukraine. Aktionäre verdienen sich mit Blutaktien eine goldene Nase.

**Unsere Zeitenwende:** 100 Milliarden für Bildung, Gesundheit und Pflege. Mit der exorbitanten Steigerung des Einzelplan 14, des sog. Verteidigungshaushaltes, auf mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr und mit dem 100-Milliarden Sondervermögen wird Deutschland zum Global Player avancieren.

„Wollen wir die drittgrößte Militärmacht werden?“, fragte mein Kollege im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK, Thomas Carl Schwoerer, in der

Frankfurter Rundschau am 7. April. Ja, wir werden Nummer 3 nach den USA und China.

Das Problem: Werden 100 Milliarden in Militär und Rüstung investiert, dann fehlt Geld an anderer Stelle. Was wir stattdessen brauchen, ist ein Friedens-, Sozial- und Ökologiefonds im Volumen eben dieser 100 Milliarden Euro. Einen Fonds für Bildung und Erziehung, für Kunst und Kultur, für Gesundheit und Pflege, für den Ausbau der regenerativen Energiequellen, für die sozial-ökologische Transformation und damit für ein zukunftsfähiges Deutschland.

Ja, wir brauchen eine Zeitenwende – aber in die richtige Richtung.

*Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Vorsitzender des „RüstungsInformations-Büros“. Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte, Militär- und Wirtschaftspolitik. <<*

Im **Koalitionsvertrag 2021** von SPD, Bündnisgrünen und FDP heißt es:

Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik brauchen wir verbindlichere Regeln und wollen daher mit unseren europäischen Partnern eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung abstimmen. Wir setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein. Unser Ziel ist es, den gemeinsamen Standpunkt der EU mit seinen acht Kriterien sowie die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, die Kleinwaffengrundsätze und die Ausweitung von Post-Shipments-Kontrollen in einem solchen Gesetz zu verankern.

*Quelle: Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der SPD, Bündnis 90/Die*

*Grünen und FDP „Mehr Fortschritt wagen“; <https://bit.ly/3QyzLyx>*

### **Aus dem Friedensgutachten 2022**

Globale Rüstungsexporte sind dem Stockholm International Peace Research Institute zufolge im Zeitraum von 2017 bis 2021 auf hohem Niveau leicht rückläufig. Deutschland liegt mit 4,5 Prozent hinter den USA, Russland, Frankreich und China weltweit auf Platz fünf der größten Exportländer. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Genehmigungswert deutscher Rüstungsexporte gesunken. Aber der Anteil von Rüstungsexporten an Drittstaaten, die weder der EU noch der Nato angehören oder diesen gleichgestellt sind, ist nach wie vor hoch. Besonders problematisch sind Exporte an Ägypten oder die Arabi-

schen Emirate – Länder, die der Jemen-Kriegskoalition angehören und die in der Vergangenheit repressiv gegen die eigene Bevölkerung vorgegangen sind. Positiv ist, dass die Bundesregierung noch 2022 ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz erarbeiten will. Ein solches Gesetz sollte unter anderem klare und überprüfbare Kriterien für Rüstungsexporte festschreiben, die Transparenz erhöhen und eine Verbandsklagemöglichkeit einführen. Rüstungsexporte an Staaten außerhalb von EU und Nato sollten zu begründungspflichtigen Ausnahmen werden.

*Quelle:*

*Friedensgutachten 2022 „Friedensfähig in Kriegszeiten“; <https://bit.ly/3d3KMZZ>*

## Wer hat's gesagt?

### Reizwörter im Krieg: ein makaberes Ratespiel

Von Cornelia Mannewitz

**A**lle nachfolgenden Aussagen hier unten sind Zitate. Sie stammen aus Besprechungen, Grußworten, Social-Media-Posts und Reden bei Pressekongressen oder per Live-Übertragung bei den Filmfestspielen von Cannes, in Bunkern, Privatreisidenden und an verschiedenen anderen Orten.

**Zeit:** zwischen dem 24. Februar und dem 28. Mai. **Sprechende:** 1. der Präsident der Russischen Föderation, 2. der Präsident der Ukraine.

Aber wer hat was gesagt?

Meist ist das leicht zu erraten, manchmal aber auch nicht. Jedenfalls bemühen beide die Vergangenheit und ziehen Vergleiche zur Gegenwart. Beide sprechen von Faschismus und Nazismus – wissenschaftlich oft nicht haltbar, aber propagandistisch wirksam. (Im Übrigen spricht nur einer von Faschismus; im Land des anderen hat sich inzwischen ein anderes, aber ähnliches, Wort eingebürgert.)

Wer spielt dieses Spiel (nicht) mit? Bin gespannt auf Antworten:

- Im Endergebnis erwies sich unser Land als nicht darauf vorbereitet, dem Einmarsch des nazistischen Deutschland, das am 22. Juni 1941 ohne Kriegserklärung in unser Heimatland eingefallen war, mit voller Kraft zu begegnen. Es gelang, den Feind aufzuhalten und danach auch zu vernichten, aber um einen gewaltigen Preis. Der Versuch, dem Aggressor am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges einen Gefallen zu tun, erwies sich als Fehler, der unser Volk teuer zu stehen kam. In den ersten Monaten der Kampfhandlungen verloren wir riesige, strategisch wichtige Territorien und Millionen von Menschen. Noch einmal werden wir einen solchen Fehler nicht machen, dazu haben wir kein Recht.

- Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, wie auch die Opfer, die unser Volk auf dem Altar des Sieges über den Nazismus dargebracht hat, sind heilig. Aber das widerspricht nicht den hohen Werten der Rechte und Freiheiten des Menschen, wenn man von den Realitäten ausgeht, die sich in allen zurückliegenden Jahrzehnten ergeben haben. Es setzt auch nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker außer Kraft, das in Artikel 1 der UN-Charta verankert ist.

- Ja, vielleicht gibt es bei uns irgendwelche Trottel, die irgendwo mit Hakenkreuzen herumlaufen, aber unterstützen wir das auf Regierungsebene? Marschieren bei uns tausende Menschen mit Fackeln durch die Hauptstädte, durch Moskau oder durch unsere anderen regionalen Hauptstädte, mit Hakenkreuz und Fackeln, wie in den 30er Jahren in Deutschland? Gibt es das bei uns? Aber dort gibt es das und es wird unterstützt.

- In Mariupol geschieht das eben jetzt, während wir miteinander sprechen. Von der Regierung kam ein Anruf, aus Kiew, unsere Soldaten wurden angesprochen: Stellt Korridore zur Verfügung, damit unsere Bürger herauskönnen. Natürlich reagierten unsere Leute sofort, sofort! stellten sie die Kampfhandlungen ein und beobachteten, was geschah. Niemand wurde herausgelassen. Verstehen Sie, was sie tun? Sie lassen niemanden heraus, bedecken sich mit menschlichen Schutzschilden. Wer tut so etwas? Neonazis, natürlich.

- Auf unserer Fahne ist kein Blut. Auf ihm sind keine schwarzen Flecken, keine Hakenkreuze, und sie werden niemals auf ihm sein. Die ukrainische Fahne – das ist die Erde. Die friedliche,

fruchtbare, goldene, ohne Panzer. Das ist der Himmel – der friedliche, reine, himmelblaue, ohne Raketen. So war es. Und so wird es wieder sein.

- Am 14. März erfolgte, wie Sie wissen, auf das Zentrum von Donezk ein Raketenangriff. Das war ein offen geführter blutiger Akt des Terrors, der über 20 Menschenleben kostete. Und solche Angriffe gehen in den letzten Tagen immer weiter. Sie schlagen wahllos zu, auf Plätze von Städten, mit dem Fanatismus und der Raserei von Verdammten – wie die Faschisten, die in den letzten Tagen des Dritten Reiches versuchten, so viele unschuldige Opfer wie möglich mit sich ins Grab zu zerren.

- Wir erinnern uns alle, dass damals, in den schwierigen Wochen im Februar-März 2014, die Bewohner der Krim und Sewastopols Mut und Patriotismus bewiesen und wie eine Wand quer zum Weg der Neonazis und Radikalen standen, derer, die den Staatsstreik in Kiew organisiert und durchgeführt hatten. Die Menschen auf der Krim und in Sewastopol wankten nicht, sie schlossen sich zusammen und siegten, sie trafen ihre bewusste freie Wahl – zusammen mit Russland zu leben.

- Die berühmt-berüchtigte „Cancel Culture“ hat sich in ein „Canceln der Kultur“ verwandelt. Auf den Konzertplakaten werden die Namen Tschaikowski, Schostakowitsch und Rachmaninow überschmiert. Russische Schriftsteller und ihre Bücher werden verboten. Das letzte Mal haben eine solche Massenkampagne zur Vernichtung unliebsamer Literatur vor fast 90 Jahren die Nazis in Deutschland durchgeführt. Wir kennen und erinnern die Bilder aus den Wochen-

schauen, wie sie Bücher mitten auf den Plätzen der Städte verbrannten.

- Dasselbe geschah während des Zweiten Weltkriegs. Wie wir wissen, die Polenpogrome und die Judenpogrome – sie wurden nicht von den Deutschen selbst ausgeführt, sondern von der SS-Division „Galizien“, den Bandera-Leuten und so weiter, dem ganzen profaschistischen Gesindel. Sie vernichteten die friedliche Bevölkerung: Sie schlachteten sowohl die Russen als auch die Juden als auch die Polen ab.

- Das, was sie getan haben – genau das ist Nazismus. Alle sagen nicht nur so, dass das Raschismus ist. In den Büchern wird das Wort Raschismus stehen. Das Wort ist neu, aber die Taten sind dieselben wie vor 80 Jahren. Und die kleinen Kinder in ihren Schulbänken auf der ganzen Welt werden antworten, wenn die Lehrer fragen, wann dieser Raschismus begonnen hat ... und wer im Kampf für die Freiheit gesiegt hat.

- Jede dieser Geschichten beeindruckt. Sie beeindruckt durch Mut, denn ringsumher herrschte das totale Böse, aber die Menschen bewahrten trotzdem das Gute in ihrem Herzen. Sie beeindruckt durch ihren Glauben daran, dass die Menschlichkeit siegen

würde, trotz der damaligen Besatzung und der Stärke der Nazis. Wir müssen uns immer daran erinnern, dass es in unserem Volk solche Gerechten gibt und dass sich sogar unter den dunkelsten Umständen Menschen finden, die Licht bringen. Ein ebensolches Streben zum Guten sehen wir jetzt in den Ukrainern und Ukrainerinnen, die helfen, Menschen vor den Besatzern zu retten, vor ebensolchen Nazis.

- Erinnern Sie sich, wie das im Film klang? „(...) Ich liebe den Geruch von Napalm am Morgen ...“ Ja, das begann in der Ukraine in der Frühe. Um vier Uhr, als wir die ersten Raketenexplosionen hörten. Als die Luftschläge begannen. Und als der Tod, der über die Grenze in die Ukraine rollte, seine Technik mit einem Symbol ähnlich dem Hakenkreuz gekennzeichnet hatte – mit dem Z.

- Über 500000 Ukrainer sind mit Gewalt nach Russland deportiert worden. Zehntausende sitzen in Lagern Russlands, die nach dem Muster der nazistischen Lager angelegt worden sind.

- Nun ja, in der Propaganda Nazi-deutschlands gab es den Ausdruck „Wunderwaffe“. Je klarer es wurde, dass sie in diesem Krieg keine Chancen mehr hatten, umso häufiger gab

es propagandistisches Gerede von einer Wunderwaffe, die so überaus stark sein würde, dass sie die Wende im Krieg herbeiführen würde.

- Besonders hervorheben möchte ich die präzisen und mutigen Handlungen der Angehörigen der Grenztruppen Russlands bei der Vereitelung verschiedenster Provokationen und Diversionsversuche – die Rede ist vor allem von den Abschnitten unserer Staatsgrenze in den Gebieten, in denen die militärische Spezialoperation stattfindet – sowie die konsequente Arbeit der Truppen bei der Entladung von Kämpfern neonazistischer Gruppierungen, eure Beteiligung an der Organisation des Grenzübertritts von Flüchtlingen, eure Hilfe für Frauen, Kinder, alte Menschen, alle, die auf dem Territorium Russlands Rettung und Schutz suchen.

*Cornelia Mannewitz ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und vertritt diesen auch im Bundesausschuss. In den 2010er Jahren war sie Mitglied im BundessprecherInnenkreis. Die zitierten Aussagen wurden von ihr aus den Sprachen Russisch und Ukrainisch übersetzt. Antworten auf die Frage „Wer hat's gesagt?“ können gerne direkt geschickt werden an: mannewitz@dfg-vk.de* ‹‹

# NEIN ZUM KRIEG!

# Нет войне! NO TO WAR! Ні війні!

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN  WWW.DFG-VK.DE

# Kreativer Protest zum „Tag der Bundeswehr“

Bericht von einem „Skillshare-Wochenende“ im April in Berlin

Von der Antimilitarischen Aktion Berlin in der DFG-VK

Der Tag der Bundeswehr hätte 2022 zum ersten Mal in Berlin stattfinden sollen. Damit es auch das letzte Mal bleibt, dass die Militärs die Stadt mit ihrer albernen Propaganda-Show heimsuchen, startete die Antimilitaristische Aktion Berlin (Amab) bereits Anfang des Jahres die Proteste. Erster Schritt: Ein Skillshare-Workshop-Wochenende für Kreativ-Protest. Ein Veranstaltungsbericht. (Der Tag der Bundeswehr wurde in diesem Jahr abgesagt.)

**W**arum ein Skillsharing-Workshop? Die antimilitaristische Linke in Berlin steht ja auf große Demos. Leider werden die großen Demos dann immer eher nicht so groß. Und die Cops lassen die Demos im Wanderkessel bestens beaufsichtigt weitab des Geschehens laufen. Verständlicherweise haben die Bundis da wenig Sorge um ihre Außenwirkung... Deswegen erscheint es uns sinnvoller, die Militärs am Tag der Bundeswehr mit kreativen Aktionen ausgehend von Kleingruppen diskursiv anzugreifen.

Doch weil das gar nicht so einfach ist, wenn heutzutage das Protestgeschehen sich mehr und mehr auf Konsumveranstaltungen reduziert, haben wir beschlossen, dass es ein Skillshare-Wochenende für Kreativ-Protest zum Tag der Bundeswehr braucht.

Unserem Aufruf aus dem Januar schlossen sich die Feministische Antifaschistische Jugend Organisation Charlottenburg (F\_AJOC), das Jugendnetzwerk für Aktionen (Junepa), linksjugend [solid] Phain und die Berliner Sektion der Internationale der Kriegsdienstgegner\*innen (IdK) an.

Nach den Wochen der Vorbereitungen war am Freitag, 1. April, die Spannung groß: Würde sich der Aufwand lohnen? Doch das war unbedeutend: Es waren fast 70 Leute da. Für die Andock-Runden am Freitag, Samstag und Sonntag gab es viel positives Feedback. Und auch wir denken, dass diese Runden einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten, die Teilnehmenden einzubinden. Schade, dass so was die Ausnahme in Berlin ist.

Wir waren nach den Tuschelrunden recht erstaunt, denn es stellte sich heraus, dass wir Besuch aus Bonn, Darmstadt, Flensburg, Lübeck, Magdeburg, Dresden und Göttingen haben. Negatives Feedback gab es dafür, dass wir keine Pennplatzbörse eingerichtet hatten. Dass wir nur mit einer auf Berlin gerichteten Mobi so viel Aufmerksamkeit in den unendlichen

Weiten hinter dem S-Bahnring erregen, hätten wir nicht gedacht.

Uns zeigt das, wie viel Potenzial eigentlich in der Idee „Kreativ-Protest zum Tag der Bundeswehr“ steckt. Das nächste Mal werden wir das größer denken...

Die Workshops wurden je nach Thema (und Uhrzeit!) von fünf bis 25 Menschen besucht. Am Freitag starteten wir mit einem Vortrag zu intersektionalen Perspektiven auf Antimilitarismus. Zeitgleich gab es Workshops zu Awareness und kreativen Protest gegen die Bundeswehr.

Am Samstag folgten Workshops zu Militär und Klima, „Bundeswehr-Werbung verändern“ und ein Aktionskletter-Workshop. Auch an der ersten Aktionsidee wurde gearbeitet: Ein Gegenfest zum Tag der Bundeswehr. Den Abschluss am Abend machte „Bombardiert die Bundis (mit Fragen)!“ Dabei ging es um ein Rollenspiel zum Üben von Argumenten.

Sonntag ging es partizipativ und informativ zu: Ein Workshop zur Nutzung von Social Media zur Verbreitung von Aktionsbildern und eine praktische Einführung ins Gestalten von Graffiti wechselte sich mit einem Anwalt-FAQ zum Versammlungsrecht ab. Mal gucken, ob wir nicht eine Kundgebung in einer Kaserne durchklagen.

**Ausblick**. Das Skillsharing-Wochenende hat die Idee von Protesten gegen den Tag der Bundeswehr nach außen bekannter gemacht. Wir sind mit vielen Leuten in Kontakt gekommen, die bisher nicht im Antimil-Bereich aktiv waren und die nun mitmachen. Und nach innen hat das Wochenende bei allen beteiligten Gruppen die Bereitschaft erhöht, jetzt auch wirklich was zum Tag der Bundeswehr 2023 in Berlin auf die Beine zu stellen. <<



# Der Demo-Rucksack – ein Konversionsprojekt

Wie aus einem Sportbogen-Rucksack der ideale Rucksack für die Friedensdemo wird

Von Willi Rester



Foto: Willi Rester

Ausgangspunkt: Rucksack zum Transport von Sportbögen



Der Pfeilbehälter nimmt Fahnen und Fahnenstangen auf



Obere Klappe für sperrige Teile offen lassen



Kleinteilefach für Befestigungen, Abspannseile etc.



Fach für Flyer, Broschüren etc. und Getränke + Verpflegung



An überstehenden Teilen kann noch ein Sandwich-Plakat befestigt werden



Das fertige Konversionsprojekt im Einsatz – hier beim Ostermarsch in Weiden in der Oberpfalz. Erfunden und umgesetzt von Willi Rester unter Verwendung des Sportbogen-Rucksacks seiner Tochter.

Willi Rester ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Oberpfalz im Landesverband Bayern. Diesen vertritt er auch im DFG-VK-Bundesausschuss. Wer Näheres über den „Konversionsexper-

ten“ erfahren will, sollte im Internet auf <https://bit.ly/3oYK0jJ> gehen. Dort werden „persönliche Geschichten“ von Kriegsdienstverweigerern gesammelt und veröffentlicht – eine Initiative des Lebenshauses Schwäbisch Alb, eine Initiative des DFG-VK-Mitglieds Michael Schmid.

Neben dem Bericht von Willi Rester finden sich dort 15 weitere von KD-Vern aus der BRD und von fünf aus der DDR. Lesenswert. <<

# Global betrachtet

## Leider weiterhin: Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung in kriegerischen Zeiten

Von David Scheuing

**A**uch fünf Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine ist erwartbar kein Ende der Gewalt in Sicht. Zu brutal verläuft dieser Krieg, zu direkt sind die Versuche des Terrors gegenüber der Allgemeinbevölkerung, zu unbedingt die Maximalforderungen der Kriegsgegner\*innen, zu wenig sichtbar internationale Versuche der Diplomatie. Aufgrund der irrsinnig hohen Medialität der eigenständigen Kriegsberichterstattung der Kriegsparteien selbst werden auch alle Versuche für Waffenstillstands-, Gebiets- oder gar vielleicht Friedensverhandlungen unter einem noch nie gesehenen Maße an öffentlicher Wahrnehmung stattfinden. Ob dies etwas Gutes sein wird?

Derzeit noch stehen öffentliche Äußerungen, die auf ein Ende der Gewalt drängen, in der Kritik – zu leicht würden sie es sich machen, zu sehr die Gefahren einer Stärkung der russischen Seite durch einen Waffenstillstand unterschätzen. Doch das Ergebnis friedenspolitischer Einwürfe und Interventionen kann nicht sein, darauf zu warten, dass „sich der Konflikt reif“ geschossen hat. Es bedarf ernsthafter friedenspolitischer Vorschläge für die Beendigung des Krieges.

International dringen dieser Tage nur wenige Aktivitäten oder Neuigkeiten über pazifistisches Engagement oder gewaltsames Handeln des Staates gegen Kriegsdienstverweigerer\*innen zu mir durch – daraus zu schließen, dass sich die Verhältnisse gebessert haben, wäre jedoch sicherlich fatal. Im Folgenden die Informationen in Kurzfassung:

**Ukraine: Prozesse gegen Verweigerer\*innen.** Inmitten des Krieges in der Ukraine wurde im Juli ein Prozess gegen Ruslan Kotsaba aufgrund sei-

ner öffentlich pazifistischen Haltung geführt. Doch ist er nicht der Einzige, der in diesen Tagen für seine Verweigerung der Teilnahme an kriegerischen Handlungen vom Staat verfolgt wird.

Soweit internationale Beobachter\*innen wissen, wurden im Mai und Juni in der Ukraine zumindest zwei Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt. Beide hatten vor dem Militärkommissariat ihre KDV erklärt. In einem Fall erfolgte eine Verurteilung zu drei Jahren Haft auf ein Jahr Bewährung, im anderen Falle zu vier Jahren Haft auf drei Jahre Bewährung.

In der Ukraine gibt es ein Recht auf KDV, das aber nur Angehörigen von zehn kleineren religiösen Gemeinschaften zugestanden wird. Einer der beiden Verurteilten gehört der Source of Life an, Teil der Adventisten, und sollte daher unter die in der Ukraine bestehende KDV-Regelung fallen. Bei einer mündlichen Aussprache beobachtender NGOs mit dem UN-Menschenrechtskommissariat zur Lage in der Ukraine Anfang Juli in Genf brachte das UN-Büro des Versöhnungsbundes seine Besorgnis gegenüber diesen Fällen zum Ausdruck. Das Statement findet sich unter [ifor.org/news](http://ifor.org/news)

Wie Connection e.V. schreibt, verzeichnet das staatliche Register der Gerichtsentscheidungen einer Auswertung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung zufolge auch eine Reihe weiterer Fälle von Verurteilungen wegen Militärdienstentziehung. Die meisten Urteile lauten auf 3 Jahre Haft auf ein Jahr Bewährung.

Von Januar bis April wurden mehr als 2500 Verfahren eröffnet, bis Mai wurden mehr als 3300 Männer bei dem Versuch erwischt, sich durch Verlassen der Ukraine der Mobilmachung zu entziehen.

Da das Menschenrecht auf KDV aus Gewissensgründen in der Ukraine nicht ausreichend rechtlich abgesichert ist, laufen legitime Verweigerer in der Ukraine Gefahr, zu Unrecht strafrechtlich verfolgt zu werden. Aus diesem Grund wird Verweigerern im Ausland nicht empfohlen, in die Ukraine zurückzukehren.

Connection e.V. hat darüber hinaus wertvolle und grundlegende Informationen über die Möglichkeiten, Chancen und Recht von KDVler\*innen in Russland und Belarus zusammengestellt. (Mehr Informationen: [connection-ev.org](http://connection-ev.org))

**Krieg gegen West Papua – Neue Webpage.** In Zusammenarbeit der australischen Friedensorganisation „Wage Peace“, der Internationale der Kriegsgegner\*innen (WRI) sowie der Kampagne „Make West Papua Safe“ ist eine digitale Ressource zum Krieg gegen die Widerstands- und Unabhängigkeitsbemühungen in West Papua durch Kräfte des indonesischen Staates entstanden. Die Homepage liefert Hintergründe zur Konflikt- und Widerstandsgeschichte, dokumentiert die im Konflikt eingesetzten bewaffneten und geheimdienstlichen Sicherheitsorgane Indonesiens und weist die Verbindungen zu vielen waffenexportierenden Staaten nach, die bei Ausrüstung und Training der am Krieg beteiligten Kräfte mitwirken. Darunter sind viele der weltweit größten Waffenexporteure – unter anderem Deutschland. Dokumentiert online unter [waronwestpapua.org/](http://waronwestpapua.org/)

**Endlich: 100. Geburtstag der WRI – Konferenz und Manifestation in Utrecht.** Nach mehrmaliger Verschiebung kann vom 9. bis 11. September endlich die WRI100-Konferenz und Demonstration „Für eine Zukunft ohne

Kriege!“ (Future Without War) stattfinden.

Das Organisationsteam rund um unsere belgischen und niederländischen pazifistischen Freund\*innen hat ein eindrucksvolles Programm über drei Tage auf die Beine gestellt.

Programm, Anmeldung und weitere Informationen finden sich unter [wri100.nl](http://wri100.nl)

**Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands.** Für die antimilitaristischen und pazifistischen Aktivist\*innen aus Schweden und Finnland war es ein dunkles Frühjahr – nahezu ohnmächtig mussten sie dabei zusehen, wie die jahrzehntealte Neutralität aufgegeben und der Beitritt zur Nato beschlossen wurde; diese Entscheidung dann sogar noch unter Zugeständnissen an den türkischen Staat und sein Verfolgungsinteresse gegenüber den Kurd\*innen.

In Finnland ging AKL (Aseistakieltäytyjäliitto, „Verband der Kriegsdienstverweigerer\*innen“) im Bündnis mit mehreren Friedensorganisationen gegen den Nato-Beitritt auf die Straße, er war aber nicht mehr aufzuhalten.

Unsere Freund\*innen in Finnland und Schweden brauchen unsere Solidarität und Unterstützung! ([akl-web.fi](http://akl-web.fi))

### Eindrucksvolle Recherche zu französischen Atomwaffentests.

In akribischer Recherchearbeit haben Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen und Aktivist\*innen exemplarisch an nuklearen Testversuchen der Franzosen im Pazifik in den 1960er und 1970er Jahren die gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen dieser Tests aufgearbeitet. Im Spezifischen weisen sie durch Modellierungen, zeitgeschichtliche Dokumente und nicht zuletzt Ortsbegehungen und Interviews mit Betroffenen die (wissentlich eingegangene) Schuld des französischen Staates an der Verstrahlung ganzer Atolle und ihrer Bewohner\*innen nach.

Damit legen sie einen wichtigen Grundstein für die Aufarbeitung ähn-

licher Verbrechen anderer Nuklearstaaten und die sich daraus ergebenden Schadensersatzforderungen Betroffener und Hinterbliebener.

Die Ergebnisse sind online dokumentiert. ([moruroa-files.org/en](http://moruroa-files.org/en))

**Divest Arms: Neue Datenbank zu Waffenlieferungen.** Urgewald und Facing Finance haben eine Recherchedatenbank aufgebaut, basierend auf den Daten von Sipri. Die Datenbank listet für die Jahre 2015 bis 2020 um die 500 Firmen aus 45 Staaten auf, die in kriegs- und konfliktgeschüttelte Staaten Waffen exportiert haben (zugrunde liegen Definitionen des Heidelberger Conflict Barometer HIIK). Die Datenbank versteht sich als Angebot für Divestmententscheidungen für Finanzinstitutionen und als Ansatzpunkt für Proteste der Zivilgesellschaft. ([exitarms.org](http://exitarms.org))

**Australien: Waffenfirmen blockiert – dauerhafter Waffenstillstand gefordert.** Am 17. Juni blockierten Mitglieder der australischen WRI-Mitgliedsorganisation Wage Peace die Anlagen der Waffenschmiede NIOA in Benalla, Australien. Diese Aktion steht in direktem Zusammenhang mit einer Forderung der Ältesten der Aborigine-Gemeinschaft Yuendumu nach einem „Waffenstillstand“ der Polizei. Eine andere Gruppe blockierte auch die Fabrik des Unternehmens in Brisbane. NIOA ist ein in Brisbane ansässiger Waffenhersteller und der Hauptlieferant von Gewehren und Munition für die australische Polizei. Bei der Blockade in Brisbane sprachen die Aktivisten über den Zusammenhang zwischen anhaltender staatlicher Gewalt, der Militarisierung der Polizeikräfte und der Entwicklung der australischen Waffenindustrie. ([wagepeaceau.org](http://wagepeaceau.org))

Der Aufruf der Ältesten der Warlpiri Nation erinnert daran, „dass Yapakurlangu Warnkaru Matters, dass Black Lives Matters“. Über 35 Jahre nach der Einsetzung der „Royal Commission into Aboriginal Deaths in Custody“ werden deren Empfehlungen immer

David Scheuing ist/war Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI),



dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern. An dieser Stelle berichtet(e) er regelmäßig aus der WRI, um den *ZivilCourage*-LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine cursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration.

Der Autor ist erreichbar unter: [scheuing@dfg-vk.de](mailto:scheuing@dfg-vk.de)

noch weitgehend ignoriert. Über 500 Personen der First Nations Australiens sind seither in Gewahrsam gestorben.

Die Kampagne schreibt weiter: „Kein einziger Polizeibeamter oder Gefängnisangestellter wurde jemals für einen dieser Todesfälle verurteilt. Wir wollen keine weiteren Berichte oder Untersuchungen, auf die nicht reagiert wird. (...) Wir fordern unsere Selbstbestimmung, unsere rechtmäßige Entscheidungsbefugnis und die Rückgabe unserer Ressourcen an uns. (...) Wir fordern karrinjarla muwajjarri, einen Waffenstillstand der Polizei. Auf unbestimmte Zeit.“ (Mehr zur Kampagne unter [karrinjarlamuwajjarri.org](http://karrinjarlamuwajjarri.org))

**Abschied von „Global betrachtet“**  
Seit 2018 schreibe ich diese Rubrik in der *ZivilCourage* – es ist Zeit für Veränderung. Beim Bundeskongress wurde Keno Goertz als mein Nachfolger im Amt des Delegierten der DFG-VK zum Rat der WRI gewählt. Auch wenn das Amt und diese Rubrik nicht zwingend miteinander verknüpft sind, so führe ich diese Rubrik nur noch bis zum Jahresende fort, dann übernimmt Keno Goertz. <<

# Wo bleibt die Wertschätzung für Junge?

Anstöße für eine notwendige und überfällige Diskussion in der DFG-VK

Von Katja Görgen

**Den nachfolgenden Text verschickte Katja Görgen am 27. Mai, also wenige Tage nach dem DFG-VK-Bundeskongress in Duisburg; bei dem hatte sie nach nur einer Amtszeit nicht erneut für den BundessprecherInnenkreis (BSK) kandidiert. Adressiert war das Schreiben an die Mitglieder des Bundesausschusses sowie die des BSK. Mit der Veröffentlichung in der *ZivilCourage* ist Katja Görgen ausdrücklich einverstanden.**

**H**allo zusammen, nun geht es in die zweite Runde auf den Weg dahin, die DFG-VK jünger zu machen – wieder wurden großartige junge Leute mit viel Expertise in den BSK gewählt.

Das möchte ich zum Anlass nehmen, meine Beweggründe dafür zu nennen, dass ich meinen BSK-Posten nach der Hälfte der Zeit nicht mehr wahrgenommen und auch mein Engagement in der DFG-VK eingestellt habe, in der Hoffnung, damit ein bisschen Sensibilität für die Perspektive junger (insbesondere weiblicher) Engagierter zu schaffen.

Ich bin damals in die DFG-VK eingetreten, nachdem ich als UN-Jugenddelegierte mit nach New York fahren durfte. Im gleichen Jahr habe ich mich zur Bundessprecherin aufstellen lassen.

Die Erfahrungen, die ich in New York sammeln durfte, haben mich extrem motiviert, meinem Aktivismus einen Rahmen zu geben in einer Organisation, die mich durch die Jugenddelegation nochmal stark politisiert hat. Dafür war ich dankbar, davon wollte ich mehr.

**Ich habe meinen Posten** mit sehr viel Tatendrang, Energie und vor allem Lust angetreten. Lust darauf,

meine Perspektive einzubringen und einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, die deutsche Friedensbewegung wieder zu beleben. Dennoch war mir klar, dass Engagement in einer sehr männlich dominierten, damals von der 68er-Bewegung politisierten Generation von Herausforderungen geprägt sein würde, die ich in einer jüngeren, gendersensiblen und interdisziplinären Organisation nicht haben würde. Ich habe mich dafür entschieden, weil ich davon überzeugt war und bin, dass alle mitgenommen werden müssen und dass die Themen, mit denen ich mich identifiziere, intergenerational diskutiert und verhandelt werden müssen.

Mut gemacht hat mir außerdem, dass ich das Gefühl hatte, dass zunächst eine Offenheit für neue Initiativen besteht. Der Wille, junge Menschen einzubinden, ist da. Aber damit alleine ist es leider nicht getan.

**In die BSK-Sitzungen** konnte ich mich nie richtig einfinden. Ich fand die Sitzungen, in denen bis spät in den Abend hinein stundenlang über den aktuellen Stand von Kampagnen, Vorhaben und Ähnliches gesprochen wurde, sehr ermüdend, ausbremsend und aus meiner Sicht auch wenig gewinnbringend. Es wurde von mir und/oder anderen jungen BSKler\*innen auch eingebracht, dass eine Umstrukturierung der Sitzungen eine Möglichkeit ist, inhaltlich und strukturell etwas zu verändern.

Die Kampagnen der DFG-VK decken viele Themenbereiche ab, von vielen der Mitglieder\*innen steckt sehr viel Herzblut darin, und viele der Kampagnen haben wichtige Beiträge geleistet. Dennoch konnte ich mich mit keiner Kampagne identifizieren, weil aus meiner Sicht wichtige Perspektiven darin fehlen. Postkoloniale, femi-

nistische, rassismuskritische und interdisziplinäre Perspektiven sind für Themen wie Waffenhandel, Abrüstung und mehr unabdingbar. Einerseits, weil sie die Themen inhaltlich anreichern, und zweitens, weil diese Themen Teil eines gesellschaftspolitischen Diskurses sind, der junge Menschen beschäftigt und in denen viele dieser Menschen Expertise haben, in der sie auch ernst genommen werden wollen.

Die Ideen zu einer interdisziplinären Weiterentwicklung der Kampagnen haben leider innerhalb des BSK nie Gehör gefunden, sodass ich nicht richtig wusste, wo oder wie ich sie hätte sonst einbringen sollen. Die Bereitschaft, sich mit neuen Perspektiven auf unsere Friedenthemen zu befassen, fand meinem Empfinden nach sowohl im BSK als auch innerhalb des Verbandes keine Berücksichtigung.

Also wollte ich mich anderen Möglichkeiten widmen. Nachdem ich in Zusammenarbeit mit Kathi Müller meine erste Pressemitteilung zur paritätischen Besetzung von Parlamenten verfasst habe, war ich geschockt davon, wie darauf reagiert wurde. Die Art und Weise, wie der Dissens darüber kommuniziert wurde, war gelinde gesagt unmöglich. Ich hatte auch nicht das Gefühl, in dem Kontext im BSK unterstützt zu werden. Auch aus dem Verband gab es nur ein oder zwei unterstützende Rückmeldungen dazu. Damit meine ich nicht inhaltliche Unterstützung, sondern eine klare Haltung dazu zu zeigen, welche Grenzen bei der Kommunikation von Meinungsverschiedenheiten gewahrt werden müssen. Im Gegenteil wurde gesagt, so was müsse ausgehalten werden. Dazu kann ich nur sagen: nein, muss es nicht.

Warum war die Pressemitteilung in unseren Augen notwendig? Wenn

die DFG-VK es ernst und aufrichtig meint mit dem Wunsch, die Organisation jünger und gendersensibler werden zu lassen, ist es eine Chance, sich zu solchen Themen zu positionieren. Ob in Parlamenten, in Verwaltungen, in Institutionen oder in Organisationen: Die Strukturen und Mechanismen, die Frauen\* den Zugang dort hinein erschweren – insbesondere in Führungspositionen – sind überall die gleichen. Der erste Schritt muss es daher sein, diese Strukturen zu erkennen und zu reflektieren, wie sie sich in den eigenen Reihen niederschlagen.

**Auch unsere Reihe zu Rassismus in der Friedensarbeit** wurde in meinen Augen nicht wertgeschätzt, sondern eher als überflüssig abgetan, weil die Relevanz davon nicht erkannt wurde und auch hier unsere Perspektive meinem subjektivem Empfinden nach nicht ernst genommen wurde. Denn sonst hätten wir in unserem Vorhaben Unterstützung erfahren, man hätte ermutigend an den Webinaren teilgenommen und nicht in der Erwartung, dass das alles sowieso nichts bringt und auch nicht gut wird.

**Ich möchte an der Stelle** auch anmerken, dass all die Zeit, die wir für unser Engagement aufbringen, ehrenamtlich ist, wie bei allen anderen auch. Aber wenn es der Anspruch der DFG-VK ist, junge Menschen einzubinden, dann darf es gerade in einer Zeit, in der es so viele Möglichkeiten des Engagierens gibt, so viele Angebote, Initiativen und Ideen, in entscheidenden Momenten nicht an Wertschätzung, Wohlwollen und Solidarität fehlen. All das habe ich zu oft außerhalb des Kreises meiner jungen Kolleg\*innen vermisst. Auch das Gefühl der Selbstwirksamkeit ist daher nie oder nur sehr selten aufgetreten.

Aus meiner Perspektive als junge Frau ist es mir auch wichtig zu sagen, dass es nur aufgrund meines Frauenseins\* nicht allein meine Aufgabe ist, mich für feministische Themen einzusetzen.

Von einer Organisation, die sich auf die Fahnen schreibt, junge Menschen adressieren zu wollen, erwarte ich, dass in dem Bereich Eigeninitiative gezeigt wird. Damit meine ich nicht, ein Buch zum Thema zu lesen und sich damit als Experte zu begrei-

fen, sondern im Gegenteil die Expertise anderer und jüngerer Kolleg\*innen als solche anzuerkennen, sich auf langfristige Veränderungsvorschläge einzulassen und sich dafür einzusetzen. Ich erwarte Entgegenkommen und möchte, dass meine Impulse Anklang finden und respektvoll aufgefangen werden.

Die Verantwortung bei dem Vorhaben, die DFG jünger zu machen, liegt nicht alleine bei den jungen Leuten. Sie liegt auch und vielleicht sogar vor allem bei denjenigen, die seit langem Teil der Organisation sind. Alle müssen gleichsam Energie dafür aufbringen, und es muss einen Austausch auf Augenhöhe darüber geben, für welche Dinge Ressourcen gebündelt werden und welche Prioritäten gesetzt werden.

Diese Mail ist jetzt schon viel zu lang geworden und das ist nur ein Teil dessen, was ich eigentlich zu sagen habe.

Ich wünsche der DFG-VK auf ihrem Weg alles Gute und vor allem meinen jungen Kolleg\*innen Freude und Ausdauer bei ihren Vorhaben.

Viele Grüße – Katja



## „Zu viele Leute mit zu vielen langen, weißen Bärten“

„Nix Neues“: Generationenkonflikt in der DFG-VK – gleichzeitig Chance für gemeinsame Weiterentwicklung

Der oben veröffentlichte Text von Katja Görge zeigt, dass es in der DFG-VK neben unterschiedlichen politischen Einschätzungen auch einen Generationenkonflikt gibt. Solche gab und gibt es in den meisten Gruppen, auch in der DFG-VK und ihren Vorläuferorganisationen. Beispielhaft beschrieben hat das Werner Böwing (1928-2016), 1958 Mitbegründer des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) und von Beginn bis 1968 Mitglied im VK-Bundesausschuss, zeitweise stellvertretender Bundesvorsitzender. Er formulierte 1997:

„In der DFG gab es nach unserer Auffassung zu viele Leute mit zu vielen langen, weißen Bärten. Idealisten, fundamentalistische Pazifis-

ten, Ideologen, sehr ehrwürdige Damen und Herren, aber irgendwie nicht nach unserem Geschmack. Die DFG hatte in ihren Reihen fast keine jungen Leute. In der Öffentlichkeitsarbeit beider Organisationen [Anm. d. Red.: Mit der anderen Organisation ist vermutlich die Internationale der Kriegsdienstgegner gemeint.] stand der Hinweis auf die Schrecken des Krieges im Vordergrund. Je düsterer und grauer, desto wirkungsvoller, so dachte man. Bekanntestes Plakat war das Bild des Malers Otto Pankok, auf dem Jesus dargestellt ist, der ein Gewehr über das Knie zerbricht. Als Gegenstück dazu entwickelte der spätere Verband der Kriegsdienstverweigerer den nach oben offenen Stahlhelm, aus dem eine

Blume wächst. Wir wollten eine Werbung für Lebensbejahung, für Freude und Lust. So sollte auch unsere antimilitaristische Arbeit sein.“ (Werner Böwing: *Erinnerungen an den Versuch, mit einer Luftpumpe die Windrichtung zu ändern*. Solingen 1997, Seite 173; <https://bit.ly/3d8TINN>)

Wünschenswert wäre, wir könnten in der DFG-VK ein gemeinsames Verständnis des aktuellen Generationenkonflikts entwickeln, alle Seiten ernst nehmen, voneinander lernen, miteinander streiten; dabei Gegensätze nicht zudecken, aber auch die Gemeinsamkeiten erkennen und benennen und solidarisch nach Lösungen suchen.

Stefan Philipp

# Diversität oder „alte weiße Männer“

Was in der DFG-VK gegen gewachsene patriarchale Strukturen getan werden kann

Von Katja Görgen, Kathi Müller und Marius Pletsch

„Was mich mit am meisten stört, ist das oftmals unreflektierte Redeverhalten der zu meist älteren männlichen Mitstreiter, das ich als sehr dominant und raum einnehmend empfinde, sowie starke informelle Hierarchien.“ Diesen Satz schrieb Lena Sachs, Mitglied der DFG-VK, im Jahr 2017 in einem Artikel in der *ZivilCourage*. Seitdem sind fünf Jahre vergangen. Doch hat sich seitdem etwas verändert?

Wenn hier im weiteren Verlauf wie im Text von Lena von älteren männli-

chen Mitstreitern oder oft einfach älteren weißen Männern die Rede ist, dann geht es uns nicht darum, einzelne Menschen anzugreifen. Benannt wird damit eine gesellschaftliche Position, mit der sozialgesellschaftliche Privilegien einhergehen, die Menschen mit anderen Positionen nicht oder nur teilweise haben. Unser Ziel ist es, einen Blick auf diese strukturellen Probleme innerhalb der DFG-VK zu werfen und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen. Wir können Probleme nur bearbeiten, wenn wir sie benennen.

Ein Weck- und Warnruf sollte uns

müssen uns deshalb um externe Ansprechpartner\*innen kümmern, die in solchen Fällen eine kompetente und niedrigschwellige Anlaufstelle für Betroffene sein können. Die Konfliktbearbeitungskommission, die auf dem Bundeskongress 2022 eingesetzt wurde, kommt unserer Meinung nach hierfür nicht in Frage.

Mögliche Partner\*innen sind in der Friedensbewegung zu finden, z.B. das Frauennetzwerk für Frieden. Um eine solche externe Anlaufstelle schaffen zu können, sollte der Bundesausschuss Mittel im Haushalt bereitstellen, um die beratende(n) Person(en) im Falle der Inanspruchnahme auch für ihre Leistung bezahlen zu können.

Wenn wir uns zudem als Mitglieder für das Thema sensibilisieren und sexistisches Verhalten erkennen und benennen, wird dies hoffentlich dazu beitragen, dass wir über derartige Vorfälle in fünf Jahren seltener sprechen müssen.

**Zurück zur Ausgangsfrage:** Hat sich seit Lenas Artikel etwas hinsichtlich sexistischer Strukturen in der DFG-VK verändert?

Der Appell der Amab hat gezeigt, dass sexistische Vorfälle durchaus in der DFG-VK vorkommen. Um dem zu begegnen, lassen sich Strukturen schaffen, die helfen, mit den Vorfällen umzugehen, wenn sie passieren.

Doch was können wir tun, um solchen Vorfällen vorzubeugen? Wir müssen uns mit patriarchalen und informellen Strukturen beschäftigen. Informelle Hierarchien prägen die Arbeit unserer Organisation immer noch stark.

Ein großer Teil der Führungsämter in den Ortsgruppen, den Landesverbänden und im Bundesverband in der DFG-VK werden von älteren weißen Männern besetzt. Und das oft über

der Appell der Antimilitaristischen Aktion Berlin (Amab) sein, der klar aufgezeigt hat, dass sexistische Vorfälle in der DFG-VK kein Einzelfall und ein Problem hier und heute sind (Anm. der Red.: Der Amab-Text ist auf der folgenden Doppelseite veröffentlicht.). Wir sehen die DFG-VK für den Umgang mit solchen Vorfällen und Fällen, wie sie derzeit auch andere Verbände und Parteien, aktuell z.B. Die Linke, beschäftigt nicht adäquat aufgestellt. Wir

Pazifismus

## Die DFG-VK aus Frauensicht

Kritische Bemerkungen einer jungen Frau in einer von älteren Männern dominierten Organisation  
Von Lena Sachs

**S**o wie es viel über die lange Tradition der Frauenfriedensbewegung zu erzählen gäbe, habe ich, bis auf die Biografien und das Engagement von einzelnen herausragenden Pazifistinnen, kaum Literatur darüber gefunden, welchen Stellenwert Frauen in der Geschichte der Deutschen Friedensgesellschaft einnehmen oder eingenommen haben bzw. welchen Stellenwert die Thematik in der Organisation insgesamt hat. Anhand unterschiedlicher Quellen, in der das Thema meist nur in Nebenrollen auftaucht, habe ich versucht, mir ein Bild der Situation zu machen, und möchte gerne stellvertretend für all die toten Frauen zunächst beispielhaft das Engagement von Frida Perlen innerhalb der DFG aufgreifen.

Die Gründung der DGF im Jahre 1892 die, wie wir wissen, auf die Initiative der Pazifistin und Frauenrechtlerin Bertha von Suttner zurückgeht, fand in einer Zeit statt, in der die erste bürgerliche Frauenbewegung für Gleichberechtigung und Stimmrecht auftrat. In einer Zeit, in der führende Pazifistinnen großen Wert auf organisatorische Selbstständigkeit legten und eigene auch pazifistische Frauenverbände gründeten.

**Frida Perlen, die Gründerin des Frauenbundes der DFG**

Zu dieser Zeit, im Jahr 1913, trat mit Frida Perlen eine radikale Frauenrechtlerin und Pazifistin in die DFG ein. Bereits ein Jahr später gründete sie mit weiteren Mitstreiterinnen den Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft, der auch von Bertha von Suttner unterstützt wurde. Auch von der DFG-Hauptversammlung wurde die Gründung des Frauenbundes begrüßt. Ziel des Frauenbundes der DFG war es zum Beginn und während des Ersten Weltkrieges insbesondere, die fortschrittlichen Frauen davon zu überzeugen, sich für eine Beendigung des Krieges sowie auch für das Frauenstimmrecht einzusetzen. Eine breite Mobilisierung blieb jedoch aus, da viele Frauenvereine der bürgerlichen Frauenbewegung sich vom Vaterlandsranch mitreißen ließen und es als ihre Aufgabe sahen, ihre Männer im Krieg zu unterstützen. So blieben Pazifistinnen im Kontext der bürgerlichen Frauenbewegung isoliert.

Als Vorsitzende des Frauenbundes der DFG arbeitete Frida Perlen eng mit dem DFG-Vorstand zusammen, in dem auch sie einen Sitz hatte. Kurz darauf kam es zu unterschiedlichen Konflikten und Meinungsverschiedenheiten: Nachdem Perlen im Namen von Millionen deutscher Mütter bereits den Kaiser um die Erhöhung des Friedens gebeten hatte, richtete sie zu Beginn des Ersten Weltkrieges eine Petition an den Reichskanzler, sich weiterhin für Verständigung einzusetzen. Dies wurde vom Vorstand der DFG nicht unterstützt. Der Frauenbund kritisierte zudem die DFG in ihrer Bereitschaft, im sogenannten „Verdickungsriegel“ humanitäre Hilfe zu leisten. Darüber hinaus wurde dem Frauenbund keine finanzielle Eigenständigkeit gewährt.

Ein Jahr später fand 1915 in Den Haag der erste Frauenfriedenskongress statt, der maßgeblich von Anita Augspurg und

Lida Gustava initiiert wurde (beides sehr wichtige Frauen der Friedensbewegung, allerdings keine Mitglieder der DFG). Dem Frauenbund der DFG, der an dieser Konferenz teilnehmen wollte, wurde dann seitens des (bis auf Perlen) männlichen Vorstandes eine Teilnahme bzw. offizielle Vertretung untersagt. Frida Perlen ließ sich davon nicht beirren und half weiterhin bei den Vorbereitungen des Kongresses mit. Eine Anrede nach Den Haag wurde ihr dann jedoch seitens der deutschen Behörden verweigert.

Die benannten Aspekte haben dann zu einem Bruch mit der DFG geführt, und der Frauenbund ging in der Arbeit des auf dem Frauenfriedenskongress gegründeten „Internationalen Frauenkomitees für den Frieden“ auf, in dem auch Frida Perlen mitarbeitete, die eine Initiative in Stuttgart gründete und 1933, als das Komitee verboten wurde, ins Exil ging.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die DFG, die zunächst als unpolitischer Verein gegründet wurde, 1917 von der traditionellen Tabuisierung innerpolitischer Fragen abwich und erst in diesem Zuge auch die politische Gleichberechtigung und das Frauenstimmrecht einforderte.

In diesem kleinen Einblick in die Anfangsjahre der DFG wird deutlich, dass das Engagement für Frauen innerhalb der DFG recht unattraktiv gewesen sein muss, da einerseits deren eigenständige Arbeit nicht wirklich unterstützt wurde und dem damals primären Interesse der Frauen, für Gleichberechtigung und Stimmrecht einzutreten, innerhalb der Organisation zunächst kein politisches Forum geboten wurde.



Anteil von Frauen und Männern in der Mitgliedschaft der DFG-VK im Jahr 2016



Die Erziehungswissenschaftlerin Lena Sachs ist DFG-VK-Mitglied und lebt in Freiburg im Breisgau. Unter dem Titel „DFG aus Frauensicht - gestern, heute und morgen“ referierte sie auf dem Neujahrstreffen des DFG-VK Landesverbandes Baden-Württemberg am 14. Januar im Theaterhaus Stuttgart.

No. 1 - Februar/März 2017 ZivilCourage 15

viele Jahr(zehnt)e. Eine Möglichkeit wäre hier die Amtszeitbegrenzung auf wenige Amtszeiten in Folge. Doch das höchste beschlussfassende Gremium der DFG-VK, der Bundeskongress, sah 2022 erneut keine Veranlassung, eine Amtszeitbegrenzung einzuführen. Nicht nur wäre das eine Möglichkeit, den hier angesprochenen informellen Hierarchien und einer Verfestigung derselben entgegenzuwirken, sondern dadurch könnten sich auch öfters Möglichkeiten ergeben, wichtige neue Perspektiven und Impulse zu setzen.

Teile des neuen Bundessprecher\*innenkreises und Arbeitsgruppen wie *bertha – Werkstatt für intersektionale Friedensarbeit* (Hinweis d. Red.: <https://friedensbertha.de>) wollen sich der Problematik annehmen. Damit die DFG-VK sexistische und patriarchale Strukturen aufbrechen kann, müssen wir auch über diese Gruppen hinaus gemeinsam daran arbeiten und uns mit dem Thema befassen. Die Aufforderung der Amab „Hört mit der sexistischen Scheiße auf!“, ist ein schönes Beispiel dafür, dass feministische Themen alle Geschlechter, wenn auch auf unterschiedliche Art, betreffen und betreffen müssen.

Dazu kann zum Beispiel gehören, bei Sitzungen des Bundessprecher\*innenkreises oder des Bundesausschusses eine Person damit zu beauftragen, auf ausgewogene Redeanteile zu achten. Denn genau das sind die von Lena Sachs benannten informellen Hierarchien: Wenn ein Gremium seit Jahrzehnten aus denselben Personen besteht, die alle immer ganz selbstverständlich einen großen Redeanteil einnehmen, dann sind das unausgesprochene Absprachen, die nicht mehr hinterfragt werden, weil sie selbstverständlich wirken und eine Sitzung auch strukturieren. Um informelle Strukturen zu identifizieren und zu verändern, muss ein Raum dafür geschaffen werden, der im besten Fall von einer neutralen Person moderiert wird.

Neben dem Redeanteil geht es aber natürlich auch um den Umgangs-

ton innerhalb der Mitgliedschaft. Auch hierzu gibt Lena in ihrem Text wichtige Impulse:

„In eher informellen antimilitaristischen Zusammenschlüssen, die insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen werden, erlebe ich Frauen als in gleichem Maße engagiert und das Miteinander viel mehr auf einer Augenhöhe als in den großen verstaubten Friedensorganisationen – was deutlich macht, dass der geringe Frauenanteil nicht daran liegt, dass Frauen weniger Interesse für die Thematik mit sich bringen, sondern dass die Barrieren in der Organisation selbst zu suchen sind.“

Interne Kritik wie diese ist hilfreich wie notwendig: Sie zeigt, dass das Interesse für unsere Themen durchaus vorhanden ist und sich viel in dem Kontext engagiert wird. Damit es aber attraktiver wird, mit uns für diese Ziele zu streiten, dafür müssen wir uns mit diesen Hürden, die Menschen davon abhalten, bei uns im Verband aktiv zu sein, befassen und diese schließlich absenken. Der auf dem Bundeskongress beschlossene Antrag für ein respektvolles und wertschätzendes Miteinander in der DFG-VK ist ein erster Schritt dorthin. Er darf aber nicht Initiative einer kleinen Gruppe bleiben, die vom Rest des Verbandes ignoriert wird.

## Frauen\* dienen in der DFG-VK

(wahrscheinlich oft unbewusst) als sogenannte Tokens, das heißt als „Aushängeschilder“ oder moralische Feigenblätter. So passiert es nicht selten, dass man als Frau für einen Redebeitrag auf einer Kundgebung angefragt wird, weil sonst nur Männer sprechen würden.

Impulse und Themen, die man als junge Frau\* in den Verband einbringen möchte, werden jedoch selten ernst genommen. Ein Problem, dem nicht nur weiblich gelesene, sondern jüngere Mitglieder generell in der DFG-VK ausgesetzt sind.

Zwar wird diesen Gruppen oft Raum gegeben, ihre Themen zu bearbeiten, Unterstützung z.B. bei der

konkreten Umsetzung bleibt jedoch oft aus. Die Themen Sexismus und Rassismus sind nur zwei Beispiele von vielen.

Die Frage „Wie können wir die DFG-VK jünger machen?“ ist schon länger eine prominente Frage, die innerhalb der Organisation immer öfter gestellt wird und die sehr leicht über die Lippen geht.

Eine der möglichen Anschlussfragen daran lautet: Geht es euch bei der Frage um neue Träger\*innen für die schon weit getragene Fackel, also letztlich um den Erhalt der DFG-VK, wie ihr sie in Erinnerung habt, oder geht es euch um uns, unsere Ideen, Fragen, Probleme, Ärgernisse und Lebensrealitäten?

Das -VK steht für Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen – ein wichtiger, historischer Teil unserer Namensgebung, der aber gleichzeitig bezeichnend für den Konflikt ist, den wir haben. Denn für junge Mitglieder bleibt er ein abstrakter Begriff, der wenig mit den Problemen zu tun hat, die uns umtreiben und die für uns Frieden bedeuten.

Wenn wir uns also fragen, was sich hinsichtlich sexistischer Strukturen in der DFG-VK seit Lenas Artikel verändert hat, lässt uns unsere Antwort nicht zufrieden zurück. Wenn wir zu den großen weltpolitischen Themen einen Beitrag leisten wollen, dann müssen wir bei uns anfangen. Alles andere ist scheinheilig.

Wir, damit meinen wir alle, auf deren Erfahrungen und Gedanken dieser Artikel aufbaut, haben nicht zum ersten Mal unsere Perspektive darauf geteilt und auch konkrete Vorschläge gemacht. Wir alle müssen selbstkritisch auf uns, unsere Arbeit und unsere Strukturen schauen, damit wir weiter für eine Welt ohne Krieg und Militär streiten können.

*Katja Görgen und Kathi Müller waren bis Mai Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis (BSK); Marius Pletsch ist seit 2019 und auch weiterhin Mitglied im BSK.* <<

# „Hört mit der sexistischen Scheiße auf!“

## Ein Nachdenk- und Handlungsauftrag an alle DFG-VK-Mitglieder

Von der Antimilitarischen Aktion Berlin in der DFG-VK

**A**m 15. März waren wir mit der DFG-VK „Geld werfen“ auf Bundis am Bundeswehrladen (siehe den Artikel „Abrüsten statt Aufrüsten! – Aktion gegen das 100-Milliarden-Euro-, Sondervermögen“ für die Bundeswehr“ in *ZivilCourage* 1/2022, Seite 11). Nach der Aktion am Bundeswehrladen waren wir Frühstücken. Dabei kam raus, dass aus der *Amab* alle teilnehmenden Personen, die von einem älteren Herren als junge Frauen gelesen wurden, dumme sexistische Sprüche abbekommen hatten.

Deshalb haben wir von der *Amab* beschlossen, dass wir das Problem mit Sexismus ansprechen wollen. Da wir denken, dass Sexismus kein Problem von Einzelpersonen ist, die sich irgendwie daneben benehmen, sondern Teil der Verbandskultur ist, richten wir uns mit dem Text an euch alle. Wir fordern euch auf, in euch zu gehen, und euch zu fragen, ob ihr alle Mitglieder gleichermaßen als politische Akteur\*innen seht und adressiert.

**Was ist passiert?** Während der Geldwurf-Aktion wurde von einem älteren Herrn mehrere von ihm als junge Frauen gelesene Personen damit begrüßt, wie „hübsch“ die betroffenen Personen seien.

Wir wissen, ihr meint das nett und ihr freut euch, dass nicht nur alte weiße Männer bei euren Aktionen mitmachen. Aber fragt euch mal ehrlich selbstkritisch, ob ihr bei den jungen Dudes (Anm. d. Red.: „Dude“ ist ein aus dem [amerikanischen] Englisch stammender Slang-Ausdruck mit der Bedeutung „Typ“, „Alter“, „Macker“, „Kumpel“) von der *Amab* auch sofort an deren Aussehen denkt und ob ihr die entsprechend begrüßt. Aus unserer empirischen Erfahrung mit euch können wir das verneinen.

Warum ist Aussehen in eurem Denken dann bei jungen FLINTA-Personen (Häh? Was heißt Flinta? <https://missy-magazine.de/blog/2020/12/07/hae-was-heisst-denn-flint/>) eine derart relevante Kategorie, dass das gleich aus euch rausblubbert? Genau: Das ist Sexismus.

### Leider nichts Ungewöhnliches.

Der Vorfall bei der Geldschmeiß-Aktion ist in der DFG-VK leider nichts Außergewöhnliches, und Urteile über das Aussehen von FLINTA-Personen sind nicht das Einzige, wodurch FLINTA-Personen als politische Akteur\*innen diskreditiert werden.

Bereits bei einer anderen Aktion gab es schon ganz ähnliche Kommentare. Bei der Aktion für den Stopp der sich mittlerweile als Invasionsvorbereitung entpuppten russischen Manöver wurde eine FLINTA-Person als „Kleene“ (Slang für „Kleine“) bezeichnet.

Beim Bundesausschuss-Treffen am 20. März wurde ein politischer Konflikt zwischen zwei FLINTA-Personen von einem älteren Cis-Dude als „Zickenkrieg“ diffamiert (als ob nicht Dudes im Verband sich ständig Ego-Fights um Macht, Einfluss und Prestige im Verband liefern würden...). Die Liste ließe sich fortsetzen.

**Objektivierung.** Ihr reduziert mit eurem Verhalten eure FLINTA-Verbündeten auf ihr Aussehen und objektiviert die Personen damit krass.

Auch wenn ihr die ekligen Sprüche eigentlich gut meint: Benevolenter Sexismus ist krass uncool. (Hä? Was ist benevolenter Sexismus? <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/178674/subtile-erscheinungsformen-von-sexismus/>).

Alle, die bei so einer Aktion mitmachen, machen das aus politischer

Motivation. Zwischen Cis-Männern scheint in der DFG-VK im Verhalten zueinander darüber auch Einigkeit zu herrschen.

Oder ist da das Aussehen wichtig? FLINTA-Personen werden hingegen regelmäßig so behandelt, als seien sie da, um hübsch auszusehen. Und das ist krass daneben.

**Nicht das erste Mal.** Und tut bitte nicht so, als ob ihr das alles zum ersten Mal hört.

Lena Sachs hat euch dasselbe schon 2017 in Berlin beim Geburtstags-Buko viel zu nett ins Gesicht gesagt. Damals in ihrer Festrede hat sie gesagt, dass ihr „sehr negativ“ aufgefallen ist, dass die DFG-VK sehr männerdominiert ist. Sie sagte, dass dies ein Grund dafür sei, warum sie trotz Mitgliedschaft Distanz zum Verband wahre und lieber anderweitig aktiv sei. Und sie hat eine „formelle oder informelle Machtübergabe“ und Rücktritte derjenigen Typen gefordert, die schon seit Ewigkeiten Posten innehaben.

In ihrem anschließenden Text „Kritische Bemerkungen einer jungen Frau in einer von alten Männern dominierten Organisation“ in der *ZivilCourage* (1/2017) konnten sogar alle von euch, die den Schuss nicht gehört hatten, das schwarz auf weiß nachlesen.

Der Großteil der Typen, die damals in den wichtigen Ämtern saßen, sitzt da heute noch. Die Rücktritte sind nicht passiert. Kein Wunder, dass Lena nicht mehr aktiv mitmacht: Denkt mal drüber nach, ob ihr sie nicht vergrault habt.

Das wäre kein Einzelfall: Zwei Personen, die bei der Geldwurf-Aktion einen benevolent-sexistischen Spruch abbekommen haben, haben uns ziemlich klar signalisiert, dass sie auf DFG-VK-Aktionen für's Erste keinen Bock mehr haben.

**Sexismus gibts in allen Altersgruppen.** Uns ist dabei klar, dass sexistisches Verhalten von Typen quer durch alle Altersgruppen praktiziert wird, also nicht nur von älteren Verbandsmitgliedern. Die Häufung von solchen Vorfällen bei Verbandsaktionen in letzter Zeit war aber deutlich bei älterem Personal zu beobachten. Das soll keinen Generalverdacht gegenüber den Alten begründen, noch ist es ein Persilschein für die jüngeren Typen.

**Und wir?** An dieser Stelle müssen wir deshalb auch eine Selbstkritik äußern. Denn wie die Beispiele und auch Lenas Text zeigen, ist das Problem nicht neu. Aber es fällt uns nicht so auf, weil wir meistens für die Aktionen der DFG-VK lediglich Typen mobilisiert bekommen. Typischer Mechanismus also: Wenn man nicht betroffen ist, vergisst man Sexismus ständig... Deswegen haben wir leider in der Vergangenheit das Thema Sexismus bei Aktionsvorbereitungen und Verbandsaktivitäten häufig vernachlässigt. Das wollen wir jetzt versuchen zu ändern:

- Wir weisen in allen Aktionsankündigungen in Zukunft darauf hin, dass die Leute, die mitmachen, sich in einem von Cis-Dudes dominierten Raum bewegen.
- Wir haben beschlossen, jetzt bei sexistischen Sprüchen etc. zu versuchen, konsequent die Klappe aufzumachen. Wir wollen jegliche Skandalisierung und Eskalation bei sexistischem Verhalten unterstützen und vorantreiben.
- Wir Cis-Dudes versichern FLINTAs unsere Solidarität. Wir unterstützen das Aufdecken und Thematisieren sexistischer Verhaltensweisen. Es soll gerne Streit und Ärger um das Thema Sexismus geben, und Betroffene dürfen gerne einen Aufstand machen. Wir werden versuchen, dabei hilfreich zu sein.
- Wir sprechen vor den Aktionen gemeinsam mögliche Szenarien und Handlungsmöglichkeiten durch. Das mit Kurz-vor-der-Aktion-auftauchen

gibts nicht mehr. Entweder man beteiligt sich an Absprachen oder man nimmt nicht mit uns teil. Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass wir für mehr Personal in Zukunft längere Vorlaufzeiten für angemessene Briefings, eben auch zum Thema männliche Dominanzkultur in der DFG-VK, brauchen. Mal eben bis übermorgen acht Leute ranschaffen wird es mit uns vermutlich nicht mehr geben.

- Wir setzen durch, dass es bei U35-Treffen Awareness-Arbeit gibt.

**Werbeagentur statt Selbstkritik, na toll.** Wir möchten auch eine Debatte vom letzten Bundesausschuss-Treffen aufgreifen: Wie kommen wir an neue junge Mitglieder? Es gab da neben allgemeiner Ratlosigkeit so kreative und phantasievolle Vorschläge wie eine Werbeagentur ranzuziehen, um die jungen Leute besser zu erreichen.

Unsere Erfahrung ist, dass es nicht besonders schwer ist, junge Leute für Aktionen gegen Krieg und Militär zu begeistern. Ganz anders sieht es dabei aus, die Leute zu einem Beitritt zur DFG-VK zu bewegen. Wenn das Image des sexistischen Altherrenverbands sich beim ersten Kontakt auf Aktionen direkt bestätigt, suchen sich Leute verständlicherweise halt lieber was anderes.

Wir würden uns freuen, wenn auch ihr euch als Verbündete von FLINTA-Personen begreift und alle dabei mitmachen würdet.

*Auf Krawall gebürstet, die Antimilitaristische Aktion Berlin (Amab)*

P.S.: Was kannst Du gegen Sexismus tun?

Falls ihr jetzt überfordert aus der Wäsche guckt, eigentlich findet, dass das Thema Sexismus wichtig ist, aber ihr leider nicht wisst, wo ihr anfangen könnt, haben wir ein paar Tipps zusammengetragen:

- Reflektiert euch. Geht mal bitte in euch und überlegt, was ihr so an sexistischen Denkmustern verinnerlicht habt. Und wo sich das äußert.

Und wenn das dann das nächste Mal aus euch rauszububbeln droht, haltet einfach die Klappe. Das wäre ein guter erster Schritt. Und redet hinterher mit euren Dude-Kumpels drüber. Macht bitte kein Fishing for Compliments bei FLINTAs. Die Chance, dass ihr von 10 dummen Sprüchen nur einen verkniffen habt und eure Inszenierung unfreiwillig peinlich ist, ist recht hoch.

- Besorgt euch Theorie-Updates zu Sexismus. Lest was in der Gruppe gemeinsam. Zum Beispieldashier: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/178674/subtile-erscheinungsformen-von-sexismus/>

- Macht mit euren Dude-Kumpels ne Veranstaltung zum Thema. Ruhig was Niedrigschwelliges à la „Was ist Sexismus?“ Denn das Theorie-Niveau dazu ist bei uns im Verband nicht besonders hoch... Falls ihr dazu keine Lust oder Kapazitäten habt, denkt mal über eure Prioritätensetzung nach. Und dann schaut mal bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Terminkalender: Dank der Seuche sind ja jetzt regelmäßig Online-Veranstaltungen...

- Wenn ihr euch sexistisch verhaltet: Entschuldigt euch. Auch hinterher. Auch noch später. Ist immer noch besser, als nichts zu tun. Und ihr signalisiert der betroffenen Person damit Problembewusstsein, und dass es zumindest eine Chance gibt, dass ihr die Person so schnell nicht wieder mit Sexismus behelligt.

- Wenn ihr sexistisches Verhalten mitbekommt: Interveniert, sprecht es an, fahrt sexistischen Sprüchen über den Mund!

- Wenn ihr das Intervenieren vermasselt: Sprecht es hinterher an.

- Wenn ihr unsicher seid, was ihr tun sollt: Sprecht die Betroffenen an und fragt sie einfach. Das muss euch nicht peinlich sein, niemand fällt als perfekter Antisexist vom Himmel. Und Emanzipation ist Work in Progress.

*Die Antimilitaristische Aktion Berlin (Amab) ist eine Gruppe innerhalb des DFG-VK-Landesverbands Berlin/Brandenburg. (<https://amab.blackblogs.org>)* <<

# Erinnerung an Helmut Michael Vogel

Der frühere (und erste) DFG-VK-Vorsitzende wäre am 6. Juni 100 Jahre alt geworden

Aus dem Nachruf des DFG-VK-Bundesvorstands in der *ZivilCourage* Nr. 10/11/12 1979

**E**rschüttert und mit schmerzlicher Betroffenheit haben wir erfahren, dass Helmut Michael Vogel, langjähriger Bundesvorsitzender der DFG-VK, am 17. Oktober 1979 in München im Alter von 57 Jahren seiner schweren Krankheit erlegen ist. Ein kämpferisches Leben für Frieden und Völkerverständigung ging zu Ende. Mit seinem Tod verliert die Friedensbewegung einen großen Pazifisten.

Man wird nicht als Soldat und nicht als Pazifist geboren. Helmut Michael Vogel wurde in seinem Leben zuerst Soldat, dann Pazifist. Mit 17 Jahren Kriegsfreiwilliger – so könnte man es sachlich nüchtern vermerken. Er selbst hat es später anders,

richtiger ausgedrückt: Mit 17 Jahren durch Verblendung in den Krieg getrieben! Er hat diesen Krieg als Soldat erlebt und – überlebt. Am 6. Juni 1922 geboren, gehörte er jenem „Stalingrad“-Jahrgang an, der wie kein anderer Jahrgang junger deutscher Männer in den Schlachten des Zweiten Weltkrieges dezimiert worden war. Er war noch einmal davongekommen – schwer verwundet, mit zerstörten Idealen. Was ihm, bei Kriegsende 22 Jahre alt, geblieben war, das war die Erinnerung an ein sinnloses Töten und Sterben, die ihn zeitlebens nicht mehr losließ. (...)

1955 erreichte der Kampf gegen die Remilitarisierung seinen Höhepunkt. Zugleich setzte aber Mitte der fünfziger Jahre eine Entwicklung ein, die Helmut Michael Vogel bewusst machte, dass im Kampf gegen die Aufrüstung, für die Sicherung des Friedens, die persönliche Verweigerung und Nichtbeteiligung allein nicht genügt, dass dieser Kampf organisiert und kompromisslos handeln erfordert. Denn 1955 erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur Nato, und 1956 die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht. Während eben noch führende Vertreter der SPD an der Spitze des Massenprotestes gegen den Nato-Beitritt und die Wiedereinführung der Wehrpflicht gestanden hatten, stimmte jetzt eine Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion im Parlament den erforderlichen Verfassungsänderungen zu. Die Folge war – angesichts vollendeter Tatsachen – Resignation in weiten Teilen dieser Bewegung.

In dieser Situation glaubte die Regierung unter Konrad Adenauer und mit dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß ein Projekt in Angriff nehmen zu können, das für Helmut Michael Vogel zum unmittelbar entscheidenden

und auslösenden Moment ganz außerordentlicher persönlicher Aktivität wurde. Waren mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht zunächst die Jahrgänge einberufen worden, die unter Hitler als Kinder dem Gestellungsbefehl noch entgangen waren, so sollten jetzt die kriegsgedienten Jahrgänge in den Wehrstammrollen [Anm. d. Red.: Gesamtverzeichnis der „wehrfähigen“ Männer] erfasst werden. Und ausgerechnet mit dem Jahrgang 1922, der die größten Kriegsverluste erlitten hatte, sollte dabei der Anfang gemacht werden.

Dieses Vorhaben löste unter den Betroffenen einen Sturm des Protestes aus. Helmut Michel Vogel gehörte von Anfang zu denen, die diesem Protest eine klare Aussage und Zielrichtung gaben. Zunächst an seinem Wohnort, in den folgenden Wochen und Monaten dann im ganzen Bundesgebiet ergriff er vor überfüllten Sälen in Großstädten und auf dem Lande das Wort, organisierte er den Zusammenschluss der Betroffenen in der „Kameradschaft 22“. Die Vehemenz dieser von ihm entscheidend mitgeprägten Protestbewegung ließ die Pläne der Regierung schließlich scheitern. Und an diesem großen Erfolg war Helmut Michael Vogel durch seinen Einsatz in hervorragendem Maße beteiligt.

Im Januar 1958 trat Helmut Michael Vogel in München in die IDK – die Internationale der Kriegsdeinstgegner – ein. Für ihn und eine Reihe seiner engeren Mitstreiter war die Erkenntnis, dass der Kampf für den Frieden über die unmittelbare Betroffenheit hinaus persönliches Engagement erfordert, zur konkreten Entscheidung geworden. (...)

Anfang der sechziger Jahre, als die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, die zuvor mit machtvollen Aktionen gegen



Helmut Michael Vogel war von 1974 bis zu seinem Tod 1979 Bundesvorsitzender der DFG-VK (gemeinsam mit Klaus Mannhardt [1946-2006]; zuvor 1973/74 VK-Vorsitzender). Vorher war Vogel 1963/64 stellvertretender IDK-Vorsitzender, ab 1964 Vorsitzender, seit der DFG-IDK-Fusion 1968 Vorsitzender (gemeinsam mit Hannelis Schulte [1920-2016] zuvor 1966-68 DFG-Vorsitzende).

die Pläne einer atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik Front gemacht hatte und in der auch die Vorsitzenden von SPD und DGB vertreten gewesen waren, ihre Aktionen einstellte, entwickelte sich mit dem Ostermarsch der Atomwaffengegner von der Basis her eine neue Form der außerparlamentarischen Massenaktion, die sich später zur Kampagne für Demokratie und Abrüstung ausweitete und mit der breiten Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze zusammenarbeitete. Auch für die IDK stand der Kampf um Abrüstung und gegen die Notstandsgesetze stets mit im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Das beweist die Vielzahl eigenständiger Aktionen, die sie in dieser Zeit durchführte, wie auch ihre Mitarbeit in der Ostermarschbewegung, zu deren Trägerorganisationen sie gehörte. (...)

In diesem Zusammenhang soll etwas gesagt werden, über das Helmut Michael Vogel selbst nie ein Wort verloren hat. Er war nie hauptamtlich tätig, weil es eine solche politisch leitende Tätigkeit in seinem Verband nicht gab. Er ließ sich bei seinen Vortragsreisen die Unkosten erstatten und erbat Beköstigung und Übernachtung. Dies soll erwähnt werden, weil es einen Teil jener Selbstlosigkeit ausmachte, die ihn in seiner Arbeit auszeichnete. Er hatte 1965 seine Stellung als Kameramann bei der Bavaria verloren. Unter den Bedingungen der hohen Anforderungen an ihn stellte er seine berufliche Existenz, sein berufliches Fortkommen zurück und arbeitete, auf einfachste materielle Bedürfnisse zurückgestuft, nur noch freischaffend. (...)

Man wird Helmut Michael Vogel nicht gerecht, bleiben seine großen Verdienste um den Zusammenschluss der Kriegsdienstverweigererverbände in der Bundesrepublik unerwähnt. Er gehörte allen Fusionskommissionen an und arbeitete intensiv an den politisch-programmatischen Grundlagen der Vereinigung mit. Er suchte das Gemeinsame, den guten, vernünftigen, tragfähigen Kompromiss, die Überwindung des Trennenden. Aber

auch das muss gesagt werden: Wo in früherer Zeit personelle Forderungen zur Bedingung gemacht werden sollten, da war für ihn die Grenze seiner Kompromissbereitschaft bereits weit überschritten. Er billigte jedem seinen Platz in der Friedensorganisation zu. Gerade dies hat ihm seine Integrationskraft verliehen, von der uns jetzt erst so richtig bewusst wird, wie unerlässlich sie ist.

Helmut Michael Vogel teilte sich den gleichberechtigten Bundesvorsitz bei der Fusion von DFG und IDK zur DFG-IDK im Jahre 1968 mit Dr. Hannelis Schulte. Und er blieb gemeinsam mit Klaus Mannhardt gleichberechtigter Bundesvorsitzender, als 1974 die Vereinigung der DFG-IDK mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer zur DFG-VK erreicht wurde. Der Name Helmut Michael Vogel wird für immer mit diesem schwierigen und schließlich doch erfolgreichen Prozess der Vereinigung dieser drei Verbände zur größten europäischen Kriegsdienstgegner-Organisation verbunden bleiben.

Nur wenige Tage vor seinem Tod, bei einem letzten Gespräch mit Freunden in München im Krankenhaus, hat er, aufs Schwerste gezeichnet von seiner grausamen Krankheit, wissend, was ihm bevorstand, einen kurzen Blick zurückgeworfen auf die Jahre gemeinsamer Arbeit. Und er brauchte nur vier Worte, um ein Resümee zu ziehen: „Es hat sich gelohnt!“

Dann aber galt sein immer noch waches, ungebrochenes Interesse der weiteren Arbeit, auch wenn er nur mit Mühe noch die Kraft fand, seine Fragen zu stellen.

Es ist in seinem Geist, in seinem Sinne gehandelt, wenn wir auch jetzt den Blick wieder nach vorn richten und die Arbeit, die uns mit ihm auf immer verbindet, fortsetzen. Es ist die beste Art, unseres Freundes Helmut Michael Vogel zu gedenken.

Wir haben Helmut Michael Vogel – mit Recht – einen großen Pazifisten genannt. Er selbst hat sich in aller Konsequenz zu diesem so oft missdeuteten Begriff bekannt, und zwar

in seinem eigentlichen Wortsinne des „Friedensmachers“. Der Anspruch, den er mit diesem Begriff verband, findet sich in seinen folgenden Worten:

„Ein Pazifist ist zu politischem gesellschaftsveränderndem Handeln verpflichtet mit dem Ziel, den Krieg in allen seinen Formen durch Beseitigung seiner konkreten Ursachen in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Technik, Forschung und Gesellschaft, aber ebenso im individuellen Bereich, aus der Welt zu schaffen.“

Er wird bei diesem Kampf konsequent in Übereinstimmung mit seinem moralischen Wollen, bewusst und freiwillig auf die Mittel und Methoden und Praktiken der tötenden und zerstörenden Gewalt verzichten, die den Krieg zum Verbrechen an der Menschheit machen.

Er wird sich allen Menschen verbunden fühlen, die den gleichen Kampf führen. Er wird ihnen über die Ländergrenzen hinweg solidarisch zur Seite stehen, ihnen helfen. Er wird ihre Zielsetzung unter gegebenen historischen Bedingungen als notwendig begreifen, auch wenn er sich außerstande sieht, die Mittel zu akzeptieren, die sie anwenden.

Er wird niemals jene Unglücklichen moralisch verurteilen, wenn sie infolge übergroßer persönlicher oder gesellschaftlicher Not, übermenschlichen Leidens, kollektiver Demütigung oder lebensbedrohenden Hungers, politischer Unfreiheit, Folter, Ausbeutung und Elend ihr Schicksal durch Gewalt zu bessern suchen, wenn alles andere vor der sie bedrohenden Gewalt im Dienste politischer Unterdrückung unwirksam blieb.

Konsequenter, radikaler Pazifismus war nie unpolitisch, selbstgerecht, pharisäerhaft und intolerant. Es kommt ihm niemals auf die Vernichtung, immer nur auf die Überwindung und Gewinnung des politischen Gegners an. Er kennt keine moralische Neutralität.“

Helmut Michael Vogel ist diesem hohen selbstgestellten Anspruch in seinem Leben gerecht geworden.

Der Bundesvorstand <<

## Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2022 im 49. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

**Redaktionsanschrift:** *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de), Internet [www.zivilcourage.dfg-vk.de](http://www.zivilcourage.dfg-vk.de)

**Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
**V.i.S.d.P.:** Stefan K. Philipp ([philipp@dfg-vk.de](mailto:philipp@dfg-vk.de))

**Druck:** Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail [info@stil-find.de](mailto:info@stil-find.de)

**Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34

**ISSN:** 1614-1954

**Anzeigenverwaltung:** Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail [bernhard.kusche@gmx.de](mailto:bernhard.kusche@gmx.de); zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

**Erscheinungsweise:** fünf Mal/Jahr

**Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

**Bezugsbedingungen:** Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniierung schriftlich bei der Herausgeberin.

**Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 4. August. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 12. September.



**Zuschriften bitte per E-Mail an:** [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)  
Briefe sollten maximal 1 800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

**Zum Beitrag „Chronik eines angekündigten Krieges“ von Werner Glenwinkel in *ZivilCourage* 1/2022, Seite 22 ff.**

Was bitte, soll das? Eine drastische Darstellung der Folgen, wenn man sein Weltbild ausschließlich aus der Süddeutschen Zeitung bezieht? „Aggressionen von Georgien bis zur Krim“ – Soll das eine Glosse sein? Dafür ist das Thema zu ernst. Oder hat die Nato sich eingekauft?

Man kann ja gerne naive Meinungsartikel bringen, aber bitte mit einer redaktionellen Klarstellung.

*Toralf Thiesen*

**Zu „Corona“-Zuschriften in *ZivilCourage* 1/2022**

Vielen Dank an beide Leserbriefschreiber zur Corona-Impfung, denen ich mich voll anschließen kann.

Da es im Ursprungsbeitrag, auf den sich die beiden Leserbriefe bezogen, nämlich das Editorial in der *ZivilCourage*-Ausgabe 4/2021 behauptet wurde, eine Impfpflicht sei kein originäres Thema der DFG-VK, möchte ich einen Aspekt ergänzen:

Vor einigen Jahren wollte die Bundesluftwaffe den Abschuss eines zivilen Passagierflugzeuges üben unter dem fiktiven Szenario, es sei von Terroristen gekapert worden und solle über dem vollbesetzten Fußballstadion des Pokalendspieles zum Absturz gebracht werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu entschieden, eine solche Übung sei verfassungswidrig; diese wurde daraufhin auch nicht durchgeführt. Denn die aktive Tötung von wenigen unbeteiligten Passagieren durch den Abschuss des Flugzeuges mit einem Bundeswehrjagdbomber widerspräche selbst dann der Würde des Menschen, wenn dadurch tausendmal mehr Menschen vor dem sonst sicheren Tod bewahrt würden.

Bei der Corona-Impfung geht es nicht um 40 Passagiere plus Besatzung gegenüber 40 000 Fußballfans, demgegenüber ist der Erfolg der mRNA-Impfstoffe eher bescheiden.

Aus der absoluten Risikoreduktion ließ sich errechnen: Um elf Leben zu retten, werden zwei durch die Impfung getötet. Das Zahlenverhältnis hängt auch von der Inzidenz ab, ist sie höher, kommt man auf etwa eins zu 15.

Trotz höherer Impfquote war „Biontechpfizerland“ im letzten Winter tiefdunkelrot auf der Inzidenzweltkarte. Länder, die mit Abdala, Covaxin oder Sinovac impften, standen deutlich besser da. Wenn eine Impfung überzeugt, dann braucht es keinen Zwang, dann kommen die Menschen freiwillig. Der Komplex aus Staat und westlicher Pharmaindustrie bietet uns nur die Impfstoffe aus deutscher und US-Produktion.

Die aus den Inzidenzzahlen auch für nicht biomathematisch Gebildete auf den ersten Blick erkennbar effektiveren Impfstoffe aus Kuba, Indien und China werden uns hier vorenthalten. So wird die Bevölkerung für den Profit der deutsch-amerikanischen Pharmaindustrie benutzt.

Befürworter der Impfung setzen sich dafür ein, wir müssen hier die besten Impfstoffe bekommen. Befürworter einer Impfpflicht schaden den Menschen.

*Ralf Cüppers*



Jakob Frühmann und Cristina Yurena Zerr (Hrsg.): Brot und Gesetze brechen. Christlicher Antimilitarismus auf der Anklagebank. Wien/Berlin 2021; 284 Seiten; 17 Euro

Es sind außergewöhnlich mutige Menschen, die mit ihren zivil ungehorsamen antimilitaristischen Aktionen aufrütteln wollen. Sie werden in den zugleich informativen und berührenden Texten dieses Bands der Reihe „kritik und utopie“ des Wiener Mandelbaum-Verlags mit ihren Motiven und den anarchistisch-gewaltfreien Hintergründen vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Plädoyers der meist christlichen US-amerikanischen, niederländischen und deutschen Aktivist\*innen in ihren Gerichtsprozessen wegen direkter Aktionen an den Atomwaffenstandorten Kingsbay in Georgia/USA und Büchel in der Eifel. Sie stehen in der Tradition u. a. des US-amerikanischen Jesuiten und „Pflugschar“-Aktivisten Daniel Berrigan, der erklärte: „Wir haben uns dafür entschieden, in einer Zeit krimineller Macht machtlose Kriminelle zu sein. Wir haben uns dafür entschieden, von

Kriegsverbrechern als Friedensverbrecher gebrandmarkt zu werden.“ Die derzeit aktiven „Pflugschar“-Aktivist\*innen „Kingsbay Plowshares 7“ drangen am 4. April 2018 in das Militärgelände ein, verklebten ein Verwaltungsgebäude, hämmerten auf eine Waffen-Skulptur ein und hängten Erklärungen für ihre Aktion dort auf. Darin heißt es unter anderem: „Wir widersetzen uns dem Militarismus, der tödliche Gewalt angewendet hat, um die Weltherrschaft durchzusetzen.“

Die in der Kingsbay auf Trident-U-Booten stationierten Atomraketen können innerhalb von 15 Minuten überall auf der Welt einen atomaren Erstschlag ausführen. Die im Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel gelagerten US-Atombomben können ebenfalls Erstschläge starten und sind dabei gleichzeitig potenzielle Angriffsziele möglicher Angreifer. Am 15. Juni 2018 drangen 18 Personen in das Militärgelände ein und hissten eine Peace-Fahne auf einem der Atombombenbunker. Eine von ihnen, Susan van der Hijden, erklärte dem Gericht jetzt am 11. Mai: „Ich habe getan, was mir vorgeworfen wurde, und bin stolz darauf“. Alle mit Kurzbiografien vorgestellten Aktivist\*innen wurden zu unterschiedlich langen Haftzeiten verurteilt.

Ariane Dettloff

# FELDPOST



## TAGESBEFEHL!

### Soldatinnen und Soldaten!

Auf die Grünen können wir uns schon lange verlassen, das wissen wir. Und wenn wir jetzt, laut SPD, eine weltweite Führungsrolle übernehmen sollen, dann wissen wir: Unsere Bundeswehr hat dies schon immer angestrebt. Aber erst seit Putins Krieg wachen die letzten Friedensapostel und Leisetreter auf und es kommt Schwung in die Sache, endlich! 100 Milliarden Sondervermögen sind erst der Anfang, da geht noch mehr.

Und es geht nicht nur um neue Flugzeuge. Weltweite Führung bedeutet auch weltweite Präsenz, also Stützpunkte in Übersee, Flugzeugträger, ständig einsatzfähige Krisenreaktionskräfte und nicht zu vergessen: Ständige Sicherung unserer Versorgungswege. Gashahn zu gibt es dann nicht mehr; wir bestimmen, wer am Gashahn dreht. Denn dazu sind wir da. Wir. Dienen. Deutschland.

Alex von Lingua, Feldpostmeister

# Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

### Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich  Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig  Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

### Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto  
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00  
BIC: BFSWDE33XXX



# Die ZivilCourage-Karikatur



✂️ **Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!**

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband  
Hornbergstraße 100  
70188 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.